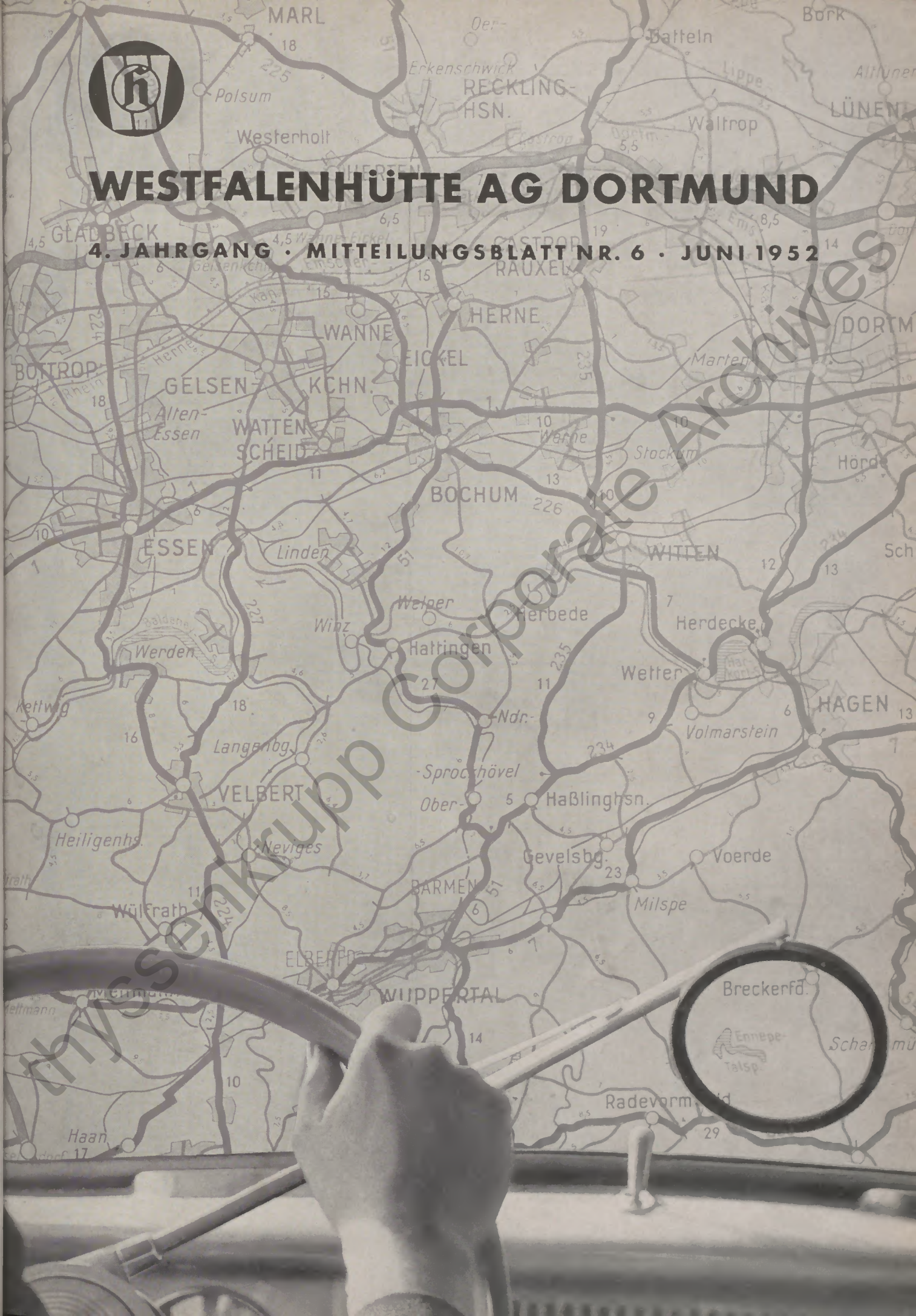




WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND

4. JAHRGANG · MITTEILUNGSBLATT NR. 6 · JUNI 1952



Der Allgemeine Fahrbetrieb

Er läuft „nur so am Rande“, deshalb wird seine Bedeutung vielfach erheblich unterschätzt. Aber: in jedem modernen Industriewerk bildet das Transportwesen eine lebenswichtige und unentbehrliche Grundlage des gesamten Betriebsablaufs. Dies gilt in ganz besonderem Maße auch für Eisenhüttenwerke. In unserer Westfalenhütte sind daher die Verkehrsbetriebe gut ausgebaut und entwickelt worden.

Neben dem schienenengebundenen Eisenbahnwesen, das dem Transport der Massengüter dient, sind für Straßentransporte jeder Art innerhalb und außerhalb des Werksgebietes die Einrichtungen des Allgemeinen Fahrbetriebes geschaffen worden, die zwar nicht die Massenleistung der Eisenbahn besitzen, dafür aber den Vorzug haben, wendig und nicht ortsgebunden den vielseitigen Werkanforderungen in kürzester Frist nachkommen zu können.

Wie viele andere Anlagen, war auch der Fahrbetrieb durch Kriegseinwirkungen und seine Folgeerscheinungen fast vollkommen zerschlagen worden. Gebäudeeinrichtungen und Fahrzeuge waren nach dem Kriege, soweit überhaupt noch vorhanden, in fast unbrauchbarem Zustande. Inzwischen ist in zielbewußter Aufbauarbeit die frühere Leistungsfähigkeit nicht nur wiedererreicht, sondern darüber hinaus gesteigert und der gesamte Fahrzeugpark in modernster und wirtschaftlichster Form erneuert worden. Lediglich in bezug auf Lkw.-Garagen, Kraftwagenwerkstatt und der Büroräume besteht noch ein gewisser Behelfszustand, indem diese Anlagen nach Zerstörung der früheren an der Springorumstraße gelegenen jetzt in der Glückaufstraße räumlich zu weit vom Hüttenwerk entfernt untergebracht sind.

Der Allgemeine Fahrbetrieb umfaßt die Abteilung Pkw.- und Lkw.-Einsatz, Pferdefuhrwerke, El.-Karren und Kraftwagenwerkstatt. Die Kraftwagenwerkstatt, die Lkw. und die Büros des Fahrbetriebes sind, wie bereits erwähnt, auf dem Gelände des ehemaligen Kaltpreßwerkes an der Glück-

Der Einsatz der Fahrzeuge erfolgt bei den Personenwagen auf Grund schriftlicher oder telefonischer Anforderung unmittelbar durch den Fahrbetrieb, wogegen für die Gestellung der Lkw. ein schriftlicher Fahrauftrag über die Abteilung Verfrachtung vorliegen muß. Die El.-Karren werden den betrieblichen Erfordernissen entsprechend mündlich oder telefonisch direkt bei der Zentrale des El.-Karrenbetriebes angefordert. Die Pferdefuhrwerke werden ebenfalls auf direkte Anforderung beim Fahrbetrieb gestellt.

Ein unentbehrliches Verkehrsmittel für die umfangreiche Geschäftsführung und Verwaltung des Werkes sind die Personenwagen, um jederzeit einen schnellen und einen störungsfreien Ablauf des Geschäftsganges sicherzustellen.



Nicht weniger wichtig sind die Nutzfahrzeuge. Sie haben die Aufgabe, durch eine schnelle und von außen unabhängige Transporterledigung die Bedarfsgüter und teilweise auch Erzeugnisse des Werkes an ihre Verbrauchsstellen heranzuschaffen. Darüber hinaus werden einige Lkw. und insbesondere die Pferdefuhrwerke fast ständig für die sozialen Belange der Belegschaft, wie Kohlenversorgung und Gelegenheitstransporte, eingesetzt. Die El.-Karren sind auf dem Hüttenwerk im Laufe der Jahre neben den Schienenfahrzeugen zum wichtigsten Transportmittel herangewachsen. Alles, was nicht mit der Eisenbahn transportiert wird, fahren die El.-Karren. Auch die früher üblichen Hand- und Schiebekarren sowie Handlorentransporte sind verschwunden und haben sich auf den El.-Karrenbetrieb verlagert.

Die monatlichen Leistungen der Fahrzeuge ergeben im Durchschnitt — hier für das I. Quartal 1952 — folgendes Bild:

Pkw.: gefahrene km 50 000, beförderte Personen 1540, ausgeführte Fahrten 975.

Lkw.: gefahrene km 26 000, beförderte t Ladegut 2750, gefahrene t-km 57 000.

El.-K.: gefahrene km 9500, beförderte t Ladegut 5450, erledigte Aufträge 5150.

Pferde: gefahrene km 1800, beförderte t Ladegut 615, erledigte Fuhren 615.

Die dem Fahrbetrieb angegliederte Kraftwagenwerkstatt hat neben der Instandhaltung der werkseigenen Kraftwagen, Motorräder, Dienstfahräder, El.-Karren usw. die Betreuung sämtlicher auf der Hütte an den verschiedensten Arbeitsmaschinen eingebauten Vergaser- und Dieselmotoren auszuführen. Der El.-Karrenbetrieb verfügt außerdem für die schnelle Erledigung kleinerer Reparaturen an seinen Fahrzeugen über eine eigene Betriebswerkstatt. Die elektrische Wartung der Karren obliegt der El.-Abteilung.

Aus den nüchternen Zahlen erhellt nur andeutungsweise die hohe Einsatzfreudigkeit und die große Arbeitsleistung, die vor allem von den Fahrern zu bewältigen ist. Gerade sie tragen ein außerordentliches Maß persönlicher Verantwortung im Dienst am Werk und an der Belegschaft, die Anerkennung verdient.

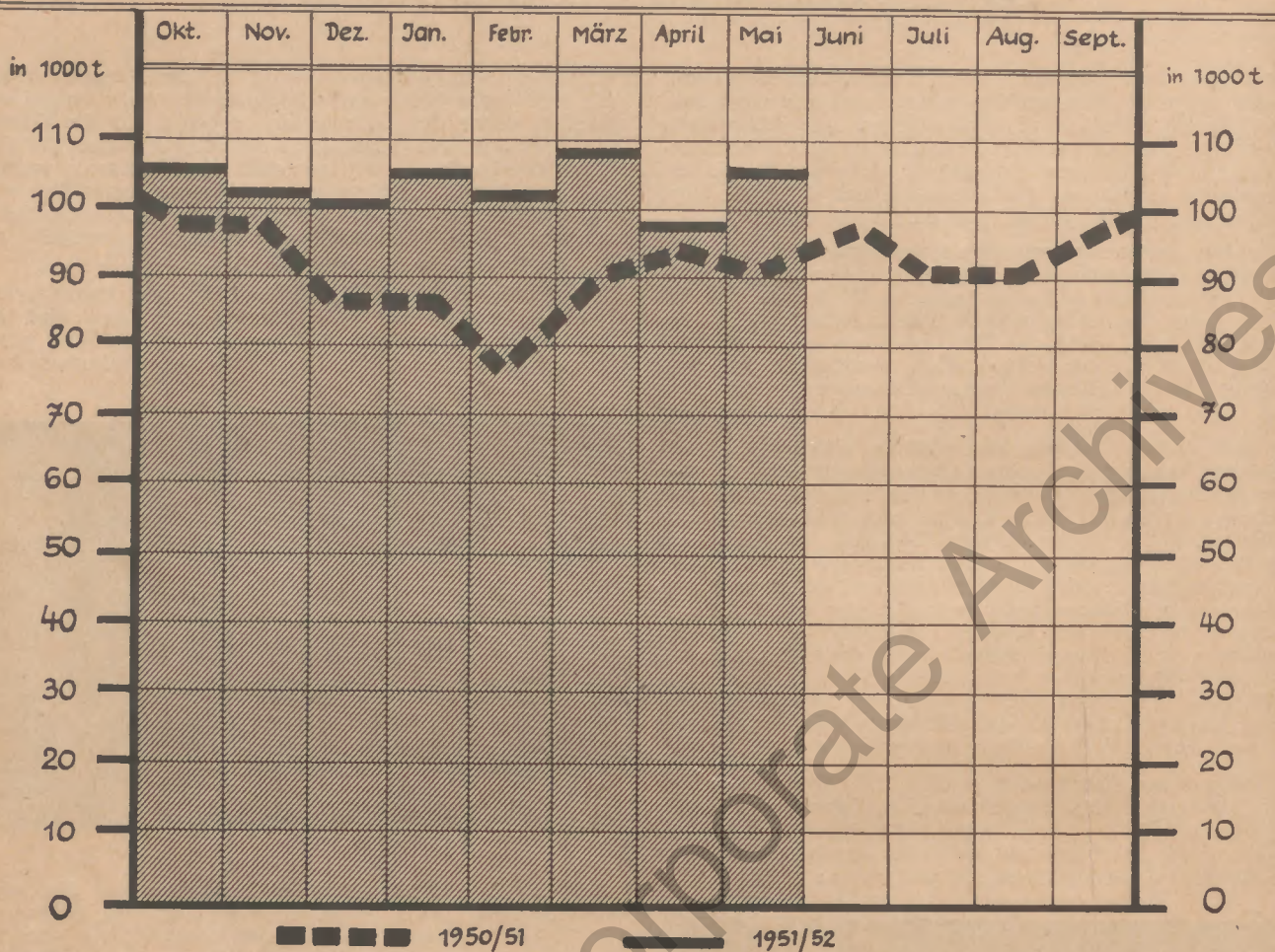
— Fricke —



aufstraße untergebracht, wogegen die Personenwagen und Pferdefuhrwerke auf dem Garagenhof am Gästehaus und der El.-Karrenbetrieb auf der Hütte westlich Ww. VIII stationiert sind.

Der durchschnittliche Fahrzeugbestand beträgt 16-18 Pkw., einschließlich eines 19sitzigen Omnibusses, 12 Lkw. mit 6 Anhängern, 16 Elektro-Karren mit 2 Anhängern, 3 Pferdegewanne. Die Nutzfahrzeuge umfassen alle Größenordnungen und haben bei den Lkw. eine Gesamtnutzlast von 70 t, bei den El.-Karren 45 t und bei den Pferdefuhrwerken eine solche von 3-5 t. Außerdem verfügt der El.-Karrenbetrieb noch über einen diesel-elektrisch betriebenen Miag-Schleppkran von 5 t Nutzlast. Dazu kommen noch etwa 25 Kraftwagen und 125 Fahrräder, die den einzelnen Abteilungen bzw. Betrieben der Hütte als Dienstfahrzeuge direkt zur Verfügung gestellt wurden und von der Kraftwagenwerkstatt betreut werden.

Unsere Rohstahlerzeugung



Zunächst einmal können wir feststellen, daß sich unsere Rohstahl-Kurve im Mai wieder erheblich über die 100 000-t-Grenze erholt auf 105 470 t. Dies war zu erwarten, da am 2. Mai der Hochofen III als fünfter Hochofen angeblasen worden ist. Es ist dies unser kleinster Ofen, der in Zukunft die Stahleisen-Produktion übernimmt. Damit ist die Kapazität des Hochofens der Durchsatzmöglichkeit im Thomaswerk angeglichen und auch die Grundlage für unsere zukünftige Rohstahlproduktion gegeben.

Daß das März-Ergebnis nicht erreicht wurde, liegt nicht nur an dem etwas kürzeren Monat Mai, sondern auch daran, daß der Hochofen in der Anlaufzeit des neuen Ofens noch nicht eine volle Leistung bringen konnte. Betriebsausfälle — durch die Protestkundgebung des DGB am 24. Mai und im Stahlwerk durch innerbetriebliche Gründe — konnten auch nicht ohne Einfluß auf das Gesamtergebnis bleiben. Es ist immerhin auf Grund der jetzt gegebenen betrieblichen Voraussetzungen zu erwarten, daß in Zukunft auch das Märzergebnis überschritten werden kann. Allerdings wird der Juni wegen der Reparatur am Hochofen VII und wegen des Einbaus der Blockschere im Walzwerk I nochmals einen Rückschlag bringen. Erst nach Beendigung des Blockstraßenumbaus, der sich bis in den Juli hineinzieht, wird wieder die restlose Verarbeitung des Rohstahls möglich sein, der nach Beendigung der Reparatur unseres größten Hochofens erzeugt werden kann. Diese 14tägige Reparatur, die in der ersten Junihälfte durchgeführt worden ist, ist die Ursache für das nochmals im Juni zu erwartende un-

befriedigende Ergebnis an Rohstahl. So kann sich erst ab Juli zeigen, auf welche Höhe sich dann unsere Rohstahlkurve einstellen wird. Der Monat Mai ist jedenfalls ebensowenig wie der jetzt laufende Monat als normal anzusprechen.

—Fr.—

Stahl-Aufbau und Montanunion

Unter dem Vorwand, daß „kein Präjudiz für den Schumanplan“ geschaffen werden dürfe, haben die Franzosen Einwendungen gegen den von deutscher Seite geplanten Ausbau der August-Thyssen-Hütte, der Reichswerke Watenstedt-Salzgitter und der Essener Kruppwerke sowie gegen die Errichtung einer neuen Breitbandstraße erhoben. Die deutschen Planungen rechneten mit einer Erhöhung der deutschen Stahlproduktion auf etwa 17 Millionen Jahrestonnen, die sich aus dem Ausbau der genannten Werke ergeben würden. Gleichzeitig aber bemühte sich Frankreich, das bis jetzt über 1,6 Milliarden DM in seine Stahlindustrie gesteckt habe, seine Stahlproduktion von jetzt 9,7 Millionen Tonnen auf 21 Millionen Tonnen zu steigern. Die neuen französischen Investitionen sollen sich noch vor dem Inkrafttreten des Schumanplanes in der Praxis auswirken.

Unter diesen Umständen wachsen die Befürchtungen der Regierungskreise über die Zukunft des Schumanplanes. Diese Sorgen werden um so größer, als inzwischen bekannt wurde, daß die Amerikaner ihre europäischen Hilfgelder in Zukunft nicht mehr den einzelnen europäischen Staaten direkt, sondern nur noch über den Umweg der Montanunion bzw. der EVG-Kasse zuteilen wollen. Angesichts der sich bereits jetzt abzeichnenden Methoden Frankreichs würde diese Zahlungsart zu weiteren einschneidenden Benachteiligungen Deutschlands führen müssen.

Um den West-Ost-Handel

Der Bundestag hat am 6. Mai einmütig — wenn man von den Kommunisten absieht — einen Antrag des Auswärtigen Ausschusses angenommen, der die Herstellung der vollen Gleichberechtigung Deutschlands im West-Ost-Handel und den gleichmäßigen internationalen Abbau der westlichen Vorbehaltslisten fordert. Der Bundestag hat damit eine Forderung erhoben, die ohne Zustimmung der westlichen Alliierten nicht erfüllt werden kann. Seit Jahren schon richten sich in diesem Zusammenhang **heftige deutsche Vorwürfe** gegen Großbritannien und das Commonwealth, dem nachgesagt wird, es behindere die traditionellen deutschen Ost-Beziehungen, um ungestört mit den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang Handel treiben zu können.

Eine bewußte Behinderung des deutschen Ost-West-Handels über die britischen Besatzungsbehörden aus Konkurrenzgründen wird jedoch in England energisch bestritten. Deutschland sei — so wird argumentiert — durch seine Bindung an den Marshallplan — aus dem Großbritannien bekanntlich freiwillig ausgeschieden ist — ganz andere Embargo-Vpflichtungen eingegangen, als sie für das Commonwealth bestünden. Grundsätzlich wird festgestellt, daß der Ost-West-Handel gerade für das Vereinigte Königreich mit seiner großen Importabhängigkeit vor allem in bezug auf Futtermittel und Holz von lebenswichtiger Bedeutung sei. Und damit werde diese Frage auch für Großbritannien zu einem politischen Problem — freilich in ganz anderem Sinne, als das von den Befürwortern einer völligen Abschließung der kommunistischen Staaten gewünscht werde. Eine Senkung des britischen Lebensstandards würde gerade die Gefahren zur Folge haben, die man mit einem völligen Embargo zu bekämpfen wünsche. Deutschland sei weit weniger von diesen spezifischen Einfuhren abhängig.

So sieht, objektiv zusammengefaßt und referiert, die britische Meinung aus. Was sagen nun die vom Handelsministerium über den Ost-West-Handel des Commonwealth zur Verfügung gestellten Zahlen? Sind sie wirklich so unbedeutend, wie häufig in Großbritannien zu hören ist? Eine Übersicht über den gesamten Warenaustausch des Commonwealth in den Jahren 1949, 1950 und den ersten neun Monaten des Jahres 1951 sieht, nach dem Import und Export mit den Ostblockstaaten und China aufgeschlüsselt, folgendermaßen aus (in Millionen DM, unter Zugrundelegung eines Kurses von 12 DM = 1 Pfund):

	Importe	Exporte
1949	1548	1530
1950	1392	2397
1951	1872	2102

An diesen Zahlen springt vor allem ins Auge, daß sich in den letzten Berichtsabschnitten ein erheblicher Exportüberschuß ergeben hat. Dabei muß allerdings festgehalten werden, daß Großbritannien selbst in den Berichtsjahren stets weit mehr aus den Ostblockstaaten importiert als dorthin ausgeführt hat. Während jedoch die Lieferungen aus dem Ostblock nur aus Rohstoffen bestanden, hat Großbritannien von Anfang 1949 bis September 1951 für 404,4 Millionen DM Maschinen und für 361,2 Millionen DM Fertigwaren nach Osteuropa geliefert; in der gleichen Zeit gingen Maschinen für 25,2 Mill. DM und Fertigwaren für 74,4 Mill. DM nach Rotchina.

Das übrige Commonwealth hat im Berichtszeitraum einen erheblichen Exportüberschuß vor allem nach Rotchina, aber auch Osteuropa aufzuweisen. Während jedoch nach Osteuropa nur Rohstoffe geliefert wurden, hat die Handelsbilanz mit Rotchina, soweit sie das Commonwealth ohne Großbritannien betrifft, bedeutende Lieferungen an Maschinen und vor allem Fertigwaren aufzuweisen. In den 33 Berichtsmonaten wurden für fast zwei Millionen DM Fertigwaren nach Rotchina geliefert und für 120 Mill. DM Maschinen, nach Ausbruch des Koreakrieges ist in diesen Lieferungen keinesfalls ein Rückgang, bei Maschinen vielmehr noch ein Anstieg um fast 100 Prozent zu verzeichnen!

Wenn man zu diesem Bild die von der Moskauer Wirtschaftskonferenz gemeldeten Abschlüsse Großbritanniens und des Commonwealths mit den Ostblockstaaten hinzurechnet, kommt man zu einem Handelsverkehr zwischen diesen beiden politisch so gegensätzlichen Partnern, selbst unter Berücksichtigung der andersgearteten Einstellung Indiens gegenüber Rotchina, der keinesfalls als Bagatelle bezeichnet werden kann.

Es ist daher nicht sehr schwer zu verstehen, wenn der deutsche Bundestag die Gleichberechtigung im Handel für ein Gebiet fordert, das seit Generationen natürlicher Partner der deutschen Wirtschaft gewesen ist.

Etwas anders liegt das Problem des innerdeutschen Handels zwischen den Ost- und Westzonen. Ein Sprecher der Bundesregierung erläuterte kürzlich die Stellung und das Vorgehen der Bundesrepublik in der Frage der Handelspolitik zwischen den beiden Zonen. Unter anderem schlage Bonn einen Kompensationsverkehr vor, mit dem das ganze Problem der Garantien für einen freien Handelsverkehr zwischen Berlin und dem Westen umgangen werden könnte. Der neue Vorschlag sei der Regierung Ostdeutschlands bereits unterbreitet worden und soll als Ersatz für das Abkommen vom letzten September dienen, in dem ein Warenaustausch von 115 Millionen Dollar vorgesehen war, der dann im Streit um die Aufhebung der Berliner Verkehrsbeschränkungen nie Wirklichkeit wurde.

In dem neuen Kompensationsverkehr soll die Bundesregierung Stahl und andere von der Deutschen Demokratischen Republik dringend benötigte Güter liefern, dafür aber in direktem Austausch ebenso wichtige Güter aus dem Osten erhalten. Bonn möchte diesen Kompensationsverkehr gerne in der wertmäßigen Höhe des gescheiterten Vertrages abwickeln und hätte dabei die Möglichkeit, von sich aus zu bestimmen, was als Gegenleistung geliefert werden soll, oder kurzerhand den Verkehr wieder abzubrechen. Der Sprecher der Bundesregierung berief sich dabei auf eine Zustimmung der Alliierten Hochkommissare, die dem Kompensationsplan freundlich gegenüberstehen sollen. Der ganze Verkehr soll sich ohne formellen Vertragsabschluß auf Grund individueller Lieferungskontrakte abwickeln.

Ob der Kompensationsverkehr anläuft und wie er sich entwickelt, ist noch nicht abzusehen. Bei den letzten Abkommen war die Ostzone erheblich in Verzug. Obwohl die Wirtschaft keinen Staat im Staate bilden kann und darf — es ist unerfreulich, wenn wirtschaftliche Abkommen aus politischen Zweckmäßigkeits- oder Propagandagründen illusorisch gemacht oder erschwert werden. Und hier sind wir — leider — erheblichen Kummer gewöhnt.

*

Bei Redaktionsschluß erfahren wir, daß der Bundesrepublik von den Alliierten die „gleichen Chancen“ im West-Ost-Handel gegeben werden soll. Von der proklamierten „Hoheit über die Wirtschaft“ sind wir allerdings noch weit entfernt. Hier gelten nach wie vor alliierte Vorbehalte, die sich besonders auf die Entflechtung in der Montanindustrie erstrecken. Nach den Bestimmungen des Generalvertrages wird sie in der Montanindustrie und in den IG-Farben-Konzernen unter alliierter Regie weiter- und durchgeführt. Damit wird der Schnitt durch die Verbundwirtschaft, die einstmals das Ruhrgebiet zum industriellen Herzen Westeuropas machte, verewigt. Trotz wiederholter deutscher Einsprüche wurden in der Stahlindustrie und im Kohlenbergbau im Rahmen der Wiederverflechtung Größenordnungen geschaffen, die in keiner Weise den Voraussetzungen für einen lebensfähigen Wettbewerb mit dem Ausland tragen. Die Wiederverflechtung innerhalb des alten Hoesch-Konzernes wird für den kommenden Monat erwartet.

Zerrissenes Land

Von den 68 Millionen Deutschen wohnen 47,6 Millionen, und zwar 22,3 Millionen Männer und 25,3 Millionen Frauen, in der Bundesrepublik; in der Sowjetzone wohnen (1946) 17,2 Millionen, und zwar 7,3 Millionen Männer und 9,9 Millionen Frauen. In den Westsektoren Berlins wohnen 2,15 Millionen, und zwar 911 000 Männer und 1 232 000 Frauen; im Ostsektor wohnen 1,18 Millionen, und zwar 503 000 Männer und 677 000 Frauen.

Alterspräsident Paul Löbe erklärte auf der ersten Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. September 1949: „Indem wir die Wiedergewinnung der deutschen Einheit als erste unserer Aufgaben vor uns sehen, versichern wir gleichzeitig, daß dieses Deutschland ein aufrichtiges, von gutem Willen erfülltes Glied eines geeinten Europa sein will.“

Der Mensch im Betrieb

Die Stellung des Menschen im Betrieb stand im Mittelpunkt des Themenkreises, den der Bund Katholischer Unternehmer auf seiner diesjährigen ordentlichen Mitgliederversammlung in Bad Neuenahr behandelte. Jesuitenpater Professor Dr. Oswald von Nell-Bräuning behandelte diese Frage aus der Perspektive der Ethik. Der Ruhm, den Menschen im Betrieb neu entdeckt zu haben, so führte er u. a. aus, gebühre den Betriebswirten.

Nicht ethische und humanitäre Motive hätten zur Wiederentdeckung des Menschen im Betrieb geführt, der erste Schritt sei vielmehr durch die Arbeitsphysiologie getan worden. Sie habe zu der Erkenntnis geführt, daß „es sich lohnt“, die Maschine dem Menschen und seiner physischen Konstitution anzupassen, statt vom Menschen zu verlangen, daß er sich der Maschine anpasse. Man habe erkannt, daß der Versuch, den Menschen der Maschine anzupassen, zu unrationeller Kraftvergeudung führe. Von dieser Erkenntnis sei es dann nur ein kleiner Schritt gewesen, um zu erkennen, daß es der Betrieb mit dem Leib-Seele-Wesen Mensch zu tun hat, dessen Reaktionen für den Betriebserfolg nicht weniger maßgebend sind als die körperlichen. Das alles sei aber zunächst nur unter dem Gesichtspunkt der Kostenersparnis und der Rentabilität gesehen worden.

Inzwischen habe sich aber die **wahrhaft kopernikanische Wende** vollzogen: habe man früher nur den sachlichen Zweck des Betriebes, dem der Mensch als Mittel zu dienen hatte, gesehen, so erkannte man nun, daß der **Betrieb um der in ihm tätigen Menschen willen da sei**. Damit sei nicht — wenigstens nicht allein — die triviale Rückbeziehung gemeint, die besage, daß der Mensch im Betriebe und durch ihn seinen Lohn und Lebensunterhalt erhalte. Man begnüge sich heute nicht mehr damit, in der Betriebstätigkeit des Menschen ein notwendiges Übel zu sehen, ein Erfordernis der Lebensfristung außerhalb der persönlichen Lebenssphäre. Man verlange vielmehr, daß die **Arbeit in Beruf und Betrieb**

ein wesentlicher Beitrag zur Entfaltung der Persönlichkeit des arbeitenden Menschen sei. Der Betriebswirtschaftler Prof. Dr. Kalveram habe die Forderung aufgestellt, „alle Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß bei Sicherung des Betriebes jedem Mitarbeiter die Stätte, an welcher er einen so erheblichen Teil seines Lebens zubringt, eine Quelle innerer Befriedigung, persönlichen und sittlichen Reiferwerdens und einer Aufwärtsentwicklung seiner Persönlichkeit werden kann“.

Dies sei offenbar eine **eindeutig sozialethische Forderung**, die mit betriebswirtschaftlicher Rationalität nichts zu tun zu haben scheine. Und doch bestehe zwischen der Forderung nach Wahrung der Personenwürde des Arbeiters und der ökonomischen Ratio tatsächlich kein Widerspruch, beide Forderungen seien nicht nur miteinander verträglich, sondern in ihrer Wirkung gleichberechtigt. Das Geheimnis bestehe einfach darin, daß der Betrieb, um die Bestleistung der in ihm stehenden Menschen zu erlangen, nun seinerseits das Bestmögliche tun müsse, um diesen Menschen zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu verhelfen.

Diese kopernikanische Wende vom ökonomischen Motiv, das zugleich in seiner sozialethisch wünschenswerten Richtung wirksam werde, zu der Erkenntnis, daß zweckfreie Persönlichkeitsentfaltung um ihrer selbst willen eine wesentliche Aufgabe des Betriebes sei, habe ihr Gegenstück in der ganz allgemein erkennbaren Entwicklung von der begrenzten Zweckforschung zur sogenannten Grundlagenforschung, auf die heute kein Großbetrieb mehr verzichten wolle. Auch in diesem Falle zeige sich, daß „es sich bezahlt macht“.

Diese Erkenntnis habe nichts zu tun mit dem trivialen Harmonieglauben des 19. Jahrhunderts. Es sei auch hier nicht so, daß etwa ein intelligenter Egoismus die Moral ersetzen könne. Zur klaren Einsicht in die beiden Seiten des Problems gehöre immer auch der sittliche Impuls.

WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder konnten im Monat Mai ihr Dienstjubiläum feiern:

40jähriges Dienstjubiläum

Tillmann, Wilhelm	Thomaswerk	Bergknecht, Paul	Maschinenabteilung Feinwalzwerke
Daum, Paul	Maschinenabteilung Stahlwerke	Sprenger, Ferdinand	Thomaswerk
Lorei, Valentin	Thomaswerk	Dorobiala, Ludwig	Laboratorium
Hanisch, Johann	Elektrotechnische Abteilung	Reith, Richard	Steinfabrik

25jähriges Dienstjubiläum

Neuß, Richard	Maschinenabteilung	Schieferstein, Ernst	Elektrotechnische Abteilung
Sander, Alfred	Eisenbahnabteilung	Piwoz, Johann	Thomaswerk
Lange, Friedrich	Kaltwalzwerk	Bulawa, Paul	Hochofen
Kraemer, Fritz	Werksaufsicht	Kleine, Heinrich	Energiewirtschaft
Lening, Helmut	Maschinenabteilung Stahlwerke	Holzbrink, Heinrich	Drahtverfeinerung
Zillgitt, Paul	Phosphatmühle	Schweier, Eduard	Trägerlager
Kempkes, Bernhard	Eisenbahnabteilung	Kaiser, Heinz	Blechwalzwerke
Schneider, Albert	Gleisbau	Wilmes, Josef	Drahtverfeinerung

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft wünschen nochmals alles Gute

Um das Betriebsverfassungsgesetz

Das Betriebsverfassungsgesetz droht zu einer Machtprobe zwischen Bundestag und Gewerkschaften zu werden, wenn es nicht gelingt, eine Einigung über die strittigen Punkte zu erreichen. Die folgende Übersicht soll über einige der Gegensätze unterrichten. Auf der linken Seite sind die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes angegeben, wie sie jetzt nach den Beschlüssen der zuständigen Bundestagsausschüsse vorliegen, auf der rechten stehen die Abänderungsanträge des DGB. Die Abweichungen sind durch Fettdruck im Text hervorgehoben.

Wählbarkeit in den Betriebsrat:

Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, **zwei Jahre dem Betrieb angehören und das Wahlrecht für den Deutschen Bundestag besitzen.**

Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die das 21. Lebensjahr vollendet haben und **sechs Monate dem Betrieb angehören.**

Wahl zum Betriebsrat:

Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der **Verhältnisswahl**. Zur Wahl des Betriebsrats können die wahlberechtigten Arbeitnehmer Vorschläge machen.

Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der **Mehrheitswahl**. Zur Wahl können die wahlberechtigten Arbeitnehmer **und jede im Betriebsrat vertretene Gewerkschaft** Wahlvorschläge machen.

Einstellung im Betrieb:

Der Arbeitgeber hat bei jeder geplanten Einstellung den Betriebsrat rechtzeitig den für den Bewerber in Aussicht genommenen Arbeitsplatz mitzuteilen und Auskunft über die Person des Bewerbers zu geben. Hat der Betriebsrat gegen eine Einstellung Bedenken, so hat er diese unter Angabe der Gründe unverzüglich dem Arbeitgeber mitzuteilen. Erfolgt keine Verständigung, so ist der Arbeitgeber **zur vorläufigen Einstellung berechtigt**. Der Betriebsrat kann jedoch . . . innerhalb einer Frist von zwei Monaten das Arbeitsgericht anrufen zur Feststellung, daß ein Grund zur Verweigerung der Zustimmung vorliegt.

Der Arbeitgeber kann Arbeitnehmer **nur mit Zustimmung des Betriebsrats einstellen**. Er hat bei jeder geplanten Einstellung den Betriebsrat rechtzeitig den für den Bewerber in Aussicht genommenen Arbeitsplatz mitzuteilen und Auskunft über die Person des Bewerbers zu geben. Hat der Betriebsrat gegen eine Einstellung Bedenken, so hat er diese unter Angabe der Gründe unverzüglich dem Arbeitgeber mitzuteilen. Außerst sich der Betriebsrat binnen drei Tagen nach Zugang der Mitteilung nicht, so gilt seine Zustimmung als erteilt. Vorstehende Frist wird durch Betriebsvereinbarung gekürzt oder verlängert.

Recht des Wirtschaftsausschusses:

Der Wirtschaftsausschuß hat Anspruch auf Unterrichtung über die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Unternehmens an Hand der Unterlagen, **soweit dadurch nicht die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Unternehmens gefährdet werden.**

Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses haben Anspruch auf Unterrichtung über die wirtschaftlichen Betriebsvorgänge unter Vorlage der Unterlagen.

Betriebsänderungen:

Bei geplanten Betriebsänderungen, **die wesentliche Nachteile für die Belegschaft oder Gruppen der Belegschaft zur Folge haben können**, hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht:

Bei geplanten Betriebsänderungen hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht:

Grundlegende Änderungen des Betriebszweckes oder der Betriebsanlagen, **soweit sie nicht offensichtlich auf eine Veränderung der Marktlage beruhen.**

Grundlegende Änderungen des Betriebszweckes oder der Betriebsanlagen.

Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden, **soweit sie nicht offensichtlich dem technischen Fortschritt entsprechen oder ihm dienen.**

Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien muß zu **einem Drittel** aus Vertretern der Arbeitnehmer bestehen.

Der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien muß zur **Hälfte** aus Vertretern der Arbeitnehmer bestehen.

Das bei unserer Westfalenhütte seit 1947 bestehende und für Kohle und Eisen gesetzlich gesicherte Mitbestimmungsrecht wird durch das Betriebsverfassungsgesetz — so oder so — nicht beeinträchtigt

Dr. Heinrich Deist:

Grundlagen der Mitbestimmung

Eine gesetzliche Regelung des Mitbestimmungsrechtes haben wir bis heute nur in der eisenschaffenden Industrie und im Steinkohlenbergbau. Es beschränkt sich auf die Gesellschaften, die Eisen und Stahl erzeugen und Kohle oder Eisenerz fördern, einschließlich Aufbereitung, Verkokung, Briкетierung usw. Für den gesamten übrigen Bereich der Wirtschaft warten wir noch auf die Gesamtregelung. Das allgemeine Betriebsverfassungsgesetz befindet sich seit langem in der parlamentarischen Beratung. Der Versuch, das Mitbestimmungsrecht in der Eisen- und Stahlindustrie auch gesetzlich für die sogenannten **Holdinggesellschaften**, in denen mehrere Kohle- und Eisengesellschaften zusammengesetzt sind, zu verankern, ist offenbar zurückgestellt. Jedenfalls wissen wir aus der Presse, daß ein entsprechender Entwurf dem Kabinett vorgelegt, aber von ihm nicht verabschiedet worden ist. Wenn wir die Möglichkeit zu weiteren gesetzgeberischen Maßgaben auf dem Gebiet des Mitbestimmungs-

rechtes untersuchen wollen, so wird man guttun, daran zu denken, daß wir uns im politischen Leben Westdeutschlands in der zweiten Halbzeit des Bundesparlaments befinden und daß im Hinblick auf die heterogene Zusammensetzung von Regierungskoalition und Bundeskabinett konstruktive Entscheidungen auf dem Gebiet des Mitbestimmungsrechtes ebenso schwer zu erreichen sein werden wie auf zahlreichen anderen Gebieten der Bundespolitik.

Die Tür für echte Mitbestimmung geöffnet

Hans Böckler hat die gesetzliche Regelung des Mitbestimmungsrechtes dahin gekennzeichnet, daß damit die Tür für eine echte Mitbestimmung geöffnet sei. Inzwischen hat ein **zäher Kampf um die Durchführung des Mitbestimmungsrechts** eingesetzt. Auf der politischen Front sind bisher alle Versuche zu einer Regelung des Mitbestimmungsrechtes über den engen Rahmen des geltenden Gesetzes hinaus geschei-

tert. An der wissenschaftlichen Front bemühen sich Rechtsgelehrte und Wirtschaftswissenschaftler, die Unvereinbarkeit des Mitbestimmungsrechts mit dem geltenden Eigentumsrecht und mit der geltenden Wirtschaftsordnung zu beweisen. Professor Böhm hat im Jahrbuch der Neoliberalen diesem Problem eine Arbeit von beinahe 250 Seiten gewidmet.

Zentraler Angriff gegen das Mitbestimmungsrecht

In der Praxis der Betriebe und Unternehmungen im Ruhrgebiet zeigt uns jeder Tag, daß wir uns mitten in der **Auseinandersetzung um eine Realisierung des Mitbestimmungsrechts** befinden. Es handelt sich hier um einen zentralen Angriff gegen das Mitbestimmungsrecht. Seine Gegner scheuen sich nicht, zu behaupten, daß seine Durchführung den Untergang der abendländischen Kultur mit sich bringe und letzten Endes zu einer sowjetischen Lösung der Wirtschaftsprobleme führen müsse.

Der Kampf richtet sich zwar nicht mehr gegen das Mitbestimmungsgesetz, das nun einmal für die Eisen- und Stahlindustrie erlassen ist; er geht aber darum, das Mitbestimmungsrecht **praktisch auszuhöhlen**, die Mitwirkung von Arbeitnehmervertretern durch eine entsprechende Handhabung der Geschäfte in den Aufsichts- und Verwaltungsorganen der großen Gesellschaften zu paralisieren und seine sinngemäße Anwendung über den engen Rahmen, der durch das Mitbestimmungsrecht gezogen ist, zu verhindern. Dabei gewinnt eine **alte Kampfmethode** neue Bedeutung, nämlich der Versuch, die organisierten Arbeitnehmer zu zersetzen, indem Betriebsräte und Gewerkschaften gegeneinander ausgespielt werden. Es handelt sich also um entscheidende Auseinandersetzungen um das Mitbestimmungsrecht, in denen wir heute und in den nächsten Monaten und Jahren stehen.

Überholte Argumentationen

Herr Professor Böhm hat es als einen fundamentalen Mangel des Mitbestimmungsrechts bezeichnet, daß eine eingehende theoretische Durcharbeitung und Begründung fehle. Diese Behauptung trifft nicht ganz zu. Wenn Herr Professor Böhm das Schrifttum der Gewerkschaften aufmerksam verfolgen würde, so müßte er zumindest das Bemühen um eine theoretische Grundlage anerkennen. Aber darüber hinaus liegt es in der Natur der Dinge, daß **jede fortschrittliche Bewegung durch die Dynamik der Entwicklung vor die praktische Aufgabe gestellt wird**, sich mit Problemen auseinanderzusetzen, zu deren theoretischer Bewältigung weder Zeit noch aus der Vergangenheit genügend Anschauungsmaterial vorhanden ist. Demgegenüber haben es rückschrittliche Bewegungen sehr leicht, gegen Neuerungen im gesellschaftlichen Aufbau mit dem gesamten wissenschaftlichen Rüstzeug der vergangenen Epoche anzutreten. Das spricht aber nicht gegen Fortschritte in der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern höchstens gegen die Anwendbarkeit überholter Argumentationen auf neue Tatbestände.

Mitbestimmungsrecht kein Generalrezept

Bei diesem Zwang, sich mit neuen Tatbeständen der gesellschaftlichen Ordnung auseinanderzusetzen, kann es nicht wundernehmen, daß auch auf der Arbeitnehmerseite hier und da Auffassungen vertreten werden, die der Größe und Bedeutung des Problems nicht gerecht werden. Wer der Auffassung ist, daß das Mitbestimmungsrecht ein Generalrezept für die Lösung aller wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme sei, geht ebenso fehl wie jene, die meinen, daß dem Mitbestimmungsrecht im Kampfe der Arbeitnehmer keine besondere Bedeutung zukomme, da es ja die großen Sozial- und Wirtschaftsprobleme doch nicht lösen könne. Der DGB hat seit seinem Bestehen den großen wirtschaftspolitischen Fragen immer eine besondere Bedeutung zugemessen. Infolgedessen hat er auch auf dem Gründungskongreß in München nach einem Referat des Kollegen Böckler wirtschaftspolitische Leitsätze beschlossen; sie enthalten folgende

Grundsatzforderungen:

- I. Eine Wirtschaftspolitik, die unter **Wahrung der Würde freier Menschen** die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigsten Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlich wichtigen Bedarfs sichert.
- II. **Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung.**
- III. **Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum**, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahl-

industrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.

- IV. **Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag** eines ausreichenden Lebensunterhaltes für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen.

Eine solche wirtschaftspolitische Willensbildung und Wirtschaftsführung verlangt eine **zentrale volkswirtschaftliche Planung**, damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeit der Gesamtwirtschaft triumphiert."

Mitbestimmung ein Teil des Gesamtprogramms

In diesen Grundsatzforderungen ist die Mitbestimmung Teil eines Gesamtprogramms. Sie hat zum Ziel, daß der Einfluß auf die betrieblichen und überbetrieblichen Einrichtungen und Apparaturen nicht mehr allein in den Händen der besitzenden Schichten und der von ihr abhängigen Intelligenzschichten verbleiben darf. Es ergibt sich aber auch ebenso klar daraus, daß sich die **Mitbestimmung auf das Gebiet der Wirtschaft beschränkt** und daß die Gewerkschaften keinen Anspruch erheben auf eine Mitbestimmung in Ebenen, in denen politische Entscheidungen fallen. Alle Befürchtungen, daß die Mitbestimmung praktisch zu einer Beseitigung des politischen Parlaments führen könnte, finden hiernach in den Forderungen der Gewerkschaften keine Grundlage.

Konstruktive Wirtschaftspolitik

Die Grundsätze bringen aber weiterhin zum Ausdruck, daß neben der Mitbestimmung eine konstruktive Wirtschaftspolitik geführt werden muß, die der **Vollbeschäftigung aller Arbeitswilligen** dient, und daß dazu die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum erforderlich ist. Die Mitbestimmung ist natürlich nicht in der Lage, die erforderlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu ersetzen, die allein den zuständigen politischen Instanzen zustehen. Aber es ist ebenso klar, daß die Durchführung einer solchen fortschrittlichen Wirtschaftspolitik ohne Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in der wirtschaftspolitischen Apparatur großen Schwierigkeiten begegnen wird.

Schließlich fordern die Gewerkschaften soziale Gerechtigkeit durch eine angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag. Unter diesem übergeordneten gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkt werden wir auch das Problem der sogenannten Gewinnbeteiligung zu sehen haben.

So sind konstruktive Wirtschaftspolitik, Mitbestimmung und angemessene Beteiligung der Werktätigen am volkswirtschaftlichen Ertrag nur verschiedene Seiten des einen und einheitlichen Programms der Gewerkschaften.

Gleichberechtigung

Der Kampf um die Mitbestimmung ist hiernach eine Etappe in der großen gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die die Arbeiterbewegung um ihre **volle politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung** führt. Ich beabsichtige nicht, hier eine genaue Definition dessen zu geben, was man unter Arbeiterklasse, Arbeitnehmerschaft oder Arbeiterbewegung zu verstehen hat. Wenn wir jedoch glauben, daß die Arbeiterbewegung eine **geschichtliche Aufgabe** hat, nämlich die Aufgabe, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit umzugestalten, dann müssen wir uns wenigstens einen ungefähren Überblick darüber verschaffen, was wir als Arbeiterbewegung gegenüber den übrigen Teilen der Gesamtbevölkerung verstehen.

Man wird die Arbeiterbewegung dahin charakterisieren können, daß ihre Glieder

- a) im Lohnarbeitsverhältnis stehen, also von dem Ertrag ihrer Arbeitskraft leben müssen;
- b) kein funktionales Eigentum besitzen, d. h. kein Eigentum, das im Hinblick auf seine Eigenart und Größe grundlegende Bedeutung für den Aufbau der gesellschaftlichen Ordnung hat;
- c) keine großen Daseinschancen haben, da das Lohnarbeitsverhältnis und die Struktur unserer Wirtschaft dem Aufstieg des einzelnen sehr enge Grenzen setzen.

Es bedarf keiner näheren Darlegung, daß die übrigen Bevölkerungsschichten, sei es die Landwirtschaft, seien es die Besitzer der gewerblichen Produktionsmittel oder auch das industrielle Management, sich in diesen drei Punkten wesentlich von der Arbeiterbewegung unterscheiden.

Gleichberechtigte Glieder im gesamten gesellschaftlichen Leben

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung geht darum, die Enge des Lohnarbeitsverhältnisses zu sprengen, das gesellschaftliche Übergewicht der Besitzer funktionalen Eigentums zu beseitigen und die **Chancen des persönlichen Lebens** zu vergrößern. Es ist damit ein Kampf um Anerkennung als gleichberechtigte Glieder im gesamten gesellschaftlichen Leben, möge es sich dabei nun um den Bereich der Politik, um die Wirtschaft oder um das kulturelle Leben handeln.

Diese gesellschaftliche Auseinandersetzung bewegt sich seit langer Zeit in einem politischen Raum, der von einem labilen Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräfte beherrscht wird. Fast in ganz Westeuropa können wir feststellen, daß das Gewicht der Arbeitnehmerschaft etwa gleich groß ist wie das Gewicht aller übrigen an der Aufrechterhaltung des bestehenden gesellschaftlichen Zustandes interessierten Kräfte. England hat nach dem Kriege insgesamt drei Wahlen durchgeführt. Alle drei Wahlen haben bestätigt, daß die Arbeitnehmer etwa die Hälfte der Bevölkerung politisch erfassen, während die andere Hälfte gegnerisch eingestellt ist. In Deutschland weist die Statistik der Erwerbstätigen seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts einen konstanten Anteil der Arbeitnehmer von etwa 65 % aus, obwohl sich die Zahl der Erwerbstätigen inzwischen verdoppelt hat. Der Anteil der Arbeiter — also ohne Angestellte und Beamte — bewegt sich um 50 % aller Erwerbstätigen. Es sei schließlich darauf hingewiesen, daß auch eine Analyse der Wahlergebnisse zu dem gleichen Ergebnis führt. Vor 1933 verfügten die sozialistischen Parteien über 35–40 % der Wähler; in Westdeutschland bewegt sich der Anteil dieser Gruppe nach 1945 um 35 %. Wenn man berücksichtigt, daß ein nicht unwesentlicher Teil der Arbeitnehmerschaft seine politische Heimat in anderen Parteien, insbesondere in der CDU, findet, so ergibt sich ebenfalls, daß die Arbeitnehmer auch nach ihrem politischen Bekenntnis etwa 50 % der Wahlberechtigten ausmachen.

Gesellschaftlicher Strukturwandel

Die gesamte gesellschaftliche Lage wird noch dadurch erschwert, daß alle die Schichten, die nicht zur Arbeiterbewegung gehören und die hier einmal summarisch als Bürgertum bezeichnet werden sollen, einen **grundlegenden gesellschaftlichen Strukturwandel** durchgemacht haben. Dieses Bürgertum hat die ersten Verluste durch die allmähliche Währungsentwertung in den Jahren 1914–1918 erlitten. In den Jahren 1923/24 verlor ein großer Teil des Bürgertums, und zwar vornehmlich der Mittelstand und damit der tragende Teil der bürgerlichen Gesellschaft, durch die Inflation seine soziale Grundlage. Die Jahre 1933–1945 führten neben der Vernichtung physischer Existenzen, insbesondere im Judentum, zu einer **Deklasse** fast aller **bürgerlichen Intelligenzschichten**. Der freien Wissenschaft und Forschung, dem freien politischen Denken, der freien Kunstausübung wurden engste Fesseln angelegt. Die Jugend wurde in vorgezeichnete Bahnen gelenkt und erzogen. Damit wurden wichtige geistige Grundlagen einer intakten bürgerlichen Gesellschaft vernichtet. Krieg und Kriegszerstörungen, die Bevölkerungsumschichtung vom Osten nach dem Westen, die Währungsreform usw. brachten dann so viel soziales Elend, daß heute etwa **30–40 % der westdeutschen Bevölkerung als Enterbte und Deklassierte** anzusehen sind. Wir sehen also, daß einer verhältnismäßig geschlossenen Arbeiterbewegung ein Bürgertum gegenübersteht, das in seinen geistigen und sozialen Grundlagen zumindest stark erschüttert ist.

Diese gesellschaftspolitische Situation eines labilen Gleichgewichts findet in den politisch entscheidenden Institutionen keinen angemessenen Ausdruck. Wir müssen vielmehr feststellen, daß die höchste politische Instanz, nämlich die Bundesregierung, eine Zusammensetzung aufweist, deren Schwerpunkt insbesondere in allen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen nicht der Kräftelagerung im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Raum entspricht. Diese zufällige, der tatsächlichen gesellschaftlichen Struktur nicht entsprechende politische Machtkonstellation wird in sehr starkem Umfange eingesetzt, um die gesellschaftlichen Kräfte zu

restaurieren, die durch die Entwicklung der letzten 30 bis 40 Jahre ihr gesellschaftliches Fundament bereits verloren haben, und damit die Arbeiterbewegung zu schwächen.

Unechte Machtkonstellation

Wir stehen vor der schwerwiegenden Tatsache, daß nicht nur — wie nach dem ersten Weltkriege — alle entscheidenden Machtpositionen der Wirtschaft sich in der Hand der Gegner der Arbeitnehmer befinden, sondern daß den Arbeitnehmern — im Gegensatz zu der Entwicklung nach dem ersten Weltkrieg — auch jeder maßgebliche Einfluß auf die politischen Kommandostellen verwehrt wird. Die gesamte formale Machtkonstellation auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet steht damit im Widerspruch zu dem tatsächlichen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung. Es war Lassalle, der vor rund 90 Jahren in seinen Vorträgen über Verfassungswesen darauf hinwies, daß die **verfassungsmäßigen** Zustände eines Volkes nicht allein durch die geschriebene Verfassung, sondern vielmehr und wesentlicher **durch die tatsächlichen gesellschaftlichen Zustände bestimmt** werden. Er wies damals darauf hin, daß die Finanzwelt, die Industrie, das Heer z. B. wichtigere Bestandteile der gesellschaftlichen Verfassung seien als die geschriebene Verfassung. Lassalle hat uns insbesondere dargelegt, daß **alle Verfassungsfragen letztlich politische Machtfragen** sind. Ich möchte diese Erinnerungen ergänzen durch Ausführungen, die Burnham im Jahre 1941 in seinem bekannten Buch „**Regime der Manager**“ gemacht hat. Er sagt dort:

„Der Umstand, daß die Bourgeoisie noch im Rahmen der Feudalgesellschaft ihre Vorherrschaft entwickelt und immer weitere Wirtschaftsgebiete ihrer Kontrolle unterworfen hat, war augenscheinlich eine Voraussetzung dafür, daß sie in dem nachfolgenden Gesellschaftstyp die Rolle der herrschenden Klasse übernahm. Darin können wir umgekehrt einen entscheidenden, aber wenig beachteten Hinweis darauf sehen, daß der Sozialismus nicht kommen wird. Wir haben gesehen, daß wenn der Sozialismus käme, das Proletariat die an seiner Heraufkunft vornehmlich beteiligte Gesellschaftsklasse sein müßte. Das Proletariat hat jedoch in der kapitalistischen Gesellschaft keineswegs die gleiche Stellung wie die Bourgeoisie während der letzten Zeit des Feudalismus. Es hat keinen langen Zeitraum zur Verfügung, in dem es seine Herrschaft aufbauen, also vornehmlich seine Kontrolle auf einen immer größeren Teil der Produktionsmittel ausdehnen könnte. Das Proletariat hat solche Kontrolle nicht und kann sie auch in der bürgerlichen Gesellschaft kaum besitzen. Das Proletariat besitzt also nicht, wie damals die Bourgeoisie, einen festen Stützpunkt, von dem aus es zur vollen Herrschaft fortschreiten könnte. Es fehlt ihm an der gesellschaftlichen Ausrüstung zum Kampf.“

Einbruch in Herrschaftspositionen

Burnham könnte diese Erklärung heute nicht ohne wesentliche Einschränkungen abgeben. In der eisen-schaffenden Industrie gehören seit drei bis vier Jahren **maßgebliche Exponenten der Arbeitnehmerschaft** den Vorständen und Aufsichtsräten der Unternehmungen an, so daß keine wesentlichen Entscheidungen dieser Unternehmungen ohne ihre Mitwirkung getroffen werden konnten. An Aktionen der Unternehmerschaft gegen die Gewerkschaften war die eisen-schaffende Industrie nicht beteiligt. Durch das Mitbestimmungsrecht ist diese im Rahmen der Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie eingeführte Praxis rechtlich anerkannt und für den Bergbau gesetzlich vorgeschrieben worden. Für die übrigen Industriezweige werden entsprechende Lösungen angestrebt. Bei diesem Kampf um die Mitbestimmung handelt es sich letztlich um den **Einbruch der Arbeitnehmerschaft in maßgebliche gesellschaftliche Herrschaftspositionen**. Um mit Burnham zu sprechen: Die Arbeiterbewegung steht im Begriff, sich die erforderliche gesellschaftliche Ausrüstung für ihren Kampf um eine grundlegende soziale Neugestaltung zu beschaffen. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften in diesem Falle zum Einsatz der letzten außerparlamentarischen Kampfmittel bereit waren und sind, zeigt sehr deutlich, daß sich die **Gewerkschaften der grundlegenden gesellschaftspolitischen Bedeutung dieser Auseinandersetzung bewußt waren**.

DIE DEMOKRATIE IST DIE STAATSFORM DER GEDULD -

SIE IST ABER NICHT DIE STAATSFORM DES SELBSTMORDES

Für wirkliche Mitarbeit

Vor fünf Jahren erschien unter der Überschrift „Klassenkampf nach Punkten“ ein Artikel, der das damalige Punktsystem im deutschen Bergbau scharf kritisierte und sich gegen die Bevorzugung einer Schicht von Arbeitnehmern wandte, während die anderen — obwohl am wirtschaftlichen Wiederaufbau mit den gleichen Opfern beteiligt — unverständlicherweise benachteiligt wurden. Von dort aus, also von der durch das Punktsystem versuchten Spaltung der Arbeitnehmerschaft, führt eine gerade Linie zu unserer heutigen Situation im Kampf um das volle Mitbestimmungsrecht.

Disziplin der Arbeitnehmer

Im Zuge der Neuordnung von Kohle und Stahl nämlich ist eine Fortsetzung dieses Kampfes zu sehen. Was den Arbeitnehmern der Montanindustrie gegeben wurde, soll den Arbeitnehmern der übrigen Wirtschaftszweige versagt bleiben. Die Arbeitnehmerschaft weiß sehr wohl um solche Bestrebungen und ist bereits sehr deutlich für ihre Forderung nach echter Mitbestimmung eingetreten. Die Unruhen in der Wirtschaft, die es nach 1918 gab, hatten wir nach 1945 nicht. Das ist zweifellos der außergewöhnlichen Disziplin der Arbeitnehmer zu verdanken. Man sollte deshalb weder das Verdienst der Arbeitnehmerschaft zu schmälern versuchen noch sie auf Grund dessen falsch einschätzen.

Als 1949 zur Frage der Mitbestimmung die unbequeme Entscheidung auf dem Katholikentag in Bochum gefaßt wurde, begann zunächst der Streit unter den Theologen selbst. Daß Vizekanzler Franz Blücher im Frühjahr 1950 in Essen erklärte, „das auf dem Bochumer Katholikentag geforderte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer ist unmöglich“, war in Anbetracht seiner politischen Heimat weiter nicht verwunderlich. Verwunderlich war dann allerdings, daß auch gewisse an führenden Stellen stehende Katholiken plötzlich Angst vor der eigenen Courage bekamen angesichts des nicht nur publizistischen Kampfes, der aus der Diskussion nun entstand.

Für eine gesunde Betriebs- und Volkswirtschaft

In der Montanindustrie ist die Mitbestimmung verwirklicht. Es hat sich sehr deutlich gezeigt, daß sich das Mitbestimmungsrecht für den Menschen sowohl im Betrieb als auch in seiner Familie und volkswirtschaftlich auch für die Produktion selbst gut ausgewirkt hat und nicht etwa die „letzte Modeschöpfung eines politischen Kampfes“ ist, wie ein Publizist 1949 schrieb. Drei Voraussetzungen nämlich sind für eine gesunde Betriebs- und Volkswirtschaft notwendig.

1. Die Arbeitskraft, nicht als etwas blutleeres und abstraktes, sondern als kulturelle Leistung einer Persönlichkeit, also eines Menschen, der Partner im Organismus des Betriebes und der Gesamtwirtschaft ist;

2. die Produktionsmittel, an denen die Existenz von Millionen besitzloser Menschen haftet, die als Folge einer kapitalistischen Wirtschaftsweise in völlige Abhängigkeit von ihnen geraten sind;

3. das Kapital, das ohne den Faktor Arbeit unwirksam ist. Fehlt nun eine dieser Voraussetzungen, so ist eine Wirtschaft als gesellschaftliche Funktion nicht denkbar. Hinzu kommt, daß an der Existenz eines modernen Großbetriebes oft das Schicksal einer ganzen Gemeinde hängt; das bedeutet also, daß der Betrieb auch in das öffentliche Interesse rückt.

Volkswirtschaftlich regulierend

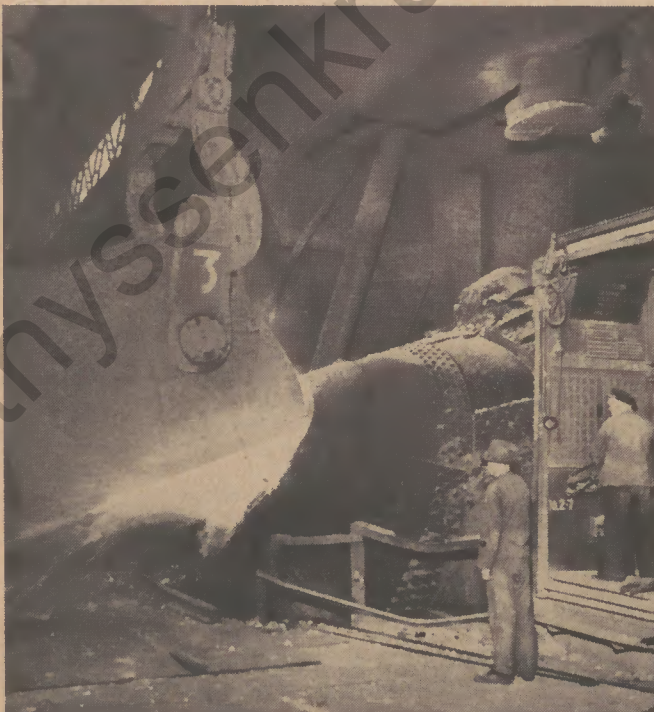
Es wird also klar, daß der Faktor Arbeit — genau wie die anderen Faktoren — nicht nur einer besonderen, sondern einer durchaus gleichberechtigten Berücksichtigung bedarf, weil ja der Betrieb eine sachlich-personale Einheit ist. Der arbeitende Mensch, dessen Kraft sein Kapital ist, muß wissen, daß er als freier Mensch im Produktionsprozeß steht, daß er wirklicher Mitarbeiter ist und auch ein Recht hat zu erfahren, was über seinen Arbeitsplatz hinaus geschieht. Nicht die Lohntüte und bessere Arbeitsbedingungen allein sind entscheidend für ihn, sondern vor allem auch das Arbeitsethos, das zusammen mit dem ersteren die sehr stark ausschlaggebenden Wechselbeziehungen zwischen innerer und äußerer Lebensordnung bestimmt, ausschlaggebend vor allem für das Familienleben des schaffenden Menschen und seine Mitarbeit im öffentlichen Leben als freier Staatsbürger. Zweck und Ziel der Mitbestimmung kann und darf ja nur sein, daß sie außer ihrem ethischen Wert auch durch erhöhte Beteiligung aller Schaffenden unseres Volkes in Industrie, Wirtschaft und öffentlichem Dienst am Sozialprodukt zum Ausdruck kommt, das heißt daß sie volkswirtschaftlich regulierend wirkt und auch der Beamte wieder in einer entsprechenden Stellung neben dem Arbeiter und Angestellten eines Betriebes stehen kann, in dem die Mitbestimmung bereits Wirklichkeit ist.

Geistige Wandlung

Die Forderung nach der Mitbestimmung ergibt sich aus der berechtigten Forderung nach Gerechtigkeit. Sie soll keineswegs die Unternehmerinitiative hemmen, sondern ist die große Aufgabe, den Menschen wieder innerhalb des Betriebes zur Geltung zu bringen mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Die Zeit der innerbetrieblichen Autokratie ist vorüber. Es ist nicht nur so, daß sich der oft wohlgemeinte Patriarchalismus heute nicht mehr halten läßt, weil der moderne Großbetrieb keine an das Haus gekoppelte Familiengemeinschaft ist, sondern der Geist des Menschen den Gütern gegenüber ist ein ganz anderer geworden. Er ist heute geprägt von der liberalistischen Wirtschaftsauffassung der letzten beiden Jahrhunderte. Es blieb nämlich dem Liberalismus vorbehalten, die Frage der Gerechtigkeit in der Wirtschaft zu annullieren und die soziale Harmonie durch das egoistische Verhalten jedes einzelnen als gesichert hinzustellen. Wie immer man sich im Betrieb verhielt: alles wurde durch das unabänderliche wirtschaftliche Naturgesetz gerechtfertigt, das an die Stelle des Sittengesetzes getreten war.

Keine „Machtergreifung“

Da es nun einmal nicht selbstverständlich und naturgegeben ist, daß den Forderungen der Gerechtigkeit Genüge geschieht, muß der Staat das rechtsunsichere und gefährdete Verhältnis von Kapital und Arbeit regeln. In dem augenblicklichen Kampf geht es, wie schon wiederholt betont wurde, um eine echte Mitbestimmung. Leider kann man dabei vielen Unternehmern den Vorwurf nicht ersparen, daß sie vor einer wirklich durchgreifenden Neuordnung der Wirtschaft Hemmungen haben. Die Ansprüche der Gewerkschaften stellen keine „Machtergreifung“ in den einzelnen Betrieben dar, und man sollte auf keinen Fall den Deutschen Gewerkschaftsbund zum Popanz betriebsfremder Planungsdictatur stempeln. Die Gewerkschaften können vielmehr durch ihren Einfluß auch mäßigend und ausgleichend wirken. Der Sinn einer Betriebsverfassung muß ja sein, das einträchtige und friedliche Zusammenleben im Betrieb zu gewährleisten. Es ist allerdings sehr fragwürdig, ob ein Betriebsverfassungsgesetz, in dem die Regierung nach Art eines Waffenstillstandsvertrages die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern regelt, eine ideale Sache ist. Bei wirklich gutem Willen brauchte es keinen Klassenkampf nach Punkten zu geben.



Technik UND Produktion

EISEN- UND STAHLINDUSTRIE

Exportrückgang in der Drahtindustrie

Der Auftragseingang bei den westdeutschen Drahtwerken zeigt sowohl im In- als auch im Auslandsgeschäft rückläufige Tendenz. Im 1. Vierteljahr war er um etwa 12 % niedriger als im Durchschnitt des Jahres 1951. Nach Angaben der Fachvereinigung Draht betrug der Auftragsbestand am 1. Januar 1952 330 000 t gegenüber 303 000 t am 1. Mai 1952.

Besonders nachteilig hat sich innerhalb dieser Industrie-gruppe der Rückgang des Exportgeschäftes ausgewirkt. Die Drahtindustrie, die früher 30 bis 40 % ihrer Gesamtproduktion in alle Länder der Welt exportierte, erreichte im vergangenen Jahr nur einen Exportanteil von 23,5 % der Fertigung. Der Bestand an Exportaufträgen sinkt ständig weiter ab. Auch eine erhebliche Erlösminderung macht sich seit Monaten bemerkbar, da die Weltmarktpreise stark zurückgegangen sind. Da die Industrien anderer europäischer Länder mit regierungsseitiger Hilfe rechnen können, hält es die deutsche Drahtindustrie für notwendig, daß auch die Bundesregierung ihrerseits Mittel einsetzt, um der deutschen Exportindustrie mit geeigneten Förderungsmaßnahmen zu helfen.

Erzeugungsentwicklung der Kaltwalzwerke

Die Entwicklung der Kaltbanderzeugung ist durch folgende Zahlen gekennzeichnet:

Jahr	Kaltband- Erzeugung in 1000 t	Anteil von Warmband- Erzeugung %	Warmband- Erzeugung in 1000 t
1946	86	50,3	171
1947	96	46,3	207
1948	150	40,8	368
1949	244	40,1	608
1950	335	40,6	825
1951	419	40,0	1049

Die Erzeugung von Kaltband einschließlich Profile aus Warmband und Kaltband ist im Jahre 1951 um 25 % gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Der monatliche Auftragseingang lag im Durchschnitt bei 41 000 t. Der Nachfrage konnte nicht in voller Höhe entsprochen werden. Brennstoffmangel und eingeschränkte Strom- und Gaszuteilungen behinderten zeitweise die Produktion. Die größten Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, daß die Kaltband weiterverarbeitende Industrie das Bestreben hatte, ihre Erzeugung in einem Maße zu erweitern, dem die Grundstoffindustrien nicht Rechnung tragen konnten. Die Meßzahlen bewegen sich bei den einzelnen Industriegruppen der Kaltbandverarbeiter etwa zwischen 120 und 360 %, während sie für Kaltband im Durchschnitt im Jahre 1951 nur bei 80 % gegenüber den Zahlen von 1938 liegen.

Die Entwicklung des Ausfuhrgeschäftes war nicht ungünstig. Der derzeitige Auftragsbestand aus dem Ausland in Höhe von rd. 42 000 t bedeutet gemessen an der Erzeugung und den Lieferungen, daß dieser etwa erst in 10 Monaten abgewickelt werden kann. Gegenüber dem Vorjahre stieg die Ausfuhr der Werke von 39 000 t auf 51 000 t, was eine Steigerung von etwa 30 % ausmacht. Der Ausfuhranteil ist auf rd. 12 % des Gesamtversandes angewachsen gegen etwa 16 % im Jahre 1936.

Erschließung des brasilianischen Marktes

Die Ausfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen nach Brasilien zeigt eine günstige Entwicklung, wenngleich die Ausfuhrzahlen noch keinen Vergleich mit den Vorkriegsergebnissen aushalten. Die Gesamtausfuhr an Erzeugnissen der eisenschaffenden Industrie stellte sich im Jahre 1951 wie folgt

Eisenbahnoberbauzeug	2 654 t
Spundwandstahl	170 t
Stabstahl	1 913 t
Bandstahl	957 t
Grobbleche	141 t
Mittelbleche	21 t
Feinbleche	2 419 t
Verzinkte Bleche	50 t
Weißblech und Weißband	1 449 t
Walzdraht	1 152 t
Stahlrohre	18 432 t
Freiformschmiedestücke	146 t
Rollendes Eisenbahnzeug	1 883 t
Gesamtausfuhr	31 387 t

Im Jahre 1933 lieferte Deutschland rd. 60 380 t, im Jahre 1935 schon rd. 154 200 t und im Jahre 1937 rd. 181 200 t. Brasilien ist ein außerordentlich wichtiger Markt für die deutsche Stahlerzeugung, weil hier die Industrialisierung mit aller Macht vorwärtsgetrieben wird. Eine Voraussetzung für diese brasilianische Industrialisierung ist die Erschließung des Landes durch den Ausbau des Verkehrs. So macht die Ausfuhrmenge an Eisenbahnoberbauzeug den größten Posten der Walzwerkserzeugnisse aus. Daneben besteht ein großer Bedarf an Stahlrohren.

Die brasilianische Eigenerzeugung wird mit staatlicher Unterstützung vorangetrieben. Die Stahlgewinnung hat sich von rd. 141 000 t im Jahre 1940 auf 605 000 t im Jahre 1949 erhöht. Die inländischen Werke sind jedoch nicht in der Lage, den Eigenbedarf, der für 1952 auf etwa 1 Mill. t Stahl geschätzt wird, zu decken. Man plant, die Schienenherstellung von 60 000 t auf 100 000 t jährlich zu erhöhen. Der Bedarf der staatlichen Eisenbahnen beläuft sich auf jährlich etwa 700 000 t. Die Herstellung von Stacheldraht und einfachem Draht stieg nach dem Kriege um das Zehnfache und beträgt heute etwa 15 000 t und 80 000 t je Jahr. Der Weißblechbedarf beläuft sich auf 100 000 t je Jahr, wovon die Eigenerzeugung nur 38 000 t decken kann.

Für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie stehen demnach erhebliche Ausfuhrmöglichkeiten offen, andererseits kann sie aus Brasilien Eisenerz und Manganerz beziehen. Im Jahre 1950 wurden rd. 55 000 t Eisenerz und Manganerz von Brasilien nach Deutschland ausgeführt, im Jahre 1951 rd. 29 000 t. Brasilien sieht in den deutschen Firmen die geeigneten Geschäftspartner, die keine politische Vormachtstellung in Brasilien erringen wollen.

Ägypten als Eisen- und Stahlmarkt

Ägyptische Wirtschafts- und Regierungskreise setzen große Hoffnungen auf die Handelsvertragsverhandlungen, die augenblicklich zwischen der Bundesrepublik und Ägypten geführt werden. Für die deutsche eisenschaffende Industrie ist Ägypten ein nicht unwesentlicher Markt.

In diesem Zusammenhang sind Vorkriegszahlen aufschlußreich, weil sie Schlüsse auf die Aufnahmefähigkeit des ägyptischen Marktes wenigstens in etwa zulassen. Ägypten bezog an Erzeugnissen der eisenschaffenden Industrie:

		davon aus Deutschland
1933	178 554 t	20 914 t
1934	187 645 t	24 805 t
1935	190 078 t	41 924 t
1936	187 370 t	33 566 t
1937	183 989 t	28 526 t

Die größten Wettbewerber Deutschlands auf dem ägyptischen Markt waren in der Vorkriegszeit Belgien/Luxemburg, England und Frankreich. Der größte Teil der Einfuhr an Roheisen, Form- und Stabstahl, verzinkten Blechen, Draht und Oberbauzeug stammte aus Belgien. England führte bei der Einfuhr von Weißblechen, Baustahl und Röhren. Deutschland hingegen lieferte den Großteil des von Ägypten eingeführten Bandstahls.

Diese Lage, wie sie vor dem zweiten Weltkrieg bestand, hat sich heute geändert. Die ägyptische Regierung versucht, im Assuan-Becken eine eigene Eisen- und Stahlindustrie zu schaffen. Beim Aufbau größerer Werke müßten zur Verhüttung bei den verhältnismäßig geringen Eisenerzvorkommen in Ägypten wohl Eisenerze aus dem Ausland bezogen werden; die Einfuhr von Kohle ist in jedem Falle notwendig. Die Kosten wären entsprechend hoch. Dagegen sind Wasserkraften vorhanden, die für die Energiewirtschaft verwendbar sind. Zunächst verfügt Ägypten auch über große Mengen an Schrott, insbesondere aus den Kriegsjahren. Unsicher ist jedoch, inwieweit der Schrottanfall in der Zukunft gesichert ist. Immerhin sollte die deutsche Eisen- und Stahlindustrie die Entwicklung in Ägypten beobachten und versuchen, am Markt zu bleiben.

Im Jahre 1950 lieferte die deutsche eisenschaffende Industrie 73 110 t Erzeugnisse aller Art nach Ägypten. Der Umfang der deutschen Stahlausfuhr nach Ägypten blieb 1951 hinter dem des Vorjahres zurück. Wegen der Kontingentsfestsetzung durch die Regierung wurden im Jahre 1951 nur noch 28 102 t Eisen- und Stahlerzeugnisse geliefert, davon 15 134 t Oberbauzeug, 3591 t Stabstahl, 3048 t Feinbleche, 2724 t Stahlrohre und 1220 t Roheisen. Diese Zahlen lassen erkennen, welche Erzeugnisse Ägypten benötigt; es sind vor allem Oberbauzeug und Stabstahl. Zur Zeit ist England der schärfste Wettbewerber auf dem ägyptischen Markt.

Blick IN DIE PRESSE

Der Vierte Stand

Es ist kein Zweifel: Dem Arbeitertum gehört die neueste Entwicklungsphase in der Geschichte. Woher kommt es, daß das Arbeitertum auf mehr als einen unsichtbaren Helfer bauen kann, gleichsam ein Protektionskind unserer Epoche genannt zu werden verdient? Vielleicht liegt es hieran: Arbeitertum ist ein Anfang, ein neuer Anfang in einem späten Geschichtsabschnitt. Was der Arbeiter in die Geschichte einzubringen hat, ist Kraft, vor allem seelische Spannkraft. Das ist das Verheißungsvolle an ihm. Dieses Element allein reicht aber noch nicht aus, um die Welt neu aufzubauen. Man wird im Gegenteil viele Steine vom alten Bau verwenden müssen. Die Vorstellung von einem neuen Anfang in einer alten Zeit lenkt schon auf die furchtbaren Gefahren hin, die damit verbunden sind. Die größte Gefahr ist der „Arbeitsstaat“. Die Gefahr eines Arbeitsstaates ist größer, als man denkt. Der Anstoß folgt aus dem Drang der Masse, einer Regierung die Garantieleistung für einen immer höheren materiellen Lebensstandard aufzubürden, der diese dann zwingt, die Prinzipien eines mechanischen, reibungslosen Produktionsablaufs auf die gesamte Lebensführung zu übertragen. Arbeitertum darf aber nicht mit „Masse“ gleichgesetzt werden. Hierin liegt der Ausweg. Solange jedoch die Gesamtheit der Arbeiterschaft von ihren eigenen Vertretern als eine einheitliche Masse behandelt wird, kann es sich nur um ein vorbereitendes Stadium handeln, um einen sozialen Entwicklungsabschnitt, der gekennzeichnet wird durch unsicheres Tasten nach konkreten politischen Zielen und durch die Sehnsucht nach einem echten Standesbewußtsein. Es ist richtig: Die westeuropäische Arbeiterschaft ist kein „Stand“ im echten Sinne. Ob die Arbeiterschaft der westlichen Welt jemals „Stand“ wird, ist eine Frage ihrer biologischen Qualität, d. h. praktisch-politisch gesehen: Es wird davon abhängen, ob sie es versteht, ihre besten Begabungen herauszustellen. (Theo Eymüller in „Der Volkswirt“.)

Miteigentum besser als Sozialisierung

Eine bessere Lösung als die Sozialisierung nannte der Schriftleiter der „Kettlerwacht“ und Bundestagsabgeordnete Even auf einer Tagung der Katholischen Arbeiterbewegung in Hagen das wertbeständige Miteigentum der im Werk beschäftigten Arbeiter an eben diesem Werk. 42 Milliarden DM an Löhnen fließen heute jährlich in den Konsum. Das deutsche Volk habe das Maß dafür verloren, was es sich erlauben dürfe. Es lebe über seine Verhältnisse. Der Arbeiter sollte aber daran denken, daß einmal der Tag komme, wo er von einer geringen Rente leben müsse. Er täte deshalb gut daran, sich eine zusätzliche Einnahme für diese spätere Zeit zu sichern. Diese werde ihm durch das Miteigentum am Werk am besten gesichert. (Westfalenpost)

50 Prozent des Einkommens für Nahrungsmittel

Die Ausgaben für Nahrungsmittel beanspruchen vom Gesamteinkommen der Bevölkerung in der Bundesrepublik rund 50 Prozent gegenüber 40 Prozent in der Vorkriegszeit. Die Bevölkerung europäischer Länder mit rationeller Landwirtschaft gibt für die Nahrungsmittel 30 Prozent aus, und in den USA wendet man nur 20 Prozent auf. In einer Untersuchung, die zur Zeit maßgeblichen Bonner Stellen vorliegt, wird darauf hingewiesen, daß diese 50 Prozent alarmierend wirken und daß die Ursache in dem starken Auseinanderklaffen der Produktivität von Landwirtschaft und Industrie zu finden sei. Die Industrie habe ihre Produktivität seit 1936 um 40 Prozent, die Landwirtschaft um nur 6 Prozent gesteigert. (Rheinische Post, Düsseldorf.)

Rund 1,6 Millionen Streiktage 1951

1951 traten insgesamt mehr als 175 000 Arbeitnehmer in den Streik. Rund 1,6 Millionen Streiktage wurden festgestellt. Die durchschnittliche Streikdauer betrug etwas über neun Tage. Der Ausfall an Arbeitstagen war mehr als viermal so hoch wie im Jahre 1950, wobei 70 Prozent des Ausfalles allein durch den Metallarbeiterstreik in Hessen verursacht wurden. Die überwiegende Masse der Streiks hatte Lohnforderungen zum Ziele und endete zu etwa 90 Prozent mit einem Teilerfolg. Zum ersten Male nach dem Kriege sind 1951 auch Aussperrungen, jedoch untergeordneter Bedeutung (9000 Arbeitstage), festgestellt worden. Bei einem Sozialprodukt von 100 Milliarden DM und 15 Millionen Erwerbstätigen errechnet sich je Kopf und Tag ein Anteil am Sozialprodukt in Höhe von rund 22 DM. Der Ausfall am Brutto-Sozialprodukt stellt sich demnach auf rund 35 Millionen DM. (Westdeutsches Tageblatt)

Vom Unternehmer hängt die Marktwirtschaft ab

„Vom Unternehmer hängt es ab, ob die in Amerika allgemein als die einzig gültige Wirtschaftsform angesehene Marktwirtschaft beibehalten wird“, sagte der Vorsitzende des Präsidiums des Landesverbandes der bayerischen Industrie, Dr. Otto Seeling . . . Seeling führte u. a. aus: Profitmacht ist das beste Mittel, die Freiheit zu verspielen. Es muß dem deutschen Unternehmer gelingen, Arbeitnehmer wie Verbraucher zu überzeugen, daß die Marktwirtschaft die Bedürfnisse gut und billig deckt und die Gewinne gerecht verwendet. Notwendig ist eine Gestaltung als soziale Marktwirtschaft, die sie bisher nicht immer ganz war. Die Produktivität eines Landes beruht, wie die Amerikaner meinen, nicht auf seinem natürlichen Reichtum, sondern auf Art und Geschicklichkeit der Erzeugung. Daher hält man drüben das Management für die wichtigste Aufgabe, und auf die Erziehung dazu legen insbesondere auch die Universitäten größten Wert. Deutschland, das keinen Rohstoffreichtum zu gewinnen vermag, bleibt nur die Möglichkeit, durch Intelligenz und Arbeit seinen Lebensstandard zu erhöhen. Die 40-Stunden-Woche wird sich bei uns nicht einführen lassen, weil Menschenkraft eine zu große Rolle spielt, während man in Amerika zu 95 Prozent mit Maschinenkraft arbeitet . . . (Süddeutsche Zeitung)

An die Gewehre!

Ganz ohne Kommentar

„Wir sind bereit, jeden Meter Boden unserer geliebten Heimat, jeden Bauernhof, jeden volkseigenen Betrieb, jedes Haus mit ganzer Kraft, mit allen Mitteln und bis zum äußersten zu verteidigen (stürmischer Beifall). Wenn sich die Notwendigkeit ergibt, die bewaffnete Verteidigung unserer Heimat zu organisieren, dann wird sich die Partei der Arbeiterklasse und ihr Vorsitzender, Wilhelm Pieck, auf die deutsche Jugend verlassen können!“ (Die Delegierten erheben sich mit lebhaften, anhaltenden Beifallskundgebungen von ihren Plätzen.)

„Volkstimme“ (SED, Chemnitz, 19. Mai 1952).

*

Elisabeth Riemer, Arnsdorf, und Gertrud Zinke, Radeberg: „Zur Aufstellung nationaler Streitkräfte können wir nur sagen, daß wir voll und ganz damit einverstanden sind und auch als Frauen nicht zurückschrecken würden, zur Waffe zu greifen, wenn es gilt, unser Vaterland zu verteidigen.“

„Sächsische Zeitung“ (SED Land Sachsen, Dresden, 19. Mai 1952.)

Gute Nacht, Mnne, und schnarche feste!

Sechs Männer und eine Frau haben den experimentellen Nachweis dafür geliefert, daß Schnarchen nützlich und gesund ist. Zwei Ärzte, die sie nächtelang beobachteten, wollen durch genaue Messungen festgestellt haben, daß Schnarchen den Sauerstoffgehalt des Blutes wieder auffüllen hilft, wenn er während des Schlafes zu tief absinkt. Wird der Tiefstand gefährlich, so wacht der Schläfer mit einem besonders lauten Schnarcher auf. Beim Schnarchen wird mehr Luft eingeatmet als beim lautlosen Schlafen. Der Körper hilft sich also selbst, wenn sein Blut zu sauerstoffarm zu werden droht.

Als Versuchspersonen waren gesunde Leute im Alter von 22 bis 36 Jahren gewählt worden. Der Sauerstoffgehalt ihres Blutes wurde durch elektrische Meßgeräte kontrolliert, die während des Schlafes am Ohr befestigt waren. Bezeichnen- derweise wlzten sich die Schläfer nicht auf die Seite mit dem Sauerstoffmesser, nachdem sie einmal ihre gewohnte Einschlafseite gewählt hatten.

Die beiden Ärzte ermittelten bei ihrem Versuch, daß es sieben Stadien des Schlafes gibt: 1. ein leichtes Dsen, bei dem der Schläfer noch bei Bewußtsein ist; 2. ein Vorschlaf- zustand, während dem sich die Phantasie steigert; 3. leichter Schlaf mit schwachen Muskelbewegungen; 4. tiefer Schlaf; 5. bis 7. allmähliche Wiederkehr des Bewußtseins. Die Stadien 3 und 4 werden als „bemerkenswert geräuschvoll“ bezeichnet. Der Schläfer seufzt, murmelt, stöhnt, gähnt, schnarcht, grunzt oder hstelt. Während des Überganges von Stadium 2 zu Stadium 3 besteht eine sichtliche Neigung, sich zu kratzen, wobei bevorzugte Ziele das Gesicht, die Nase und der Hals sind.

In den ersten vier Phasen des Schlafes sinkt der Sauerstoff- gehalt des Blutes ständig, während der Schlaf zunehmend tiefer wird. Zwischen vier und fünf Uhr morgens ist der Sauerstoffgehalt mit etwa 87 Prozent des Normalgehaltes auf seinem tiefsten Stand. Von da an steigt er wieder und erreicht beim Erwachen 92 bis 98 Prozent der Norm. Wird der Schläfer zu früh geweckt, so hat der Sauerstoffgehalt noch nicht wieder seinen normalen Stand erreicht. Aus diesem Grunde fühlt er sich noch stundenlang schläfrig und reizbar. Wer also einmal „mit dem linken Bein zuerst auf- gestanden“ ist, der hat jetzt medizinische Rechtfertigungs- gründe.

Die beiden Ärzte haben auch das Nachmittagsnickerchen wissenschaftlich untersucht und dabei herausgefunden, daß der Sauerstoffgehalt des Blutes bei einem kurzen Schlummer ebenso tief absinken kann wie bei einem regelrechten nchtl- ichen Schlaf. Da man sich aber nach einem solchen Nickerchen im Sessel oder in der Bahn nach kurzer Zeit wieder zu erheben pflegt, fühlen sich viele Leute hinterher mit Recht zerschlagen und noch schläfriger als zuvor.

Die Männer wollen nicht ...

Zum ersten Male seit Menschengedenken flehen Pariser Ehemänner ihre Frauen an, doch ja nicht den Verlockungen der Sommermode zu folgen. Grund: Durchscheinende Kleider sind letzter Schrei. Die Männer sind in der Zwickmühle. Bei der eigenen Frau sehen sie so etwas gar nicht gern.

Die Frau im Erwerbsleben

Im Bundesgebiet wurden am 31. März 1952 insgesamt 8 819 000 weibliche Erwerbspersonen gezählt. Davon ge- hrten zu den Selbständigen und Mithelfenden 3 793 000 Frauen und zu den beschäftigten weiblichen Arbeiterinnen, Angestellten und Beamtinnen 4 521 000. Hierzu kamen im gleichen Zeitpunkt 505 000 weibliche Arbeitslose. Die Zahl der weiblichen Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung betrug am 29. Februar 1952 rund 3,33 Millionen.

Gleichberechtigung

Dem offiziellen Protokoll der 215. Sitzung des Bundestages vom 28. Mai 1952 entnehmen wir: aus der von Staatssekretär Sauerborn gegebenen Antwort auf die Frage einer Abgeord- neten: „Wie viele Frauen hat der Bundesminister für Arbeit in den Vorstand und in den Verwaltungsrt berufen?“:

„Für die Organe der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden vorgeschlagen: a) von der Bundesregierung eine Frau, b) vom Bundesrat keine Frau, c) von den Spitzenvereinigungen der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften keine Frau (Hört! Hört!),

ber die Frauen meint Jean Paul:

„Liebet eure Feinde“ heißt bei den Weibern: besucht eure Feindinnen und trinkt Tee.

Vor weiblichen Augen werden weibliche Wangen weniger rot.

Eine Frau gehorcht vielleicht auch einmal, um zehnmal be- fehlen zu können.

Eine Frau (oder Geliebte) lernt man in einer Stunde mit einer dritten Person besser kennen als mit sich in zwanzig.

d) von den Gewerkschaften sieben Frauen und e) von den Arbeitgebern eine Frau (Hört! Hört!), Unter Berücksichtigung der Vorschläge der Minderheiten wurden in den Vorstand drei Frauen und in den Verwaltungsrat fünf Frauen, zu- sammen acht Frauen, berufen ...

Wir sind ja so leichtsinnig!

Vertreter des Wohnungsamtes und Studenten, die in dessen Auftrag arbeiten, stellen immer wieder fest, daß ihnen „Tür und Tor“ geöffnet werden, einzig auf ihre Angabe hin, sie kmen vom Wohnungsamt. In einem Fall wurde festgestellt, daß von 100 Frauen nicht eine sich einen Ausweis zeigen ließ und die Hälfte dem Beamten sofort Zutritt zu ihrer Wohnung gewährte. Nur zwei Frauen suchten hinterher telefonisch eine Bestätigung vom Wohnungsamt zu erhalten. Erst kürzlich wieder verschwand ein junger Mann mit der Barschaft einer alleinstehenden Frau, nachdem er sich als „Angestellter des Elektrizitätswerkes, mit der Prüfung der Anlage beauftragt“ Zugang zu der Wohnung verschafft hatte.

Kuchen backen? Ganz einfach!

Im Herd Feuer machen. Die nötigen Geräte und Zutaten zurechtlegen. Bauklötze und Blechautos vom Küchentisch räumen. Kuchenblech einfetten. Mandeln knacken. Zwei Tassen Mehl abmessen. Peters Hände aus dem Mehl nehmen. Mehl von Peter abwaschen. Nochmals Mehl ab- messen.

Mehl, Backpulver und Salz in Mehlsieb schütten. Besen und Schaufel holen und Scherben der Schüssel aufkehren, die Peter vom Tisch gerissen hat. Andere Schüssel holen. Nach- sehen, wer an der Haustür klingelt.

Peter Schüssel wegnehmen. Peter sauber machen. Ans Telefon. Dicke Salzschicht vom eingefetteten Blech wischen. Nach Peter suchen. Anderes Backblech einfetten. Ans Telefon.

Peter Schüssel wegnehmen. Backblech aufheben: eine Lage Nuschalen darauf entdecken. Auf Peter losgehen, der die Schüssel vom Tisch fegt.

Fußboden aufwischen. Küchentisch, Wände, Geschirr säubern. Konditorei anrufen.

Manche Frauen vergessen ...

... daß man mit Eifersucht keinen Mann zu halten vermag, geschweige ihn zurückerobern kann.

... vielfach über Haushalt und Familie, daß sie auch so etwas wie ein Eigenleben haben.

... in den Nöten des Alltags häufig genug die vielen klei- nen Glücksmöglichkeiten, die jeder Tag dem Menschen bietet.

... im Urteil über anderer Leute Kinder nur zu oft, wie empfindlich sie selbst in diesem Punkte sind.

... daß man etwas, das man ausgeplaudert hat, nie wieder ungesagt machen kann.

... daß die Gefahr besteht, daß, wenn sie reizlos werden, sie leicht gereizt werden.

... daß man auch Schwiegermutter werden kann, ohne des- halb es im bösen Sinne sein zu müssen.

... zuweilen über der Liebe zu ihrer Familie, daß es auch noch Mitmenschen gibt, die sie brauchen.



UNSER BRIEFKASTEN

H. O., Verwaltung:

Aber, aber! Der Begriff „Einkommen“ ist doch so furchtbar einfach zu erklären. Im „Handbuch des deutschen Steuerrechts“ heißt es klar und deutlich: „Das Einkommen läßt sich erklären als der Überschuß, der dem einzelnen von der Gesamtheit der (soweit sie nicht in Gelde bestehen, ist solches nach ihrem Werte in Rechnung zu stellen) ihm in einer zu bestimmenden Periode aus dauernden Quellen zur Gewinnung von Mitteln zur Bedürfnisbefriedigung zufließenden Reinerträge und Nutzungen nach Abzug des Gesamtbetrages der (soweit sie nicht in Gelde bestehen, ebenfalls in solches umzurechnen) innerhalb derselben Periode bei solchen Ertragsquellen durch Zurückbleiben ihrer Reinerträge hinter den Werbungskosten erlittenen Verluste und der dritten auf Grund besonderer Rechtstitel zu gewährenden periodischen und daher aus den periodisch wiederkehrenden Einnahmen zu bestreiten, den Sachgüterleistungen verbleibt und daher von ihm ohne Verminderung des Geldwertes seines bei Beginn der Periode vorhanden gewesen Vermögens verbraucht werden kann, soweit er aber nicht verbraucht wird, mithin dieses Vermögen vermehrt.“ — Das ist doch so einfach zu verstehen! Oder nicht?

E. O., Lehrwerkstatt:

Es war wirklich erfrischend, die Eindrücke und Gedanken eines Lehrlings, der erst wenige Wochen bei uns ist, zu lesen. Leider sind sie so umfangreich, daß wir sie nicht abdrucken können. Aber: als kleine Belohnung wartet ein gutes Bild auf Dich, das Du Dir in der Pressestelle abholen kannst.

P. L., Walzwerk:

In den sozial- und wirtschaftspolitischen Artikeln und Berichten ist oft von „Netto-Investition“ und vom „Sozialprodukt“ die Rede. Wie sind diese Begriffe zu verstehen?

Wenn das Kapital anwächst, bedeutet dies ein Zurückbleiben des verbrauchten Einkommens hinter dem produzierten Einkommen. Die Differenz ist die Netto-Kapitalbildung. Die Anlage dieses Kapitals in der Wirtschaft ist die Netto-Investition. — In der volkswirtschaftlichen Bilanz versteht man unter dem Begriff „Sozialprodukt“ drei verschiedene statistische Zahlenwerte. Das „Bruttosozialprodukt“ ist die Summe der jährlich von einer Volkswirtschaft erstellten Güter und Dienstleistungen. Einschließlich des Importüberschusses — abzüglich des Exportüberschusses — gibt diese Summe an, welche Möglichkeiten des Verbrauchs und der Investitionen bestehen. Nach Abzug der normalen Abschreibungen gewinnt man aus dem Bruttosozialprodukt das „Nettosozialprodukt zu Marktpreisen“. Die letztere statistische Größe, vermehrt um die vom Staat geleisteten Subventionen und vermindert um die indirekten Steuern, ergibt das „Nettosozialprodukt zu Faktorkosten“. Diese Größe bezeichnet man auch als „Volkseinkommen“, das die Löhne, Gehälter, Gewinne und Zinsen einschließt.

B. R., Verwaltung:

Sie haben recht: auch ein Bürovorsteher darf ruhig — ohne daß ihm ein Zacken aus der Krone fällt — einen freundlichen „Guten Morgen!“ wünschen, wenn er das Büro betritt. Und was die Menschenbehandlung betrifft: mancher lernt sie nie — dann aber ist er, trotz allen büromäßigen oder technischen Können, als Vorgesetzter und zum Vorgesetzten ungeeignet. Menschenbehandlung hat mit Studium oder Wissen nichts zu tun. Es gibt ausgesprochene Naturtalente der Menschenbehandlung, Menschen, die viele Freunde haben und sich, wie man so sagt, „alle Herzen im Sturm erobern“. Sie haben vier Eigenschaften — und die kann man sich notfalls aneignen: 1. Sie haben fast immer ein Lächeln auf den Lippen, sind stets gut gelaunt (sie sehen wenigstens so aus), kennen also keine Launen (lassen sie wenigstens nicht merken). 2. Sie sind gute Zuhörer. 3. Sie sprechen kaum von sich selbst. 4. Sie interessieren sich aufrichtig für jeden ihrer vielen Bekannten und Mitarbeiter. Das Interesse hat mit Neugierde nichts zu tun! — Wer diese vier Punkte beherrscht, kommt in der Menschenführung ein ganzes Stück weiter. Aber, wie gesagt: mancher lernt's nie. Und hier und da gilt sogar das alte Sprichwort: „Wem Gott gibt ein Amt, dem nimmt er den Verstand!“ Und vielleicht wissen Sie vom Kommiß unseligen Angedenkens, daß man oft mit dem General vernünftiger reden konnte als mit dem Unteroffizier. Das gilt leider allzuoft auch für die „Chargen“ der Wirtschaft.

G. S., Verwaltung:

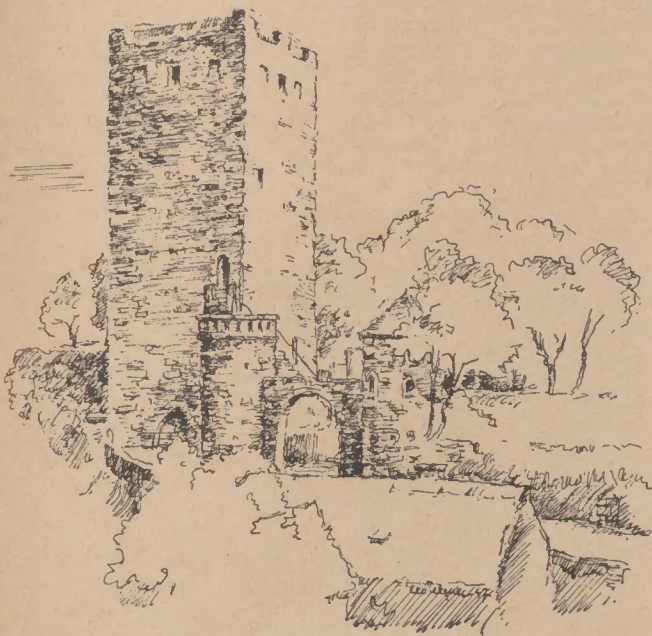
In den Rundfunk- und Pressemeldungen wird bei der Angabe der Höhe der Arbeitslosen mal von „struktureller“, mal von „konjunktureller“ Arbeitslosigkeit gesprochen. Worin liegt der Unterschied?

Wenn in einer Volkswirtschaft durch irgendwelche Ereignisse sich die normale, natürlich entwickelte gesunde Struktur dieser Volkswirtschaft verändert, sei es in bezug auf die Größe und Zusammensetzung der Industrie oder in bezug auf die Standorte der Industrie oder in bezug auf die Zusammensetzung der Bevölkerung oder sei es durch Mangel an genügendem Wohnraum an Stellen, an denen starke Industrien konzentriert sind, dann kann aus dieser Tatsache der Strukturveränderung eine Arbeitslosigkeit entstehen, obwohl die „Konjunkturlage“ der Wirtschaft an sich vielleicht gut ist. Eine derartige Arbeitslosigkeit nennt man strukturelle Arbeitslosigkeit. Im Gegensatz dazu entsteht eine konjunkturelle Arbeitslosigkeit durch echte Konjunkturkrise der Wirtschaft. Wenn wie im Falle Deutschland beide Arten der Arbeitslosigkeit auftreten, ist es beinahe unmöglich, die Gesamtzahl der Arbeitslosen aufzugliedern in solche, die aus strukturellen Gründen und solche, die aus konjunkturellen Gründen arbeitslos sind. In den Statistiken taucht daneben noch die Zahl der sogenannten „Fluktuations“-Arbeitslosen auf und die Zahl derer, die (aus meist körperlichen Gründen) nicht mehr arbeitsfähig sind. Fluktuations-Arbeitslosigkeit ist keine echte Arbeitslosigkeit. Sie entsteht dadurch, daß am Stichtag der statistischen Erhebung eine gewisse Zahl von Arbeitnehmern von einer Arbeitsstelle zu einer anderen übergeht. Schließlich gibt es in verschiedenen Berufen (z. B. Landwirtschaft, Baugewerbe) die jahreszeitlich bedingte „Saison-Arbeitslosigkeit“.

Frau Marie S.:

Darf die Frau nicht wissen, was der Mann verdient? Eine Lohntüte sehe ich nämlich nie. In der Abteilung H. zum Beispiel sind solche Menschen zusammen, die an keinem Lohntage sofort nach Hause gehen, 40,— bis 50,— DM gehen an den Lohntagen sofort in die Wirtshäuser. Zu Hause fehlt es dann an allen Ecken. Solche Männer können doch am Tage nicht für voll angesehen werden, besonders wenn sie nur eine Stunde auf dem Stuhl schlafen und dann zur Arbeit gehen. Man sollte sich doch einmal solche Säuer betrachten und, wenn möglich, solche Elemente auseinandernehmen. Oder ist eine Frau dazu verdammt, ihr ganzes Leben so dahinzubringen? Schreiben Sie in Ihrer Zeitung einmal, was man dagegen unternehmen kann.

Da gibt es kein Rezept, liebe Frau Marie! Und ist das mit dem Säuer, der an jedem Lohntag ein Vermögen verschmettert, nicht ein ganz klein wenig übertrieben? — Aber: vielleicht wissen unsere Leserinnen, wie sie es „gemacht“ haben, daß ihre Männer nicht . . . Wir nehmen jede Menge Zuschriften gerne an.



Burg Blankenstein

„Blankenstein Burg“ ist eine sehr kleine Bahnstation an der Strecke Hagen — Essen. Gleich hinter dem Bahnhofshäuschen geht der Weg steil hoch durch alten Baumbestand und zwischen den schönen Fachwerkhäusern der ehemaligen Freiheit Blankenstein. Und wenn man schon ein wenig atemlos durch den mittelalterlichen Torbogen auf dem Vorplatz der Burg angekommen ist, stellt man fest, daß der etwas mühsam steile Anstieg sich reichlich gelohnt hat.

Die der Stadt Bochum gehörende Burg enthält eine bekannte Gaststätte, von deren Terrassen man einen ungewöhnlich schönen und weiten Blick über die Ruhrlandschaft genießt. Weniger bekannt dürfte es sein, daß in dem Bergfried und den angrenzenden Gebäuden, die, einst verfallen, nach dem letzten Kriege wiederaufgebaut wurden, die kunstgewerblichen „Burgwerkstätten“ untergebracht sind, die heute viele Besucher durch ihre regelmäßigen Ausstellungen und kulturellen Veranstaltungen anziehen.

Das Bestreben unserer Zeit, infolge des großen Raummangels alte Schlösser und selbst Ruinen wieder nutzbar zu machen, ist verständlich. Wenn aber ein alter Bau wie hier mit so viel architektonischem und kunstgeschichtlichem Verständnis einer neuen Aufgabe erschlossen wurde, wenn er, zwar in Zweck und Ziel der Gegenwart eingeordnet, dennoch stilgerecht erstand, darf man mit Anerkennung nicht geizen. In diesem Teil der Burg wird gesponnen, gewebt, entworfen, gestickt und genäht. So entsteht in den „Burgwerkstätten“ eine ebenso moderne wie traditionsgebundene Kleidung, die zusammen mit kunstgewerblichen Dingen in den unteren Räumen der Burg gezeigt wird.

Wenn man in der Geschichte Blankensteins zurückblättert, so möchte man glauben, ein altes Gewerbe des Ortes hätte hier eine neue Blüte entfaltet, denn vor mehr als zweihundert Jahren, als die Blankensteiner noch 267 Einwohner zählten, betrieben die meisten von ihnen ein Handwerk, das der heutigen Arbeit der Burgwerkstätten verwandt ist. Sie waren Spinner und Stückwirker, Strumpfstricker, Leineweber und Wolltuchmacher. Trotz aller Mühe gelang es ihnen damals aber nicht, die Früchte ihrer Arbeit zu ernten; denn sie waren durch eine Feuersbrunst, die fast die ganze Ortschaft einäscherte, und durch die darauf folgende fran-

zösische Besatzung so verarmt, daß schließlich eine Pfändung über den Ort verfügt wurde.

Kurz vor dem Brand hatte der Große Kurfürst die baufällige und militärisch wertlos gewordene Burg bis auf einen Turm und die Ringmauern niederreißen lassen.

Im Jahre 1243 wird die „Burg Blankensteine“ zum ersten Male urkundlich erwähnt, nachdem sie 1226 von dem Grafen Adolf von der Mark auf „blankem Steine“ erbaut wurde, an der damaligen Verkehrsstraße, die von Dortmund über Hattingen zum Rheinland führte. Ihre Entstehung hängt mit der Ermordung des Erzbischofs Engelbert von Köln durch den Grafen Friedrich von Isenburg eng zusammen. Nach der Hinrichtung des Isenburgers wurde auch dessen Wohnsitz, die Isenburg, zerstört. Aus den Steinen der zerstörten Burg ließ Graf Adolf von der Mark die Burg Blankenstein erbauen. Sie war mit ihren drei Türmen eine der mächtigsten Wehranlagen ihrer Zeit und konnte mehrere Jahrhunderte hindurch von keinem Feind erobert werden.

Die Besatzung der Burg unterstand einem Drost und einigen adeligen Burgmannen, die ihren Wohnsitz in dem von einem Graben umschlossenen Amtshaus vor der Schloßbrücke hatten. 25 Jahre wurde die Burg von dem Drost Ludolf von Bönen friedlich verwaltet. Dann aber begann die unruhige Zeit der Fehden und des Aufruhrs der mächtigen Grafen von der Mark gegen den derzeitigen Kölner Erzbischof, der schließlich in die Hände seiner Feinde geriet und in den „Messerturm“ der Burg geworfen wurde, den er als Lebender nicht mehr verließ.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Burg in der heutigen Form wiederaufgebaut und nach dem letzten Krieg durch die Anlage der Burgwerkstätten erweitert.

Burg und Städtchen haben glücklicherweise den Krieg ohne Zerstörung überstanden, so daß die alten malerischen Winkel und Straßen mit ihren stattlichen Bürgerbauten, den ehemaligen Adelshöfen und dem Gethmannschen „Irrgarten“ uns heute noch ein Bild der vergangenen Zeit gegenwärtig machen.

— TE —



WERKZEITSCHRIFT —

eine Brücke der Verständigung

Der „Arbeitsausschuß der Deutschen Werkzeitschriften“, der im Oktober 1951 anlässlich einer Tagung in Heidelberg aus den dort anwesenden Redakteuren von Werkzeitschriften gebildet worden war, hatte für den 16. und 17. Mai 1952 nach Düsseldorf zu einer Arbeitstagung eingeladen.

Der Arbeitsausschuß ging bei seiner Einladung von dem viel geäußerten Wunsch der Schriftleiter aus, eine kollegiale Aussprache über theoretische und redaktionstechnische Probleme vorzunehmen und neue Anregungen zu erarbeiten. Das erschien um so zwingender, als zum ersten die Werkzeitschrift heute in einer ganz anderen wirtschaftspolitischen, sozialen und betrieblichen Atmosphäre erscheint und geschrieben wird, als es früher vor 1933 und vor allem nach 1933 der Fall war, daß sie sich in eine andere Zeit und mithin in andere Aufgaben gestellt sieht; zum zweiten, weil nur die wenigsten Werkschriftleiter Berufsredakteure sind, die über redaktionstechnische Erfahrungen verfügen und eine Werkzeitschrift redaktionell zu „machen“ verstehen; zum dritten, weil die Berufsredakteure dem Betrieb und den innerbetrieblichen Problemen im allgemeinen noch nicht verhaftet sind. So oder so: jede Gruppe — Berufsredakteure oder aus dem Betrieb beauftragte Gestalter der Werkzeitschrift — sieht eine Fülle „Neues“ vor sich. Was liegt näher, als im wechselseitigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zu lernen und zu lehren.

Darin lag zunächst und hauptsächlich die Aufgabe der Düsseldorfer Tagung: Kontakt, Gespräch, Erfahrungsaustausch zu sein. Darüber hinaus sollten in einer repräsentativen Eröffnung alle, die mit der Werkzeitschrift irgendwie in Beziehung stehen, durch drei Referate, die das „Gesamtproblem Werkzeitschrift“ anrissen, angesprochen werden. Es sei hier vorweggenommen, daß auch dieser Versuch, alle Partner des heutigen Sozial- und Wirtschaftslebens an einen Tisch zu bringen — trotzdem er in einer politisch und wirtschaftspolitisch besonders gespannten Situation (Generalvertrag — Aktionen des DGB zum Betriebsverfassungsgesetz) erfolgen mußte —, gelungen ist.

An der Eröffnungstagung in den „Rheinterrassen“, die unter der Versammlungsleitung von Hoischen, Westfälenhütte AG Dortmund, stand, nahmen neben den Werksredakteuren namhafte Vertreter der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, Werksleitungen, Vorstände, Unternehmer und Betriebsratsmitglieder teil.



Aus der Düsseldorfer Tagung

Dr. Braun, Stuttgart, erklärte in seinem Vortrag „Die Aufgabe der Werkzeitung u. a.: In einem kleinen Betrieb genügt die Aussprache von Mann zu Mann oder ein Brief. Je größer und vielgestaltiger ein Unternehmen wird, je mehr Menschen in ihm arbeiten und je mehr ihre Arbeit in viele Teilrichtungen aufgegliedert, je spezialisierter sie ist, um so schwerer wird es, gegenseitig Kontakt zu halten. Um so schwieriger wird es für den einzelnen, den immer komplizierter werdenden Organismus des Betriebes zu überschauen und zu durchschauen und in seiner Arbeit einen Sinn zu finden. Also müssen wir den vielen einzelnen dabei behilflich sein, die Bretterzäune zwischen Mensch und Mensch, zwischen Abteilung und Abteilung, zwischen Werkstatt und Werkstatt niederzulegen und den Blick für das Ganze und

füreinander freizumachen. Die Werkzeitschrift ist ein Mittel. Sie ist eines von mehreren. Von den andern ist hier nicht die Rede. Die Werkzeitschrift kann aufklären, unterrichten, Meinungen vergleichen, zu einer vernünftigen Meinungsbildung führen, helfende Hinweise geben, Interessen wecken und beleben, zu selbständigem, weitergespanntem Denken anregen. Sie kann dazu beitragen, daß der Mensch im Betrieb etwas gilt, daß er sich seines Werkes, aber auch seiner Aufgabe und Verpflichtung bewußt wird, daß er aus einem Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu einem Mitarbeiter wird, der Zusammenhänge sehen lernt und deshalb dem Betrieb nicht mehr so fremd, so gleichgültig gegenübersteht.



Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft Stahl und Eisen

Direktor Dr. C. Hundhausen, Widia-Werke, Essen, führte in seinem Vortrag „Werk und Werkzeitschrift“ u. a. aus: Der französische Soziologe Auguste Comte hat einmal gesagt: Jede Menschengruppe zeichnet sich durch vier Elemente aus: durch das operative, das dirigierende, das intellektuelle und das emotionale. In jeder Gruppe gibt es leitende und ausführende, denkende und fühlende Organe. Jede Gruppe aber, auch die wirtschaftliche Unternehmung, verlangt von den Mitgliedern der Gruppe eine Entäußerung der Individualität, der persönlichen Eigenart zugunsten des übergeordneten Gesamtzieles, das diese Gruppe beherrscht.

Beim Eintritt in eine solche Gruppe, beim Eintritt in eine Unternehmung, beginnt ein Formungsprozeß nach dem Richtmaß, und ich muß sagen, daß das Richtmaß in der Regel keine blasser Norm, sondern eine Person ist. Und je plastischer dieses Richtmaß ist, je näher es unserem natürlichen Empfinden steht, um so klarer wird das Wesen der Gruppe bei den Mitgliedern erkannt. Wenn es möglich wäre (die Soziologen streiten darüber, ob es so etwas wie einen Gruppengeist gibt), wenn es sicher wäre, daß es so etwas wie einen Gruppengeist gibt, dann könnte man vielleicht sogar von einer Gemeinschaft sprechen. Ich weiß nicht, ob das Ziel, das wir anstreben, das wir durch unsere Arbeit in den Werkzeitschriften anstreben, ob dieses Ziel nicht doch letzten Endes die Gemeinschaft in diesem Bereich ist, in dem wir täglich acht Stunden oder noch länger zubringen.

Die Tagung, auf der auch Prof. Dr. Dovifat von der Freien Universität Berlin über „Die Verantwortung des Schriftleiters“ referierte, fand in der Tages- und Fachpresse starken Nachhall. Die Werksredakteure erarbeiteten in fünf zweitägigen Arbeitskreisen theoretische und praktische Erkenntnisse und Erfahrungen. Das Stenogramm der Tagung wird in Broschürenform herausgegeben.

Der bisherige Arbeitsausschuß wurde einstimmig wiedergewählt. Der geschäftsführende Ausschuß besteht aus Dr. Nebe, Flender-Werke, Bocholt, und Hoischen, Westfälenhütte AG., Dortmund.

Die Düsseldorfer Tagung kann als ein Beweis für die ehrliche Absicht von Werkzeitschriftleitern angesehen werden, dem Werk und seinen Menschen zu dienen. Daß sie sich bemühen, ein gutes Betriebsklima zu schaffen, ist jedem Einsichtigen unverkennbar. Daß sie gewillt sind, sich im Interesse ihrer Aufgabe das geistige, technische und redaktionelle Rüstzeug zu erwerben, das wird sicherlich die kollegiale Zusammenarbeit in den regionalen Arbeitskreisen dartun.

Ludwig Rosenberg:

Das Beispiel der amerikanischen Gewerkschaften

Genug Menschen in Deutschland glauben, die amerikanischen Gewerkschaften seien wirtschaftsfriedliche Organisationen, gewissermaßen eine Art sozialpolitische Heilsarmee, die zwar besorgt sind, dem Arbeitnehmer guten Lohn zu sichern, die sich aber sonst im besten Einvernehmen mit den Unternehmern auf der Grundlage des kapitalistischen Systems bemühen, die Arbeiter zu immer größerer Leistung anzutreiben, und sich um die Leitung und die Betriebsführung grundsätzlich nicht kümmern. Sie tasten — so glaubt man — die Rechte des Unternehmers in keiner Weise an — sie sind allem, was wir als Mitbestimmungsrecht bezeichnen, grundsätzlich feindlich gesinnt.

Das etwa ist das Bild, das man den Deutschen mit voller Absicht als das tatsächliche Bild der amerikanischen Gewerkschaften vorführt — und es gibt gewisse amerikanische ebenso wie gewisse deutsche Kreise, die gegen besseres Wissen immer wieder dieses tatsächlich unwahre Bild uns zu zeigen belieben.

Was ist daran wahr?

Um die amerikanischen Gewerkschaften zu verstehen, muß man wissen, daß der Amerikaner ebensowenig Kapitalist ist, wie er Sozialist ist. Soweit seine persönliche Freiheit nicht angetastet wird, interessieren ihn wirtschaftliche Theorien nicht. Das Tennessee-Valley-Projekt, die gewaltigste Bewässerungsanlage der Welt, die unter öffentlicher Verwaltung steht, wird weder als „sozialistische Tat“ noch als Produkt des „kapitalistischen Unternehmungsgeistes“ gepriesen, sondern als **gemeinsame große Leistung** anerkannt. Der Amerikaner ist ein praktischer Mensch, er glaubt an den Erfolg und tut, was unter den gegebenen Umständen den größten Erfolg verspricht — ob es „planwirtschaftlich“ oder „freiwirtschaftlich“ ist, interessiert ihn nicht. Er reitet kein Prinzip zu Tode — denn er kennt nur ein Prinzip: **„Nichts hat so durchschlagenden Erfolg — wie der Erfolg.“** In einer solchen Welt von „grundsätzlicher Anhänglichkeit“ zu irgendeiner Wirtschaftsform zu reden ist töricht. Man bleibt jeder Methode genau so lange treu, wie sie den gewünschten Erfolg erzielt. Kann sie nicht mehr diesen Zweck erfüllen — wird sie geändert werden.

Weder kapitalistisch noch sozialistisch

Die amerikanischen Gewerkschaften sind von Menschen geschaffen und werden von und für Menschen geführt, die diese Weltanschauung haben. Sie sind also weder kapitalistisch noch sozialistisch. Entsprechend dem Charakter des gesamten Volkes, in dem der Pioniergeist der Siedler noch lebendig ist, sind sie **rücksichtslos und selbstbewußt** in der Verfolgung ihres Zieles: die wirtschaftliche und soziale Lage ihrer Mitglieder zu verbessern.

Sie wissen, was **Macht** in dieser Welt bedeutet, und deshalb streben sie nach **Macht und Einfluß**, um ihr Ziel zu erreichen.

Sie verübeln niemandem, wenn er ihnen Macht entgegensetzt, und im rauen Kampf des Alltags ringen sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen alle Widerstände, woher und in welcher Form sie auch kommen mögen. In diesem Kampfe sind sie stark geworden — unter gewaltigen Opfern an Gut und Blut und unter Anwendung aller Mittel — auch der brutalsten — genau wie ihre Gegner keine Mittel scheuten, ihnen zu begegnen. Denn Amerika ist ein rauhes Land, ein Land, in dem der Starke überlebt und der Schwache untergeht. Ein Land, in dem du so viel wert bist, wie du verdienst, und so viel verdienst, wie du dir erkämpfst. Der **urwüchsige Kampfcharakter** ist deshalb bei den amerikanischen Gewerkschaften sicherlich stärker erhalten geblieben als bei den europäischen.

Kampforganisationen

Die Gewerkschaften in den USA sind Kampforganisationen für jene, die dafür ihre Beiträge bezahlen und zu kämpfen bereit sind. Was die anderen tun, wie die anderen leben, die keiner Gewerkschaft angehören wollen, kümmert sie nicht. Sie kennen kaum industrieweite Tarifverträge. Sie erobern im wahrsten Sinne des Wortes Betrieb nach Betrieb. **Wo sie den Betrieb „erobert“ haben, beherrschen sie praktisch den Betrieb.** Alle Arbeitnehmer müssen organisiert sein, sonst können sie ihre Stellung dort nicht halten. Der Unternehmer darf nur Gewerkschaftsmitglieder einstellen. Bei Einstellungen und Entlassungen spricht der Vertrauensmann der Gewerkschaft entscheidend mit. Er kontrolliert die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Arbeitsbedingungen. Er wird von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt und hat eine oft stärkere Position als unsere Betriebsräte, die ja auch aus Unorganisierten bestehen können.

Mitbestimmung

Eine sehr praktische Form der Mitbestimmung besteht in den meisten so gewerkschaftlich erfaßten Betrieben, zwar weniger ideologisch begründet als bei uns, aber in der Praxis nicht unwirksamer. Es gibt ganze Industrien, in denen man den Grundsatz des „Seniority“-Rechtes durchgesetzt hat, das heißt, daß der Unternehmer nirgendwo in seinen Fabriken irgend jemand einstellen darf, bevor er diese offene Position nicht jenen angeboten hat, die früher aus irgendwelchen betrieblichen Gründen aus seiner Firma entlassen wurden.

In den meisten gewerkschaftlich organisierten Betrieben werden alle Fragen, die mit Produktionssteigerung, Rationalisierung, Änderung des Betriebszweckes usw. in Verbindung stehen, mit den Gewerkschaften besprochen und können nur mit ihrem Einverständnis durchgeführt werden.

Wann Rationalisierung?

Es ist einfach nicht wahr, daß die amerikanischen Gewerkschaften aus reiner Lust am technischen Fortschritt für jede

Die Gewerkschaften haben den Arbeitern einen tieferen Begriff von ihrer Bedeutung für die Wirtschaft und damit für das Volksganze gegeben. Diese Steigerung des Wertgefühls, die der einzelne Arbeiter den Gewerkschaften verdankt, hat nicht nur das Standes- und Klassenbewußtsein vertieft, sondern sie hat ihm auch — und das ist ein unschätzbarer Wert für die Nation — ein höheres Maß innerer Unabhängigkeit und Würde gegeben, das fehlte und fehlen mußte, solange die Arbeiter in wehrloser Vereinzelung ihren übermächtigen wirtschaftlichen Gegnern gegenüberstanden.

Beim Arbeiter ist nicht der Besitz die Grundlage seiner Freiheit, sondern seine Kampfgemeinschaft, an deren Aufstieg zu einer Macht im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Nation er im kameradschaftlichen Bunde mit seinen Berufs- und Arbeitskollegen unter persönlichen freiwilligen Opfern mitgewirkt hat.

Diese unlösbare Beziehung zwischen der Freiheit des einzelnen und der Macht der Organisation ist den Millionen, die sich nach dem Kriege den Gewerkschaften angeschlossen haben, nicht so bewußt wie denen, die an der Vorkriegsentwicklung teilgenommen haben und den langsame Weg aus eigener Erfahrung kennen, den die Gewerkschaften von unverbundenen lokalen Vereinen zu zentralisierten Verbänden, von düftigen Anfängen bis zur Anerkennung als berufene Interessenvertretung durch Staat und Wirtschaft zurückgelegt haben.

Lothar Erdmann

WIR SUCHEN DAS BESTE FOTO

Unser Preis-Fotowettbewerb

Zur Veröffentlichung in unserer Zeitschrift suchen wir das beste Foto:

- a) aus den Ferien (Landschaft, Personen oder Tiere in der Landschaft),
- b) aus dem täglichen Leben.

An Preisen setzen wir aus, und zwar in jeder Gruppe zu a und b:

je einen 1. Preis zu 50,— DM
je einen 2. Preis zu 35,— DM
je einen 3. Preis zu 20,— DM
je fünf Preise zu 10,— DM

Teilnahmeberechtigt ist jedes Belegschaftsmitglied.

Einsendungen müssen spätestens am 30. August 1952 um 12 Uhr bei der Pressestelle, Dortmund, Eberhardstraße 23, eingegangen sein. Sie müssen den Vor- und Zunamen des Einsenders, Betriebsabteilung, evtl. Markennummer, enthalten und den Vermerk tragen: „Fotowettbewerb“.

Das Preisrichterkollegium besteht aus: Arbeitsdirektor Berndsen, Betriebsratsvorsitzender Schwentke, Rechtsanwalt Hümme, Redakteur Hoischen, Fotomeister Hering. Die Entscheidung der Preisrichter ist unanfechtbar.

Die Preisträger werden in der September-Ausgabe des Mitteilungsblattes veröffentlicht.

Form der Rationalisierung sind. Das wäre auch absolut un-amerikanisch, denn bei aller Freude am technischen Fortschritt fragt sich jeder Amerikaner zuerst, **welchen persönlichen und direkten Vorteil** er daraus zu ziehen vermag. Das ist es, was ihn interessiert, und das ist es, was die Gewerkschaften interessiert. Wird eine technische Verbesserung vorgeschlagen, so ist das einzige Bestreben der Gewerkschaften darauf gerichtet, den so gewonnenen Fortschritt in **sofortiger Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Löhne** sich auswirken zu sehen. Ist diese Wirkung nicht gesichert, wird jede technische Verbesserung rücksichtslos abgelehnt und ihre Durchführung zu verhindern gesucht. Sehr oft sind gerade die durch die Gewerkschaften erzwungenen Lohnerhöhungen der Grund zu technischen Verbesserungsmaßnahmen in der Produktion.

Um die gewerkschaftlichen Errungenschaften zu schützen und gewerkschaftlich nicht erfaßte Unternehmen der Arbeitnehmerschaft auch als Konsumenten kenntlich zu machen, gibt es das Prinzip des „UNION LABEL“, einer Marke, die jenen Artikeln aufgedruckt wird, die in gewerkschaftlich erfaßten Betrieben hergestellt werden. An Stahlfenster-rahmen, Anzügen und Zigarettenpackungen kann man solche Union Label finden, und es ist einem Bauunternehmer nicht anzuraten, seinen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Fensterrahmen zum Einbauen zu liefern, die nicht das Union Label tragen — sie würden kaum in brauchbarem Zustand auf den Arbeitsplatz gelangen.

Große Gewinne? Warum nicht!

Es ist sicherlich wahr, daß die amerikanischen Gewerkschaften sich bisher wenig darum kümmerten, ob der „Boß“, der Firmenhhaber, große und oft sehr große Gewinne erzielt, obwohl man dort vernünftiger kalkuliert als bei uns. Solange sie ihren gerechten Anteil vom Gewinn erhalten, ist ihnen das gleich. Allerdings ist es ihnen auch gleich, ob die Firma mit Verlust arbeitet. Man erzählt sich eine sehr nette Geschichte von Tarifverhandlungen, die zwischen John Lewis, dem Präsidenten der Bergarbeitergewerkschaft, und den Bergwerksleitungen stattfand. Lewis verlangte einen Dollar mehr für seine Kumpels. Die Bergwerksdirektoren legten in langen Ausführungen dar, wie eine solche Forde-

rung die Bergwerke unrentabel machen würde und wie untragbar diese Forderung für die gesamte Volkswirtschaft sei. John Lewis hörte eine Weile andächtig zu. Dann sagte er: „Meine Herren, Ihre volkswirtschaftlichen Ausführungen interessieren mich nicht. Sie sind die Herren dieser Bergwerke. Wenn Sie gute Kaufleute sind, werden Sie Profite machen, wenn Sie unfähig sind, werden Sie pleite gehen — in keinem Falle aber werden Sie die Kohle selbst fördern. Das werden — genau wie jetzt — auch in Zukunft meine Kumpels tun, und die wollen einen Dollar mehr! Wenn wir ihn nicht bekommen, stehen morgen die Zechen still — das ist alles, was ich zu sagen habe!“ Das ist, in wenigen Worten, die traditionelle Haltung der amerikanischen Gewerkschaften, die ja auch einfach im Machtkampf erreichten, daß Pensionen an ihre Arbeiter und zahllose Wohlfahrtsmaßnahmen von den Betrieben getragen werden müssen.

Beeinflussende Preisgestaltung

In jüngster Zeit haben die amerikanischen Gewerkschaften eine gewisse Änderung ihrer Politik eingeschlagen. Sie begnügen sich nicht mehr mit der Erkämpfung höherer Löhne, sondern lenken ihre besondere Aufmerksamkeit auch auf die den Lebensstandard so sehr beeinflussende Preisgestaltung. Das hat sich jetzt besonders im Stahlarbeiterstreik gezeigt und auch bereits früher in Forderungen und Maßnahmen der Automobilarbeiter-Gewerkschaften. Sie nähern sich damit Gedankengängen, wie sie in der europäischen Gewerkschaftsbewegung seit längerer Zeit wirksam sind. Die US-Gewerkschaften haben diese Linie beschritten, nicht weil sie ideologisch einer Theorie sich zuwandten, die ihnen früher fremd war, sondern weil sie glauben, daß die **Sicherung des Lebensstandards der Arbeitnehmer heute nur unter Berücksichtigung der gesamten volkswirtschaftlichen Situation möglich** ist. Unorthodox zogen sie daraus die Konsequenzen und handeln danach. Sie haben auch aus diesen Gründen — und nicht aus irgendwelchen ideologischen — die amerikanische Regierung in allen jenen Maßnahmen unterstützt, die eine weitgehende Planung der Rohstoffverteilung und der Produktion in der Industrie zum Ziele haben, so daß heute in den „freiwirtschaftlichen USA weit mehr geplant und gelenkt wird als in unserer Wirtschaft der geplanten Planlosigkeit Erhardsscher Theorien.

Der Arbeiter zog mit die Karre aus dem Dreck

Generaldirektor Friedrich, Phoenix AG, Hamburg-Harburg, erklärt hierzu:

„Wir stehen heute vor der psychologisch nicht leicht zu lösenden, politisch jedoch hochbedeutsamen Aufgabe, dem Arbeiter und dem Angestellten klarzumachen, daß auch er Mitunternehmer sein und in seinem ureigenen Interesse zumindest unternehmerisch denken lernen sollte.

Wir haben 1945 in der Phoenix AG mit 160 Leuten wieder angefangen. Heute beschäftigen wir über 5000 Menschen. Aufgebaut wurde das alles unter unsäglichen persönlichen Opfern gerade auch des einzelnen Arbeiters, der unter Hunger, Kälte und Nässe durchhielt. Dabei ist vielen klargeworden, daß sie nicht bloß ‚ausgebeutete Lohnknechte‘ sind und ihre Chefs nicht nur ‚gewinnsüchtige Ausbeuter‘. Sie haben gerade aus den täglichen Erfahrungen dieser Enttrümmerungszeit eine Vorstellung davon gewonnen, daß es in einem Betrieb nicht auf die Macht der Hände ankommt, die nach Belieben alle Räder stillstehen lassen können, sondern auf die bewegenden Kräfte, auf die klaren Köpfe, die das Ganze in Gang halten und die widerstrebenden oder miteinander wetteifernden Kräfte sinnvoll zusammenschließen und an die richtigen Plätze weisen. Wenn der Arbeiter nicht, fern aller gewerkschaftlichen und parteipolitischen Doktrinen, gerade aus diesen praktischen Ergebnissen heraus instinktiv begriffen hätte, daß in dieser Gemeinsamkeit seine eigene Chance liegt, so wäre das im Ausland viel erörterte ‚deutsche Wirtschaftswunder‘ der letzten Jahre nie zustande gekommen.

Der Arbeiter, der 1945 die Karre mit aus dem Dreck ziehen half, ist sich heute seiner Stellung stärker bewußt. Er sucht nach seiner Ausdrucksform für sein verantwortliches Mitwirken im Betriebe, das mehr sein will als nur Arbeit für Lohn. Wenn man auf der Unternehmenseite dieses Gebot der Stunde allgemeiner und stärker begriffen und freiwillig aus dem Be-

Kollege!

Stell dich in Reih und Glied,
das Ganze zu verstärken;
mag auch, wer's Ganze sieht,
dich nicht darin bemerken,
das Ganze wirkt, und du
bist drin mit deinen Werken.

trieb heraus mehr Mitverantwortung organisiert hätte, dann brauchte man heute vielleicht nicht über Mitbestimmungsformen zu debattieren, die die Gefahr des Eingriffs Unbeteiligter und Unkundiger in den empfindlichen und immer ganz individuellen Organismus des einzelnen Betriebes mit sich bringt.“

FÜR DIE SCHWERBESCHÄDIGTEN

Nachzahlungen an Unfallrentner

In diesen Tagen beginnt die Auszahlung von Nachzahlungen an Unfallrentner. Rückwirkend ab 1. Juni 1951 werden nämlich zu den Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung Zulagen gezahlt, wenn die Leistungen auf Unfällen beruhen, die sich vor diesem Zeitpunkt ereignet haben, und die Rente mindestens 50 Prozent der Vollrente beträgt. Unter 50 Prozent Erwerbsgeminderte erhalten eine Zulage nur auf Antrag, wenn ihre Erwerbseinkommen zwei Drittel des der Rente zugrunde liegenden Jahresarbeitsverdienstes nicht erreicht. Bei der Berechnung der Zulagen werden zugrunde gelegt die Renten ohne die Kinderzulagen, Witwenabfindungen und -beihilfen sowie Abfindungen, Sterbegelder, Tage- oder Familiengelder, die nicht nach dem Grundlohn berechnet werden, ausgenommen das Pflegegeld. Im einzelnen betragen die Zulagen:

- 25 Prozent bei Unfällen aus der Zeit vor dem 1. Juli 1949;
 - 20 Prozent bei Unfällen im 2. Halbjahr 1949;
 - 15 Prozent bei Unfällen im ersten Halbjahr 1950;
 - 10 Prozent bei Unfällen im zweiten Halbjahr 1950;
 - 5 Prozent bei Unfällen im ersten Halbjahr 1951.
- Die Kinderzulagen betragen 10 Prozent des Zuschlages zur Rente. Die Zulage zu einer Vollrente wird nur gewährt,

soweit sie mit der bisherigen Rente 250 DM nicht übersteigt. Kinderzulagen und ihre Erhöhung bleiben dabei außer Betracht. Die Zulage zu einer Witwenrente von zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes wird nur gewährt, soweit sie mit der bisherigen Rente 150 DM monatlich nicht übersteigt. Für die übrigen Hinterbliebenenrenten beträgt die Höchstgrenze 75 DM monatlich.

Die Vollrente für Unfälle aus der Zeit nach dem 31. März 1951 beträgt mindestens 90 DM monatlich (die Teilrenten sind nach diesem Mindestbetrag zu berechnen), die Witwenrente mindestens 54 DM monatlich und die Mindesthöhe der übrigen Hinterbliebenenrenten monatlich 40 DM. Renten für Unfälle vor dem 1. Juni 1951 einschließlich der Zulagen nach diesem Gesetz müssen mindestens diese Beträge ausmachen. Das Pflegegeld beträgt mindestens 0,65 DM.

Die nach dem neuen Gesetz gewährten Zulagen bleiben bei der Anwendung der Ruhensbestimmungen (§§ 1274, 1275 RVO) außer Betracht. Beim Zusammentreffen von Renten aus der Unfall- und Rentenversicherung muß die Summe der Leistungen aus beiden Versicherungszweigen mindestens den Betrag aus der Rentenversicherung erreichen, der ohne dieses Zusammentreffen zu zahlen wäre. Das Pflegegeld wurde von 20 bis 100 DM auf 50 bis 150 DM erhöht.

Tendenzgesetze, Gesetze, die keine objektiven Normen geben, sind Gesetze des Terrorismus, wie sie die Not des Staates unter Robespierre und die Verdorbenheit des Staates unter den römischen Kaisern erfunden hat. Gesetze, die nicht die Handlung als solche, sondern die Gesinnung des Handelnden zu ihren Hauptkriterien machen, sind nichts als positive Sanktionen der Gesetzlosigkeit.

Karl Marx

Technischer Fortschritt als zeit- und arbeitsparendes Mittel

Das technische Zeitalter hat trotz gewaltiger Fortschritte für die materielle Seite des Lebens den Menschen aus der Harmonie von Persönlichkeit und Arbeit gelöst und ihm in weitem Maße den sittlichen Halt entzogen. Eine neue soziale Ordnung muß deshalb vordringlich vor allem diese zerstörte Harmonie wiederherzustellen versuchen, muß den Menschen wieder zum Subjekt alles wirtschaftlichen Handelns und jedes technischen Fortschrittes machen. Durch eine Sozialordnung, die aufgebaut ist auf der Achtung der Persönlichkeit, auf Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Sicherung des Daseins ist der Weg für eine harmonische Einordnung des schaffenden Menschen anzustreben. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, um den Zwiespalt zwischen Technik und Mensch zu überwinden. Eine zweite ebenso wesentliche Voraussetzung ist die, dem Arbeiter in Ergänzung einer gerechten Sozialordnung eine seelisch ausgeglichene Lebensführung zu ermöglichen.

Die Arbeit ist nicht der Sinn des Lebens; erst im Einklang von Arbeit und Muße ist die Sinnerfüllung des Lebens zu suchen. Neben ethischen und gemütsmäßigen Bindungen, die eine sinnvolle Arbeit mit sich bringen soll, muß der Mensch auch Muße haben, sich wirklichen Lebenswerten zu widmen — der Mann mehr im Erkennen und Gestalten, die Frau mehr in der Liebesbetätigung für die Familie und Mitmenschen.

Die Technik ist dazu berufen, dem Menschen neben der Sicherung seiner Existenz die Arbeit so weit zu erleichtern und zu kürzen, daß ihm eine ausreichende Muße zur Verfügung steht. Welche gewaltigen Fortschritte die Technik in der Erleichterung der Arbeit erzielt hat, braucht nicht länger begründet zu werden. Sie kommen offensichtlich bei fast allen wirtschaftlichen Betätigungen zum Ausdruck. Ein treffendes Zeichen dafür ist z. B.: die Arbeitsämter beobachten bei der Vermittlung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften, daß junge Männer solche Betriebe bevorzugen, welche einen Traktor besitzen und daß Mädchen Wert darauf legen, in solche Wirtschaften zu kommen, welche einen automatischen Kuhmelkapparat besitzen.

Welcher ältere Arbeiter wird nicht weitere Beispiele dafür bringen können, daß die Technik dem Menschen die Arbeitsfron, die Schwere der Arbeit abgenommen hat. Denken wir nur dabei an die Glasbläser, deren schwere Arbeit die automatische Maschine übernommen hat, oder an den Bauhandwerker, dem u. a. Aufzüge das Tragen schwerer Lasten abgenommen haben. Aber auch in der Verkürzung der menschlichen Arbeit hat die

Technik Erstaunliches geleistet. Denken wir an die vor dem ersten Weltkrieg üblichen Arbeitszeiten, denken wir an die Handwerkslehre mit ihren überlangen Arbeitszeiten zurück.

Wenn seitdem eine wesentliche Arbeitszeitverkürzung zu verzeichnen ist, so nicht deshalb, weil Staat und Gesetzgebung dieses Ziel verfolgt haben, sondern im tiefsten Kern wegen des inzwischen erfolgten technischen Fortschrittes. Typisch ist diese Entwicklung in den USA, wo eine Kürzung der Arbeitszeit in erster Linie und vor staatlicher Sanktionierung im Wege kollektiver Vereinbarungen möglich war und heute zahlreiche Betriebe oder Gewerbezweige weit unter der auch dort wie bei uns gesetzlichen Grenze von 48 Wochenstunden arbeiten. Denken wir auch an die Einführung bezahlter Feiertage, an Hausarbeitstage für Frauen mit eigenem Haushalt, an die in neuzeitlichen Jugendarbeitsschutzgesetzen festgelegten Arbeitszeiten und anderes mehr, so werden wir einsehen müssen, daß im Zuge der Technisierung Fortschritte in dem Erfordernis nach ausreichender Muße zu verzeichnen sind, sei es, daß die Technik Schrittmacherin war oder aber gesetzliche Arbeitszeitkürzungen durch technische Maßnahmen auffing.

Es ist zu fordern und zu hoffen, daß die Technik nicht bei dem jetzt Erreichten stehenbleiben wird und daß sie dem schaffenden Menschen weiterhin, gleichsam als Geschenk, weitere Verminderungen der Arbeitszeit ermöglichen wird. Der Mensch muß aber gerüstet sein, dieses Geschenk zu würdigen und richtig zu nutzen.

Muße bedeutet nicht Müßiggang, der nach dem bekannten Sprichwort der Anfang aller Laster, der Rückgang von Sitten und Kultur wäre. Muße bedeutet auch nicht Zeitvertreib ohne innere Bereicherung, sondern: die Zeit richtig nutzen. Muße bedeutet, wie bereits gesagt, im Einklang mit der Arbeit, mit dem Beruf, die Sinnerfüllung des einzelnen wie der ganzen Menschheit. Der Mensch ist von der Schöpfung bevorzugt mit Hand und Gehirn ausgestattet; diese Mittel brach liegen zu lassen, ist nicht zu rechtfertigen, sei es, daß der eine die Hand mehr als den Verstand gebraucht oder sei es umgekehrt.

Der Mensch muß also arbeiten. Je rüstständiger die Technik, um so mehr und länger wird er arbeiten müssen. Aber eine Zeit der Muße, nicht allein zur Wiedererlangung seiner vollen Arbeitskraft, muß bleiben, um ihn Mensch sein zu lassen. Ein Leben allein der Arbeit gewidmet, das rastlos, jahrein und jahraus (im besten Sinne), der Existenz-

UNSERE Jugend

Neubau unserer Lehrwerkstatt

Der erste Spatenstich zu unserer neuen Lehrwerkstatt wurde am 20. Mai 1952 vollzogen. In dieser neuen Werkstatt, deren Grundfläche 50×80 Meter beträgt, sollen neben den Lehrlingen für die metallverarbeitenden Berufe auch die Lehrlinge für das Elektriker-, Schreiner- und Maurerhandwerk ausgebildet werden. In einem Schulgebäude, dessen Grundfläche 15×54 Meter beträgt, wird die praktische Ausbildung theoretisch untermauert. In den Räumen der neuen Lehrwerkstatt soll jedoch nicht nur der Nachwuchsfür die hüttenmännischen und Facharbeiterberufe ausgebildet werden; es wird gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen, unseren Erstmann- und Meisternachwuchs zu schulen.

Es ist ein dankenswerter Beweis des Verständnisses für die Jugend und für den kommenden Nachwuchs — das wurde auch in den Ausführungen von Arbeitsdirektor Berndsen und Betriebsratsvorsitzenden Schwentke herausgestellt —, daß Aufsichtsrat, Vorstand und Betriebs-



Arbeitsdirektor Berndsen beim ersten Spatenstich

vertretung den Neubau bewilligten und in Angriff nehmen lassen.

Bei Redaktionsschluß sind die Arbeiten für die Fundamente sehr gut angelaufen. Der Neubau soll in etwa einem Jahr vollendet sein.

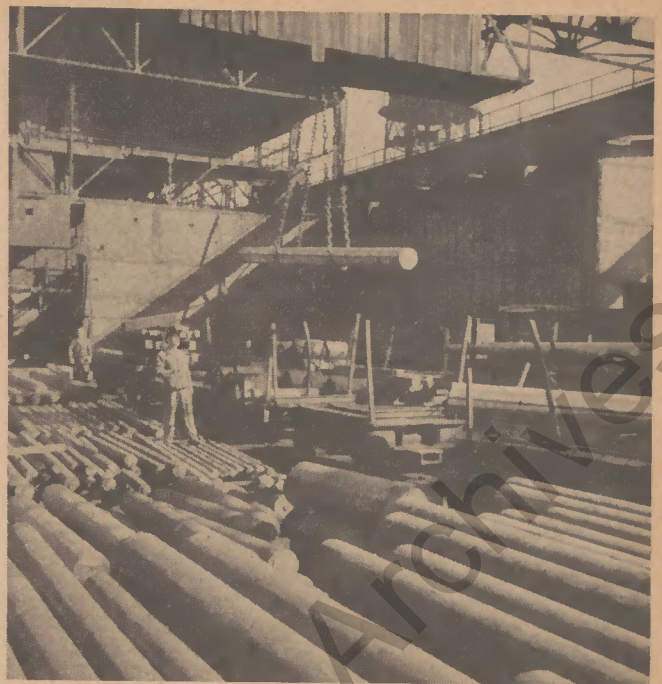
sicherung geopfert werden muß, kann nicht als sinnvoll gelten, selbst wenn es auch der Sicherung der nächsten Generation gewidmet wäre.

Das restlose Aufgehen in der täglichen Arbeit kann allerdings dann Erfüllung für solche Berufe bedeuten, in denen sich ethische Werte, wie Forschen, Erkennen, Gestalten und Nächstenliebe, entfalten können. Glücklicherweise zu preisen sind die Menschen, welche ihre Arbeit bzw. ihren Beruf zugleich als Berufung auffassen können. Für die meisten Menschen ist sie aber nur eine mehr oder minder schwer empfundene Last und eine Notwendigkeit.

Die Muße ist zunächst ein notwendiger Bestandteil des Lebens, da der Mensch sich durch Schlaf, Urlaub usw. von den Anstrengungen der Arbeit erholen und wieder die volle Schaffenskraft erlangen muß. Die Muße muß aber so bemessen sein, daß sie auch über den notwendigen Teil hinaus dem Menschen noch einen frei verfügbaren Anteil beläßt. Es kommt darauf an, daß der Mensch, namentlich der Stadtmensch, es versteht oder lernt, diesen freien Teil richtig zu nutzen. Nicht die Einrichtungen der modernen Zivilisation vermögen ihn auszufüllen. Täuschen wir uns nicht darüber, daß diese vielfach von Reklame, Geschäftsgeist und Masseninstinkt beherrschten Errungenschaften geeignet sind, dem Hang nach Trägheit nachzukommen, wobei Schalheit, Nervosität und Friedlosigkeit zurückbleiben. Diese im Materialismus wurzelnden Äußerlichkeiten können auf die Dauer keine Werte vermitteln, sondern es müssen Motive sein, welche der Befriedigung des Selbstbewußtseins, dem Suchen nach Erkenntnis und Gestaltung und der Erfüllung des Dranges nach Nächstenliebe entgegenkommen. Nur die aus diesen Wurzeln entstammenden Interessen vermögen Werte zu vermitteln, die für das Menschenleben von bleibendem Wert sind.

Wie muß sich der einzelne einstellen, um entsprechend diesen Gedanken zu leben? Einen Fahrplan gibt es dafür ebenso wenig wie ein Kochbuch. Nur beispielsweise seien Gebiete aufgeführt, die dem Wunsche des Menschen nach Erkenntnis dienen können: Interesse am Weltgeschehen, Wachheit für alle Vorgänge in der Umwelt, Entspannung im Garten und in der Natur (nicht nur als Sonntagsnachmittagsspaziergang!), Umgang mit Tieren, Büchern, Sammlungen, Fortbildung (auch gewerkschaftliche Betätigung). Die Beschäftigung mit der Kunst, auch als Dilettant oder Bastler, ist geeignet, das Innenleben eines Menschen zu bereichern, ja, voll zu erfüllen und seiner Freude an Gestaltung nachzukommen. Niemand braucht sich beirren zu lassen, wenn er nicht zur Künstlerschaft aufzusteigen vermag; nur wer aufgibt, verliert!

Nicht zu unterschätzen ist die Verpflichtung im Dienst der Gemeinschaft, im Zusammenleben mit Familienangehörigen,



mit Nachbarn und hilfsbedürftigen Menschen jeder Art. Die Achtung vor dem Mitmenschen, seinen Schwächen und anderen Meinungen muß im Menschen geweckt werden, um ein Zusammenleben in Achtung und Güte anzubahnen.

In der Erkenntnis, daß nicht Geld und Äußerlichkeiten, sondern die inneren Werte eines Menschen bestimmend sind, liegt die Gewähr für eine richtige Einschätzung seiner Mitmenschen. Sie führt zu einer ruhigen, ausgeglichenen Lebensauffassung und Lebensführung, die wir gerade an den oft in äußerer Armut lebenden Menschen bewundern, die sich innere Werte erarbeitet haben. Der Großstadtmensch muß den Ausgleich von Arbeit und Persönlichkeit finden; er kann ihn dank vieler kultureller Einrichtungen finden, wenn er sich ernsthaft darum bemüht. **Nicht ein „angenehmes“ Leben führen, ist richtig und wichtig; nicht ein Ausschöpfen aller Zerstreuungs- und Genußmöglichkeiten führt zum menschenwürdigen Leben.** Mit Maß und Beschränkung genießen — das ist das Geheimnis des Lebenskünstlers, damit alles Schöne schön, alles Gute gut bleibt und frohe Erinnerungen das Leben bereichern.

Oberregierungsgewerbeberater Franke

Das MÜSSEN Sie WISSEN

Was bringt uns der Lastenausgleich?

Vier große Schadensgruppen werden im Lastenausgleichsgesetz angesprochen: Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden, Ostschäden und Sparerschäden.

Vertreibungsschaden im Sinne des Gesetzes soll ein Schaden sein, der einem Vertriebenen im Zusammenhang mit den gegen Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder deutscher Volkszugehörigkeit gerichteten Vertreibungsmaßnahmen in den deutschen Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 entstanden ist.

Der **Kriegssachschaden** umfaßt im wesentlichen die gleichen Vermögenswerte und Wirtschaftsgüter wie der Vertreibungsschaden. Kriegssachschaden im Sinne des Gesetzes soll ein Schaden sein, der in der Zeit vom 26. August 1939 bis zum 31. Juli 1945 unmittelbar durch Kriegshandlungen entstanden ist.

Beim **Ostschaden** handelt es sich um jene Schäden, die einer Person, die nicht Vertriebener ist und am 3. Dezember 1944 ihren Wohnsitz im derzeitigen Bereich des Bundesgebietes oder von Westberlin oder in den Ostgebieten hatte, durch

Vermögensentziehung oder als Kriegssachschaden in den Ostgebieten an Wirtschaftsgütern entstanden ist.

Was die Geschädigten erhalten

Ausgleichsleistungen aus dem großen Topf des Lastenausgleichs sollen bei Vertreibungsschäden, Kriegsschäden, Ostschäden und Sparerschäden gewährt werden. Die Ausgleichsleistungen werden den Geschädigten sowie ihren Erben gewährt, soweit es sich um den Ehegatten, Kinder, Eltern, Großeltern oder um Geschwister handelt. Vertreibungsschäden und Ostschäden werden anerkannt, wenn der ständige Aufenthaltsort am 31. Dezember 1950 in der Bundesrepublik oder in Westberlin lag. Ausgleichsleistungen mit Rechtsanspruch werden nur gewährt, wenn der Schaden festgestellt worden ist. Die Hauptentschädigung wird zunächst nicht voll realisiert, sondern erst dann, wenn eine besondere gesetzliche Regelung erfolgt ist. Als Termin dafür wird der 1. April 1957 genannt, bis zu dem auch klar sein soll, ob und in welchem Umfang die Grundbeträge der Hauptentschädigung erhöht werden können. Die Hauptentschädigung

soll sich nach einem Grundbetrag richten, dessen Höhe von dem errechneten Schadensbetrag abhängt. Einem Schadensbetrag beispielsweise von 501 bis 1800 Reichsmark entspricht ein Grundbetrag in Höhe von 75 Prozent des 500 RM übersteigenden Betrages, also von einem Schaden von 1800 RM 975 DM. Einem Schadensbetrag von 2601 bis 5000 Reichsmark entspricht ein Grundbetrag von 1455 DM plus 45 Prozent des 2600 Reichsmark übersteigenden Betrages. So geht die Staffelung weiter, bis einem Schadensbetrag von über zwei Millionen Reichsmark einem Grundbetrag von 84353 DM plus zwei Prozent des zwei Millionen RM übersteigenden Betrages entspricht. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Hauptentschädigung sind Darlehen vorgesehen, die den Vertriebenen oder Kriegssachgeschädigten die Möglichkeit bieten sollen, sich in die Wirtschaft einzugliedern.

Was ist Kriegsschadenrente?

Die Kriegsschadenrente soll zur Abgeltung sämtlicher vier Schadensarten gewährt werden, wenn der Geschädigte das 65. (Frauen das 60.) Lebensjahr vollendet hat oder arbeitsunfähig ist oder aber ihm nach seinen Einkommens- und Vermögensverhältnissen die Bestreitung des Lebensunterhaltes nicht zugemutet werden kann. Die Rente gliedert sich in eine Unterhaltshilfe von 70 DM monatlich und eine gestaffelte Entschädigungsrente, die jedoch nur gewährt wird, wenn beim Geschädigten das Einkommen monatlich 200 DM nicht übersteigt. Für die Ehefrau erhöht sich diese Grenze um 30 DM, für jedes unterhaltspflichtige Kind um 20 DM. Dazu kommen außerdem Zusatzbeträge, wenn das verlorengegangene Vermögen mehr als 5000 Mark wert war. Der Zuschlag beträgt vier Prozent des über 5000 DM gehenden Betrages und erhöht sich nach Altersstufen des Berechtigten bis auf acht Prozent für Personen, die eine Pflegezulage erhalten.

Wie erhöhe ich meine Rente?

Die vielfachen Wechselbeziehungen zwischen Invalidenversicherung (I. V.) und Angestelltenversicherung (A. V.) sowie die verschiedenen günstigen Möglichkeiten sind den meisten

Versicherten viel zu wenig bekannt. In der I. V. sowohl als auch in der A. V. haben insbesondere die freiwillig Versicherten weitgehende Möglichkeiten, aber auch die Pflichtversicherten. Man kann unter Umständen viel an Beiträgen einsparen oder umgekehrt mit gleichen hohen Beiträgen erhebliche höhere Rentensteigerungen (Steigerungsbeträge) erzielen. Hier nur ein Beispiel:

Der Versicherte B., 36 Jahre alt, war früher mehrere Jahre in der I. V., in den letzten Jahren in der A. V. versichert. Nun ist er nicht mehr versicherungspflichtig, versichert aber freiwillig weiter in der höchsten Pflichtklasse (Kl. X) der A. V., klebt also monatlich eine Marke zu 55 DM, macht im Jahre **660 DM**. Dadurch steigert er sein jährliches Ruhegeld um $12 \text{ mal } 3,85 \text{ DM} = 46,20 \text{ DM}$. Würde B. statt dessen jährlich sechs Monatsmarken in Klasse XII kleben, dann würde er für Beiträge nur sechsmal 90 DM = **540 DM** ausgeben, also 120 DM jährlich einsparen und damit sogar noch eine etwas höhere Rentensteigerung erzielen, nämlich sechs mal acht DM = **48 DM**. B. kann sich aber auch in der I. V. weiterversichern: Jährlich 26 Wochenbeiträge zu 20 DM (Klasse XII) = **520 DM**. Dafür gibt es einen Steigerungsbetrag von 26 mal 2,40 DM = **62,40 DM**. Er kann also an Beiträgen jährlich 140 DM einsparen und damit sogar eine um 35 Prozent höhere Rentensteigerung erreichen. Klebt B. zusätzlich noch jährlich 26 HV-Marken (Höherversicherung) in Klasse XII, so ist das Ergebnis hieraus noch viel günstiger und sieht so aus: Beiträge 26 mal 20 DM = **520 DM**, Steigerungsbetrag 26 mal 3,20 DM = **83,20 DM**. Das ist nur ein Beispiel von vielen. Dazu ist noch zu bemerken, daß in einem bereits vorliegenden Gesetzentwurf für die Klassen XI und XII eine kleine Änderung vorgesehen ist.

Jeder ist es sich selbst und seiner Familie schuldig, sich über die in seinem Fall bestehenden Möglichkeiten usw. zu unterrichten. Als besonders geeignet hierzu können die soeben nach dem neuesten Stande vom Verlag A. Glenz, Essen-Bredeney, herausgebrachten praktischen Büchlein empfohlen werden:

„Was muß jeder von der Invalidenversicherung wissen?“ (1952, 7. Aufl., 52 Seiten, brosch. 2,40 DM) und

„Was muß jeder von der Angestelltenversicherung wissen?“ (1952, 11. Aufl., 52 Seiten, brosch. 2,40 DM.)

B E T R I E B S K R A N K E N K A S S E

Unsere Sauna

Anfang Mai 1952 haben wir in unserer Badeanstalt eine Saunaeinrichtung fertiggestellt, die allerdings nur zu medizinischen Zwecken benutzt werden kann, weil sie für weitere Verwendung zu klein ist. Über die Anwendungsmöglichkeiten der Sauna teilt unser Werkarzt folgendes mit:

„Die Wirkung des Saunabades beruht im wesentlichen darauf, daß durch trockene Heißluft die Haut zu stärkster Schweißabgabe gebracht wird. Die Haut ist nicht nur schützende Decke für die Organe, sondern sie ist selbst ein wichtiges Organ mit eigener Atmung und Ausscheidung. Mit der durch das Saunabad verursachten Schweißflut treten Stoffwechselschlacken nach außen, die sonst mit dem Blut den Nieren zugeführt und dort ausgeschieden werden müssen. Durch die starke Durchblutung der Haut erfährt diese eine kräftige Belebung, die sich auf den ganzen Organismus überträgt und zu einem Vollgefühl des Gesundes und der Behaglichkeit nach dem Bade führt. Man hat festgestellt, daß während des Bades ein Anstieg der Körpertemperatur von 1 bis 2 Grad eintritt, der nach dem Bade langsam abklingt.

Wer soll die Sauna benutzen? In Finnland wird das Bad allgemein zur Abhärtung und Belebung von jedermann benutzt. Jeder Gesunde kann also in die Sauna steigen. An medizinischen Indikationen für unsere Verhältnisse wären zu nennen: beginnende Erkältungskrankheiten oder schlecht sich lösende Restzustände solcher, rheumatische Beschwerden in Muskeln und Gelenken, allgemeine Abgeschlagenheit und Unlustgefühl, leichte Stauungserscheinungen in den Geweben, Unreinlichkeiten in der Haut (Pickeln, Akne, Schuppenflechte), Schlafstörungen. Wer also an einer dieser Krankheiten leidet, kann sich vom Arzt Saunabäder verordnen lassen.

Die Korpulenz wird durch die Sauna nicht beeinflusst, da der durch die Schweißbildung verursachte Gewichtsverlust durch Wasseraufnahme nach dem Bade bald wieder ausgeglichen wird. Hierfür kann unsere Betriebskrankenkasse also keine Saunabäder bewilligen. Nicht in die Sauna gehören Herz- kranke, Tuberkulose sowie alle akuten fieberhaften Erkrankungen.“

Der Tyrann, der, um seine Macht zu erhalten, alle Würde unterdrückt — sich der aufrechten Menschen entledigt — Aufklärung und alles, was nach Klarheit strebt, verbietet — der die Volksgenossen durch dauernde Sklaverei an Erniedrigung und seelische Erbärmlichkeit gewöhnen will — der seine Spione hat, damit sie in den Versammlungen alles abhören, der Zwietracht und Verleumdung unter den Volksgenossen sät — und sie verelendet — ist gezwungen, Krieg zu führen, um das Drängen seiner Untertanen abzulenken und ihnen die dauernde Notwendigkeit eines militärischen Oberbefehls aufzuzwingen.

Aristoteles „Politik“

Unsere Ärzte (Schluß)

Wir geben nachstehend unseren Mitgliedern die Anschriften und Sprechstundenzeiten
der Ärzte von Groß-Dortmund bekannt

Fachärzte für Chirurgie

Dr. med.	Sprechstundenzeit:	mittw. u. samst.:	Tel.:
Goller, Kurl, Krankenhaus, (RVO.-Kassen auf Überweisung)	11.00—12.00, 16.00—17.00	11.00—12.00	5 20 78
Koch, Saarlandstraße 3	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—13.00	2 29 05
Köddermann, Schüren, Schürener Straße 27	9.00—11.00	9.00—11.00	4 04 83
Niesert, Lütgendortmund, Volksgartenstraße 8			6 26 17
Plaas, Melanchthonstraße 28	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00	2 31 78
Nordmann, Lütgendortmund, Westermannstraße 5			6 28 84
Schaaps, Poststraße 1	9.30—12.00, 16.00—17.30	9.30—12.00	2 40 15
Schrage, Arndtstraße 35	10.00—12.00, 14.00—16.00	10.00—12.00	2 20 31
Schulz, Leipziger Straße 1	9.00—11.00, 16.00—18.00	9.00—11.00	2 21 75
Stallkamp, Hörde, Rathausstraße 5			4 09 20
Storkebaum, Hörde, Krankenh. Bethanien (RVO.-Kassen auf Überweisung)			4 09 90
Mittemeyer, Hörde, Hüttenhospital (RVO.-Kassen auf Überweisung)	10.00—12.00, 16.30—18.00	10.00—12.00	4 05 41
Seemann, Dortmund, Hermann-Löns-Straße 13	9.30—10.30		4 12 32
Straube, Hörde, Semerteichstraße 168	10.00—12.00, 16.00—18.00	10.00—12.00	4 19 53
Witzel, Markt 4	10.00—12.00, 16.00—17.00	10.00—12.00	2 28 16

Fachärzte für Orthopädie

Dieck, Hansastraße 20—22	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—12.00	3 35 90
Gutschank, Hörde, Rathausstraße 13	9.00—11.00 dienstags u. freitags, 15.00—17.00 dienstags u. donnerstags		4 02 93
Schraube, Dortmund, Stiftstraße 13	9.00—14.00		3 39 79

Fachärzte für Frauenkrankheiten

Berkemeyer, Hansaplatz 2	9.30—12.00, 15.00—18.00	9.30—12.00	2 35 91
Bömcke, Markt 4	9.00—12.00, 16.00—17.00	9.00—12.00	2 18 68
Clevermann, Hombruch, Harkortstraße 35	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	3 41 30
Haeusermann, Beurhausstraße 8	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—12.00	2 16 36
Orlovius, Münsterstraße 88	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	3 31 72
Schröder, Kaiserstraße 21	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—12.00	2 34 97
Schulte, Elis., Poststraße 1	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—12.00	2 38 61
Schwenzer, Paulinenstraße 1			3 08 84
Weber, Hörde, Burgunderstraße 11	10.00—12.30, 15.00—17.00	10.00—12.30	4 04 51

Facharzt für Mund- und Kieferkrankheiten

Dr. Lorenz, Professor

Fachärzte für Lungenkrankheiten

Kessing, Dortmund, Hansaplatz 2	9.00—11.30, 15.00—18.00	9.00—11.30	2 34 90
Thiemann, Dortmund, Eisenmarkt 10	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00	3 03 45
Vogel, Hörde, Hermannstraße 32	9.00—11.30, 15.00—17.30	9.00—13.00	4 01 13

Durchgangsarzte und Krankenhäuser für Unfallverletzte

Nachstehend geben wir ein Verzeichnis der Durchgangsarzte und Krankenhäuser für Unfallverletzte, die bei Arbeitsunfällen aufgesucht werden müssen, bekannt. Wer bei einem Facharzt für Chirurgie — z. B. bei unserem Werksarzt Dr. Klausch — in Behandlung steht, braucht den Durchgangsarzt nicht aufzusuchen.

Dortmund:

Facharzt Dr. Küppermann, Städtisches Unfallkrankenhaus, Münsterstraße,

Chefarzt Dr. Luhmann, Chirurgische Klinik der Städt. Krankenanstalten,

Oberarzt Dr. Krahe, Chirurgische Klinik der Städt. Krankenanstalten,

Facharzt Dr. Plaas, Melanchthonstraße 28,

Chefarzt Dr. Witteler, Johanneshospital.

Dortmund-Derne:

Chefarzt Dr. Luig, Josefshospital.

Dortmund-Hörde:

Chefarzt Dr. Stallkamp, Josefshospital,

Chefarzt Dr. Storkebaum, Krankenhaus Bethanien,

Chefarzt Dr. Mittemeyer, Hüttenhospital.

Dr. Straube, Dortmund-Hörde, Semerteichstraße 168

Dortmund-Hombruch:

Chefarzt Dr. Vogel, Marienhospital.

Dortmund-Kurl:

Chefarzt Dr. Goller, Elisabeth-Krankenhaus.

Dortmund-Lütgendortmund:

Chefarzt Dr. Niesert, Barbarahospital,

Chefarzt Dr. Nordmann, Ev. Krankenhaus.

Unna:

Chefarzt Dr. Heinen, Kath. Krankenhaus,

Chefarzt Dr. Kuhlmann, Ev. Krankenhaus.

Lünen:

Facharzt Dr. Winkler, Marienhospital.

Lüdinghausen:

Facharzt Dr. Pieke, Marienhospital.

—oi— Die Arbeitnehmerschaft wird immer mehr zu einem entscheidenden Träger der Wirtschaft und Politik. Sie muß, wenn sie bestehen will, auch ihren Platz im Kulturellen beanspruchen und einnehmen. Aus dieser Erkenntnis führt der Deutsche Gewerkschaftsbund die Festspiele in Recklinghausen durch, auf die wir an anderer Stelle hinweisen. Hier liegt auch das Bildungsbestreben von bestimmten Organisationen, die sich überwiegend aus der Arbeitnehmerschaft zusammensetzen, so die „Volksbühne“, das „Sozialistische Bildungswerk“ usw. Hier lag auch mit der tiefe Sinn der „Kunstaussstellung Eisen und Stahl“, die von der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl in Düsseldorf veranstaltet wurde, über die wir in unseren beiden letzten Ausgaben berichteten. Hier aber setzt auch die Kritik ein, die auch an uns wiederholt herangetragen wurde. Ist diese Kritik berechtigt oder unberechtigt?

*

Wir wollen an dieser Stelle nicht zum Gesamtproblem Kultur und Kunst Stellung nehmen, sondern uns nur auf die sogenannte „moderne“ Kunst beschränken, weil sie — und dann meist in Bausch und Bogen — selten bejaht und überwiegend verneint wird. Gerade der modernen Malerei und Plastik, die oft unverständlich ist und zugegebenermaßen manchmal geradezu abstoßt, wird sehr gern und schnell die Berechtigung abgesprochen, sich Kunst zu nennen.

Revolution im Kunstschaffen

Es ist kein Zufall, daß die große Revolution im Kunstschaffen in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts begann. Die Fortschritte der Technik und der exakten Wissenschaften gaben damals dem Denken und damit auch der Kunst neue Richtung und neue Impulse. Auf allen Gebieten begann man zu experimentieren; man nahm das Althergebrachte nicht mehr als unbedingt gegeben an. Auch in der Kunst suchte man nach neuen Grundlagen, neuen Wegen, neuen Zielen.

In der bildenden Kunst kommt noch die Tatsache hinzu, daß ihr durch die sich immer weiter fortentwickelnde Fotografie eine große Konkurrenz erwuchs: für die breite Masse der Bevölkerung konnte ein fotografisches Abbild ein gemaltes Porträt oder etwa eine gezeichnete Landschaft ohne weiteres ersetzen. Die Kunst zog sich daher gewissermaßen auf sich selbst zurück — in jenen Bereich, wo die Fotografie nicht mehr mitkonnte.

Zunächst strebten die Maler, dem Zeitgeist entsprechend, noch immer einen Realismus an, das heißt: sie wollten Menschen, Landschaften, Gegenstände so darstellen, wie sie wirklich sind. — Und doch: Man fordere einmal beispielsweise sechs Maler auf, eine Landschaft so realistisch wie nur möglich wiederzugeben; man fotografiere dieselbe Landschaft — und man wird sehen, daß nicht nur alle malerischen Darstellungen mehr oder weniger von der Fotografie abweichen, sondern daß auch die Bilder der Maler untereinander sehr verschieden sein werden.

Was ist Realität in der Kunst?

Realität ist immer das, was der Künstler jeweils als real, als wirklich empfindet, also wieder nur etwas Subjektives. Eine objektive Realität in der Kunst im wissenschaftlichen Sinn kann es in der Kunst gar nicht geben! Ein Beschauer hält eine künstlerische Darstellung dann für realistisch, wenn sie seinem Seh- und Vorstellungsvermögen entspricht. Dieses Vermögen ist aber, wie wir heute wissen, dem Menschen nicht angeboren, sondern anerzogen. Jeder weiß, wenn er die Zeichnungen von Kindern betrachtet, daß sich ein solches Vermögen beim Kinde erst allmählich entwickelt. Der erwachsene Mensch sieht im allgemeinen die Dinge so, wie ihm gelehrt wurde, sie zu sehen. Eben darum hat es jede Kunstrichtung schwer, die über das gewohnte Sehen hinausgeht.

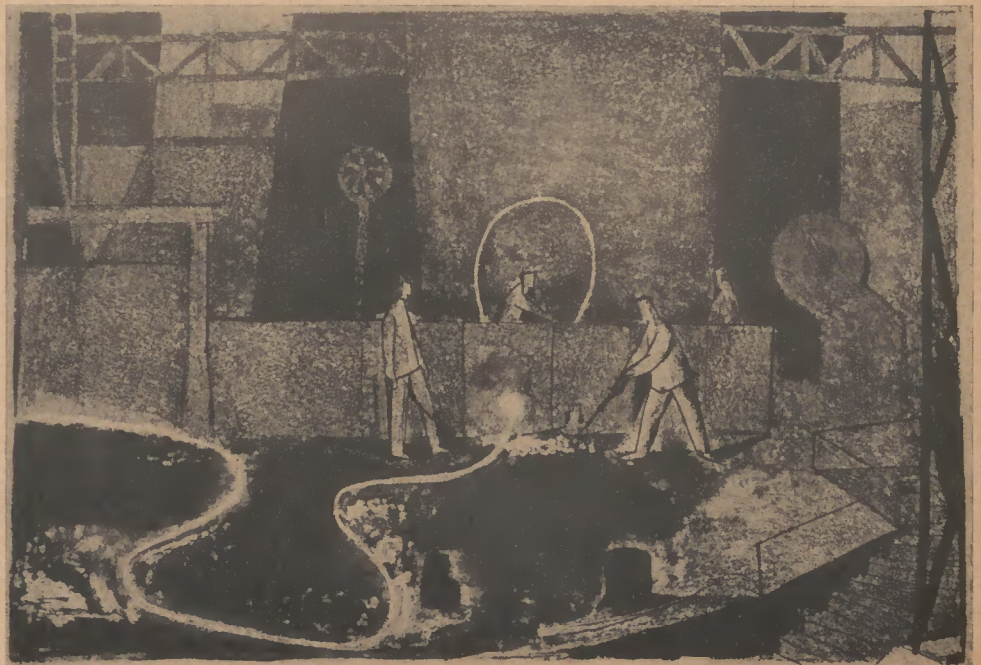
Zum Subjektivismus

Dieses gilt für jede Kunstrichtung — für moderne Kunst in verstärktem Maße, weil sie sich das Abgehen von den traditionellen und gewohnten Kunstformen bewußt und extrem zum Ziel setzt. Das Streben nach Realismus hat sie nämlich mit der Zeit gerade zum Gegenteil, nämlich zu einem immer größer werdenden Subjektivismus geführt. Die Künstler wollten, ganz wie es der Zeit der stürmisch aufblühenden Wissenschaften entsprach, sich auch beim Kunstschaffen der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse bedienen. Die neue experimentelle Psychologie beschäftigte sich sehr eingehend mit der Psychologie des Sehens, besonders des Farbsehens. Was lag näher, als daß sich die Künstler — zumindest was ihre Technik betrifft — darauf stützten. Sie stellten fest, daß das menschliche Auge in der Regel — besonders wenn es sich um beleuchtete Gegenstände handelt! — gar keine Konturen sieht. Sie empfanden es daher als unrealistisch, Konturen zu malen oder besonders hervorzuheben. So entstand eine Kunstrichtung, die bewußt alle Konturen auflöste, die auch keine großen Farbfächen malte, sondern sie aus kleinen Pinselstrichen zusammensetzte. Diese Richtung war der sogenannte Impressionismus.

Was ist der Impressionismus?

Die impressionistischen Werke zeichnen sich alle durch ein Flimmern und Flirren der Farben aus, das sie zu den Malern des Lichtes werden ließ, das durch die erwähnte Technik entstand.

Eine Gruppe ging sogar so weit, daß sie nur die Farben des Sonnenspektrums verwendete und, um Mischfarben zu erzielen, sie in kleinen Punkten (Punkt heißt auf französisch: point) oder Fleckchen in einer bestimmten Ordnung nebeneinander setzte. Diese Gruppe nannte sich die Pointellisten. Alle diese Richtungen entstanden in Frankreich, das immer noch „das Mekka der modernen Kunst“ genannt wird. Ein weiterer Schritt in dieser Entwicklung, die der Impressionismus ging, war das bewußte Verzicht auf überflüssige Details (Einzelheiten). Man wollte den flüchtigen Eindruck



HANS WIEDEMANN

„Walzwerk“



HEINZ LUCKENBACH

„Knüppelstraße“

Aufn.: Verlag W. Girardet, Essen

(Eindruck auf französisch: impression) in der Malerei festhalten; man versuchte die Bewegung wiederzugeben. Dabei sieht aber das menschliche Auge über Einzelheiten hinweg. Es war also wieder nur das Bedürfnis nach größtmöglichem Realismus, daß man nur das Wesentliche darzustellen versuchte, daß man also auch in der Kunst zu „stenografieren“ begann. Gerade dadurch wurde die Kunst immer subjektiver, da jeder Künstler sich sagte: „Was ist denn nun das Wesentliche?“

Wie entstand der Impressionismus?

Jeder Künstler wird an einem bestimmten Thema oder Gegenstand etwas anderes als wesentlich betrachten. Als man sich dieser Tatsache bewußt wurde, gab man nun das Ziel eines objektiven Realismus, das man bis dahin erstreben wollte, als unerreichbar auf. Man gefiel sich bald darin, das subjektive Moment besonders zu betonen, ja zu überbetonen. So entstanden die karikaturistisch übertriebenen Darstellungen des Expressionismus — die menschlichen Gestalten mit den übergroßen Köpfen auf allzu kurzen Beinen — und so wurden einzelne Farbnuancen überbetont: grüne Gesichter, blaue Pferde usw.

Die bewußte Beschäftigung der Künstler mit den theoretischen Problemen der Malerei, also mit Farbe und Form, führte auch dazu, daß sie sich immer weniger dafür interessierten, was sie darstellten, als für das, wie sie es darstellten. Das heißt: der Gegenstand (Person, Landschaft) trat immer mehr hinter den Problemen der Farbe und Form zurück. Die moderne Psychologie beschäftigte sich ja auch mit diesen Problemen, zum Beispiel mit der Wirkung einer Farbe zwischen mehreren anderen. Der nächste Schritt des Künstlers war also, daß er überhaupt auf die Darstellung eines Gegenstandes verzichtete und nur Formen und Farben nebeneinander stellte. So entstand der Versuch einer abstrakten Kunst.

Abstrakte Kunst — Konstruktivismus —
Kubismus

Fraglos hat auch die abstrakte Kunst ihren ästhetischen Wert, denn auch reine Farb- und Formmuster — man denke etwa an Textilmuster — wirken auf uns als schön oder unschön, als heiter oder düster.

Der Einfluß des technischen Zeitalters machte sich in der Kunst insofern geltend, als die Künstler die Gegenstände, die uns umgeben, aber auch die Natur und die menschliche Gestalt auf einfache geometrische Formen zurückzuführen versuchten. So entstand der Konstruktivismus, aber auch der Kubismus, eine Kunstform, die eigentlich die führende in der modernen Kunst geworden ist.

Der Surrealismus bildet eine der Gruppen der modernen Kunst. Er ist eigentlich aus der Lehre vom Unbewußten von Sigmund Freud entstanden. Die Surrealisten versuchten, in freier Assoziation Einfälle zu produzieren und sie — ebenso logisch unzusammenhängend, wie es unsere Träume sind, die ja auch aus dem Unbewußten kommen — zu reproduzieren. Einige Surrealisten kombinieren bewußt verschie-

dene Gegenstände zu neuen Phantasiegebilden, die sie in ihren Einzelheiten meist mit fotografischer Genauigkeit darstellen. Andere wollen mit ihrer Kunst in die Bereiche des Übersinnlichen führen oder einfach psychische Probleme darstellen.

*

Wir konnten an dieser Stelle die Begriffe nur streifen und weisen darauf hin, daß in der „Büchergilde Gutenberg“ einige stark bebilderte und umfassend erklärende Bücher über moderne Malerei usw. zu billigem Preis herausgekommen sind.

Wir erläutern kurz die genannten Begriffe: Ästhetik = die Lehre vom Schönen; Plastik = Bildhauerkunst, Werk eines Bildhauers; Ethik = Sittenlehre, ethisch = sittlich; Impuls = Antrieb, Anregung; Realität = Wirklichkeit, Realismus = Kunstdarstellung des Wirklichen ohne Verfeinerung oder Beschönigung; subjektiv = persönlich, nicht sachlich, Subjektivismus = philosophische Lehre, nach der die Erkenntnis von der Beschaffenheit eines Dinges vom Erkennenden abhängig ist; objektiv = sachlich, tatsächlich, gegenständlich; Assoziation = hier: enge, aufeinanderfolgende Verbindung von Empfindungen, Gefühlen, Gedanken; abstrakt = unwirklich, nur gedacht; Kubismus = Kunstrichtung, welche die kubische Form (cubus = Würfel) in Kunstwerken stark betont.



Im Kindergarten

Ruhr-Festspiele 1952

Am 13. Juni wurden die diesjährigen Ruhr-Festspiele in Recklinghausen festlich eröffnet. Sie dauern bis zum 3. August. Ihr Anliegen wird es sein, sich nicht auf das Darbieten bedeutender künstlerischer Leistungen zu beschränken, sondern sich kulturelle und kulturpolitische Aufgaben mit der Absicht zu setzen, Anregungen, Gedanken und Beiträge zur praktischen kulturellen Gestaltung unserer Zeit zu geben. In der Ausstellung „Mensch und Form unserer Zeit“ wird der Versuch unternommen, diese Grundgedanken der Ruhr-Festspiele zu verwirklichen.

Die Ausstellung will unmittelbar in das Leben eingreifen und den Kampf gegen den Kulturzerfall im Alltag aufnehmen. Lichtbilder von Menschen und Berufen unserer Tage bilden den Auftakt der großen Schau. Monteur, Flüchtlinge, Warenhausangestellte und Fernlastfahrer werden uns im Bild begegnen. Der nächste Abschnitt zeigt Werke der Malerei, Plastik und Literatur, die Wesen und Problematik unseres Jahrhunderts aufspüren und sich mit ihnen auseinandersetzen. Auch Bilder aus Filmen und Bühnenwerken, die sich künstlerisch oder wissenschaftlich mit den Problemen unserer Tage befassen, stehen zur Diskussion. Da sind künstlerische und technische Werke unserer Zeit nebeneinandergestellt. Das Sich-gegenüber-Stehen vergangener Jahrzehnte will erst noch überwunden werden. Gemälde und Plastiken bedeutender zeitgenössischer Künstler Europas und der USA sollen in enge Nachbarschaft zu formvollendeten Maschinen und Geräten des täglichen Gebrauchs gebracht werden. Großfotos modernster Architektur kommen hinzu. Wohnformen, Möbel und Hausrat unserer Zeit sowie Beispiele modernen Wohnens in verschiedenen europäischen Ländern und den USA werden diese Schau beschließen.

Für das Theaterprogramm — das erstmalig weitgehend mit eigenen Inszenierungen bestritten werden soll — sind die Regisseure Boleslav Barlog, Karl-Heinz Stroux, Hans Schalla und Dr. Karl Pempelfort gewonnen worden. Heide-

marie Hathey, Lucie Höllich, Mathias Wieman, Kurt Meisel, Max Eckard und Wilfried Seyerth werden auf der Bühne stehen. Neben der deutschsprachigen Uraufführung von Christopher Freys „Erstgeburt“ kommen „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann, „Wir sind noch einmal davongekommen“ von Thornton Wilder, „Maß für Maß“ von Shakespeare und „Napoleon in New Orleans“ von Georg Kaiser zur Aufführung.

Neben Schauspiel und musikalischem Programm — es ist u. a. Beethovens 9. Sinfonie vorgesehen — tritt der Tanz als dramatische Kunstgattung.

„Die Gewerkschaften im Staat“ heißt das — wirklich brennend aktuelle — Thema des „Europäischen Gesprächs“, an dem u. a. wieder Eugen Kogon und Alfred Weber teilnehmen. Auch die Recklinghausener Filmdiskussion wird in diesem Jahr unter dem Gesprächstitel „Der Film als Mittel sozialer Bewußtseinsbildung“ fortgesetzt. Opern, pädagogische Veranstaltungen, Puppenspiele und die „Berliner Woche“ runden das vielgestaltige Programm ab. Die „Kultur-tage der Gewerkschaftsjugend“ werden in diesem Jahr in ihrer Konzeption noch erweitert sein.

So sind die Ruhr-Festspiele 1952 in steigendem Maße bemüht, den reinen Festspieltyp, wie er sich in Salzburg oder Bayreuth darstellt, zu überwinden. Vor wenigen Jahren aus den Gastspielen einer Hamburger Bühne vor Recklinghausener Bergarbeitern entstanden, sind sie heute zu einem lebendigen sozialen Kulturwerk von ausgeprägter Eigenart und europäischer Bedeutung herangewachsen. Sie werden ihre über eine Repräsentation hinausgehende Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn sie wirklich denen erschlossen werden, für die sie dasein sollen, und wenn sie — und sei es in Form von Gastspielen, Wanderausstellungen usw. — bis in die weitenfernten Orte hinaus ausstrahlen. Nur dann auch wird ihr dauernder Wert gewährleistet.

Unfälle im Monat Mai 1952

Im Monat Mai ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 131 leichte und 2 schwere Unfälle, auf dem Wege von bzw. zur Arbeit 9 leichte Unfälle. In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Belegschafts- zahl:	leicht:	schwer:	totlich:	Summe:
Hochofen	731	10 (5)	1 (—)	— (—)	11 (5)
Zementfabrik	81	1 (1)	— (—)	— (—)	1 (1)
Thomaswerk	310	7 (3)	— (—)	— (—)	7 (3)
Martinwerk	521	7 (12)	— (—)	— (—)	7 (12)
Steinfabrik	138	2 (1)	— (—)	— (—)	2 (1)
Phosphatmühle	78	— (2)	— (—)	— (—)	— (2)
Kaliberwalzwerke	1071	31 (22)	— (—)	— (—)	31 (22)
Blechwalzwerk I/II	371	10 (11)	— (—)	— (—)	10 (11)
Werk Barop	521	8 (12)	— (—)	— (—)	8 (12)
Breitbandwalzwerk	169	3 (1)	— (—)	— (—)	3 (1)
Spez.-Blechwalzwerk	155	2 (3)	— (—)	— (—)	2 (3)
Preß- und Hammerwerk	175	5 (3)	— (—)	— (—)	5 (3)
Werkstatt Stockheide	38	2 (—)	— (—)	— (—)	2 (—)
Kaltwalzwerk	266	5 (7)	— (—)	— (—)	5 (7)
Drahtverfeinerung	364	3 (7)	— (—)	— (—)	3 (7)
Maschinenabteilung	1356	6 (9)	1 (—)	— (—)	7 (9)
Elektr. Abteilung	480	1 (5)	— (—)	— (—)	1 (5)
Mechanische Werkstatt	524	5 (7)	— (—)	— (—)	5 (7)
Eisenbahnbetriebe	920	14 (17)	— (—)	— (—)	14 (17)
Baubetriebe	451	2 (2)	— (—)	— (—)	2 (2)
Fahrbetrieb	70	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Versuchsbetriebe	146	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Sonstige Betriebe	343	1 (4)	— (—)	— (—)	1 (4)
Lehrwerkstatt	292	4 (4)	— (—)	— (—)	4 (4)
Sozialbetriebe	296	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Hauptv. u. Betrieb.-Ang.	1602	— (4)	— (—)	— (—)	— (4)
Summe	11469	131 (144)	2 (—)	— (—)	133 (144)
Wegeunfälle		9 (11)	— (—)	— (—)	9 (11)

Am 6. Mai 1952 ereignete sich ein schwerer Unfall in der Sinteranlage am Sinterband II. Der Rostenreiniger Bernhard Peplowski war damit beschäftigt, am laufenden Sinterband neue Roste einzubauen. Er stand auf dem Rostwagen und wollte nach Beendigung der Arbeit von dem ziemlich weit vorgeschobenen Wagen zurücktreten. Dabei trat er jedoch zu kurz und kam mit dem rechten Bein in den Spalt zwischen dem ersten und dem nachfolgenden Rostwagen. Hierbei zog er sich eine so schwere Quetschung und Verbrennung zu, daß das Bein abgenommen werden mußte.

In Ausübung seines Berufes verunglückte am 3. Juni 1952 tödlich das Belegschaftsmitglied

Rudolf Voigt

Hochofen.

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft betrauern seinen Tod und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich in der Zuricherei I am Trägerkran I. Der Maschinist Wilhelm Liebendahl wollte den Führerkorb des Kranes besteigen. An der Aufstieggleiter machte er mit der Hand einen Fehlgriff und stürzte ab. Er zog sich schwere Prellungen im Rücken und am Schulterblatt sowie eine Rückgratverletzung zu. Die vorgekommenen Unfälle wurden untersucht und die Unfallursachen, soweit wie möglich, nach Rücksprache mit den Betrieben und Unfallvertrauensmännern abgestellt. Gewerberat Brune und Dr. Didier von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft besichtigten Unfallschutzeinrichtungen verschiedener Betriebsabteilungen. Mit den Unfallvertrauensmännern des Hüttenwerkes fand eine Besprechung statt. Im Berichtsmonat wurden von uns die Unfallschutzeinrichtungen des Breitbandwalzwerkes, der Sinteranlage, der Dreherei II, der Lehrwerkstatt und der Baustellen auf dem Gelände Stockheide sowie des Grubenausbaues überprüft.

Sie wurden belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen vom Werk bzw. von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft:

Willi Omilian, Kaltwalzwerk
Willi Alter, Sinteranlage
Johann Wiluda, Sinteranlage.

Schwester infiziert 40 Kinder mit Tuberkulose

Durch die Zeitungen ging in den letzten Tagen die alarmierende Meldung, daß eine tuberkulosekranke Schwester in einem Kindergarten einer benachbarten Stadt über 40 Kinder mit Tuberkulose angesteckt habe. Diese Nachricht läßt uns einmal wieder mit erschütternder Deutlichkeit das Bösartige dieser Volksseuche Nr. 1 erkennen. Beim Spielen kamen die Kinder mit den Bazillen in Berührung und nahmen sie in sich auf, ohne daß sie oder ihre Umgebung die Infektion bemerkten. Die Erreger nisten sich ein und beginnen langsam und zunächst unmerklich ihr Zerstörungswerk, bis eines Tages endlich der körperliche Verfall so deutlich wird, daß es den Betreffenden zum Arzt führt, wo dann endlich die Wochen und Monate zurückliegende Infektion festgestellt wird und die Behandlung beginnen kann. Nicht selten aber kommt diese Behandlung zu spät, weil die Zerstörungen schon zu weit fortgeschritten sind. Die ganze Tragik bei der Erkrankung an Tuberkulose liegt demnach darin, daß diese Krankheit im Gegensatz zu den meisten anderen Infektionskrankheiten kein akutes Stadium kennt, welches den Befallenen alarmiert, wie beim Scharlach der Ausschlag, bei Typhus und Ruhr Fieber und Durchfall, bei der Hirnhautentzündung Kopfschmerz und Erbrechen. Diese frühen Anzeichen fehlen bei der Lungentuberkulose oder sie sind so uncharakteristisch, daß sie in den seltensten Fällen ernst genommen werden und den Betroffenen zum Arzt führen.

Unter diesen Umständen gibt es nur eine Möglichkeit, der Tuberkulose Herr zu werden. Und diese besteht darin, die ganze Bevölkerung oder, solange das nicht möglich ist, ganze Gruppen regelmäßig auf Vorkommen von Lungentuberkulose zu untersuchen.

Für die Belegschaft unseres Werkes haben wir im vergangenen Jahre eine solche Generalrevision in Form der Röntgenreihenuntersuchung durchgeführt und dabei eine beachtliche Zahl von unbekannten Tuberkulosefällen erkannt und diese einer sachgemäßen Behandlung zugeführt. Mit der Erkennung jedes einzelnen Tuberkulosefalles wird der Krankheit einen Stützpunkt genommen, denn jeder einzelne Fall ist, soweit er Bazillen ausscheidet, ein Streuherd, der Tag für Tag seinen Nachbarn in der Familie und am Arbeitsplatz, im Kino und in der Straßenbahn gefährlich wird.

Bei der letztjährigen Untersuchung stellten sich einige Mängel an unserem Gerät heraus, die auf Überalterung desselben und z. T. auch auf Kriegsschäden durch Auslagerung in einen Bunker, der einen Wassereintritt erlitt, zurückzuführen sind. Dadurch konnte es geschehen, daß eine Reihe von Filmen nicht auswertbar war, so daß viele Belegschaftsmitglieder zwei- und dreimal geröntgt werden mußten.

In Anerkennung der Wichtigkeit der Tuberkulosebekämpfung hat sich die Werksleitung entschlossen, ein neues modernes Reihengerät anzuschaffen, das in den nächsten Tagen in den Räumen der werksärztlichen Dienststelle aufgestellt wird. Dieses Gerät ist nach den letzten Erkenntnissen der Röntgentechnik gebaut und zeigt wesentliche Vereinfachungen gegenüber der alten Apparatur. So fällt z. B. das zeitraubende Messen des Brustkorbdurchmessers fort, weil das Gerät einen „Fühlmechanismus“ hat, der den Röntgenstrom dann automatisch abschaltet, wenn der Film die beste Belichtung erhalten hat. Bei Zerreißen des Films oder dann, wenn die Bedienung einen wichtigen Handgriff unterläßt, meldet sich der Apparat automatisch und arbeitet erst dann weiter, wenn der Fehler behoben ist. So ist ein rasches, exaktes Arbeiten in jeder Hinsicht gewährleistet; 300 Mann können in der Stunde mühelos untersucht werden. Theoretisch könnten wir damit unsere ganze Belegschaft in einer Woche durchschleusen. Wir werden aber längere Zeit brauchen, weil wir alle Urlauber und aus anderen Gründen Behinderte miteinfassen wollen.

95% der Belegschaft beteiligte sich im vergangenen Jahr an der Untersuchung. 5% schloß sich aus, das sind immerhin 500 Mann. Das darf in diesem Jahr nicht sein! Der Mann auf der Steuerbühne muß wissen, daß sein Nachbar frei von Tuberkulose ist, der Schmelzer am Hochofen soll die Gewißheit haben, daß ihm beim Aufbruch des Stichlochs der Mitarbeiter nicht Sichtung und Tod ins Gesicht hustet, und wer am Schreibtisch sitzt, soll wissen, daß sein Gegenüber ihm beim Husten nicht eine Ladung gefährlicher Bazillen präsentiert. Bei der im Spätsommer anlaufenden Röntgenreihenuntersuchung 1952 darf sich keiner ausschließen. In unserem Werk soll es nicht heißen: Mitarbeiter infizierte seine Kameraden mit Tuberkulose!

Pessimistische Konjunkturdiagnose

„Die Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung der Wirtschaft des Bundesgebiets und in der westlichen Welt hat sich fortgesetzt. Anzeichen für eine weitere konjunkturelle Dämpfung machen sich bemerkbar. Mit einer Expansion der Wirtschaftstätigkeit ist nach Sättigung des Nachholbedarfs erst zu rechnen, wenn neue Auftriebskräfte wirksam werden.“ In diesen Sätzen laßt das Münchener IFO-Institut für Wirtschaftsforschung seine Deutung der konjunkturellen Situation in dem Vierteljahresbericht für den Frühsommer zusammen. Das Institut spricht von einem Stillstand, der für die Unternehmungen eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich bringe. Mit einem Umschlag in eine Depression sei vorläufig nicht zu rechnen. Falls sich stärkere rückläufige Tendenzen geltend machen sollten, könnten wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stützung und Belebung der Wirtschaftstätigkeit erforderlich werden. Als solche kämen vor allem Ermäßigungen der Steuern und der Kreditkosten in Frage. Andererseits müßte jede weitere Kostenbelastung, insbesondere durch amtliche Preiserhöhungen, sorgfältig geprüft und abgewogen werden. Enttäuschend ist die rückläufige Entwicklung im Verbrauchsgüterbereich. Nichts deute darauf hin, daß die Verbraucher sich weniger zurückhalten und daß der Handel in absehbarer Zeit zu Eindeckungen schreiten müßte. Auch der Auftragseingang der Investitionsgüterindustrie sei seit März leicht rückläufig . . .

„Die Welt“: Das Münchener Institut gibt ein pessimistischeres Bild als das Wirtschaftsministerium und die Bank deutscher Länder. Als ein entscheidendes Problem ergibt sich aus einem Vergleich der Berichte, wann die Umkehrbewegun-

gen für Verbrauchsgüter eintreten. Nach Meinung des Münchener Instituts sind diese Umkehrbewegungen noch nicht zu erkennen. Aber es unterschätzt wohl doch die im Jahresbericht der Bank deutscher Länder hervorgehobene Tatsache, daß die Lagerdispositionen kaum so gering bleiben können wie in den letzten Monaten. Auch wir haben kürzlich darauf hingewiesen, daß offensichtlich eine Umkehr am Markt sich ankündige, daß also am Markt wieder mehr gekauft werde, weil die Vorräte zu gering geworden seien. Diese Beobachtung berechtigt, wenn sie stimmen sollte, aber nur zu einem gedämpften Optimismus. Stützende Maßnahmen werden notwendig sein, wenn diese Umkehrbewegung am Markt zu einer leichten Belebung führen soll.

„Wirtschafts-Zeitung“: In der Beurteilung der konjunkturellen Tendenz gibt es draußen wie drinnen noch immer Meinungsverschiedenheiten. Die Bank deutscher Länder ist der Ansicht, daß die Aufschwungkkräfte vorläufig die Oberhand hätten und daß auch das Tief der Verbrauchsgüterwirtschaft durchschritten sei. Im Bundeswirtschaftsministerium herrscht eine vorsichtigeren Betrachtungsweise. Richtig ist wohl in jedem Falle, daß stärkere Veränderungen der Lage zur Zeit nicht im Gange sind und daß sie auch, solange die politische Ungewißheit anhält, nicht zu erwarten sind, es sei denn, es ergäben sich neue Aspekte der politischen Lage in der einen oder anderen Richtung. Verantwortliche Kenner der politischen Spannungen, z. B. jetzt wieder Eisenhower bei seiner Rückkehr nach Amerika, glauben nicht, daß von russischer Seite die Spannung zum „heißen Krieg“ zugespitzt werden würde.

Vertellkes ut Old-Höerde (Knappuhle)

Wilm was lange Johre Kumpel obm Frieen Vuggel. Et gaff domols nit sau pompäuse Waschkauen, sondern man geng in Dreck un Speck no Hus. Sau mogg Wilms Lina jedden Dag warm Water maken, wenn Wilm vam Pütt kam. Wilm sedde sick in dat Waschlatt, un Lina mogg Wilm puckeln. Dat was jedesmol ne dolle Prozedur. Darno kreig Wilm sin lätten un sinen Schnaps, denn dä mott auk sien. Dann gong Wilm im Goern un keik, wat de Errappels möken, un keik sick sine Suerge an. Dann gong hei freu to Bedde.

Am Samsdag schlop hei sick besunners ut. Lina aber mok no ers dat Puck für mundags ferrig. Un sunndags kreig Wilm ümmer Beseuk.

Auk düssen Sunndag was Beseuk do, olle Kumpels van Wilm. Sei spillten Sessunessig, tranken nen Pülleken Schnaps dorbi und vertallten sick wat. Ob enmol kömen sei ob de Arbeit te küern und hadden den Förderschacht drop. Lina, die die Wäsche vör mundags makte, hör dat un segg: „Wilm, wie is dat dann, wenn man sau runnerfeuert in'n Schacht?“

„Au, Lina, da könnt wi di vörmaken“, segg Wilm. Wilm packede den Disch av, kippede den Disch üm un schow'n büs an de Trappe. „Sau, Lina, nu sett di mol so drinnen!“ Lina sedde sick brav drin. Do gaw Wilm dem Disch nen Schupp un — hollerkaboller — fleug dä Disch mitsamts Lina de Trappe runner. Lina schreiede wie ne Surge.

Wilm sädde: „Sühste, Lina, sau geid dat den Schacht runner!“ Lina kam de Trappe wier rop, pok sick mol hier hen, mol do hen, aber sei segg ken Wort.

Dei Kumpels suerpn no dä Pülle ut un trocken vergeigt no Hus. Lina awwer harre de eiste Seilfahrt ächter sick.



Das neue Pressegesetz

Das Bundesinnenministerium hat ein neues Pressegesetz ausgearbeitet, das stark umstritten ist. In diesem Gesetz wird die Überparteilichkeit der Nachrichtenagenturen vorgeschrieben.

In diesem Gesetzesentwurf wird grundsätzlich festgelegt, daß die Presse frei ist und eine öffentliche Aufgabe erfüllt. Zu ihren Aufgaben gehöre eine sachliche Kritik an Mißständen, deren Beseitigung im öffentlichen Interesse liegt.

Dagegen dürfe die Presse nicht das Ansehen der Bundesrepublik und ihrer freiheitlichen demokratischen Grundordnung schädigen oder das friedliche Zusammenleben der Völker stören.

In der Gestaltung ihres Textteiles dürfe sich die Presse nicht durch wirtschaftliche Vorteile bestimmen lassen.

Nach den Bestimmungen des Entwurfs darf niemand Chefredakteur werden, der Bundestagsabgeordneter ist, damit er sich nicht durch die Immunität seiner Verantwortlichkeit entziehen kann. Der Entwurf bezeichnet die Pressefreiheit als einen Grundpfeiler der Demokratie.

Aus dem Privatleben einer Person dürfen keine Tatsachen veröffentlicht werden, die geeignet sind, den Ruf zu

schädigen, es sei denn, daß diese Tatsachen öffentliche Interessen berühren.

Die Presse hat alle Veröffentlichungen nach Herkunft und Inhalt sorgfältig zu prüfen.

Der Verleger soll als Herausgeber die Verantwortung für die grundsätzliche Haltung der Zeitung tragen, während der Chefredakteur im Rahmen der mit dem Verleger vereinbarten Grundsätze Entscheidungsfreiheit bei der Gestaltung des Textteils haben soll.

Zeitungen, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, können nach dem Entwurf bis zur Dauer von sechs Monaten, in Fällen besonderer Gefährdung der Staatssicherheit für immer verboten werden.

Wer durch Bestechung Artikel mit strafbarem Inhalt druckt oder drucken läßt, kann mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Wer wider besseres Wissen eine unwahre Nachricht veröffentlicht, die geeignet ist, das Publikum zu beunruhigen, soll wegen Falschmeldung mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden.

Wohnungstausch

45. Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Balkon, in einem Privathaus, Miete 25,85 DM.
Suche: 2¹/₂- bis 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe oder Hombruch.
46. Biete: 3 kleine Räume im Dachgeschoß.
Suche: 3 große Räume.
47. Biete: 2-Zimmer-Wohnung in Dorstfeld, Miete 11,— DM.
Suche: 2-Zimmer-Wohnung in Dortmund.
48. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, im Bentenskamp, Erdgeschoß, Miete 33,50 DM.
Suche: 2¹/₂-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, im Süden oder Osten.
49. Biete: 3-Zimmer-Wohnung in der Münsterstraße, Nähe Lortzingplatz, Miete 32,— DM.
Suche: 2¹/₂- bis 3-Zimmer-Wohnung im Vorort der Stadt.
50. Biete: 2-Zimmer-Wohnung, I. Etage, Miete 32,— DM.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung.
51. Biete: 2-Zimmer-Wohnung, III. Etg., Miete 26,65 DM.
Suche: 3- bis 3¹/₂-Zimmer-Wohnung.
52. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Balkon, in Werksnähe, Miete 33,75 DM.
Suche: 3- bis 4-Zimmer-Wohnung in der Stadt oder außerhalb der Stadt, Stall und Gartenland erwünscht, aber nicht erforderlich.
53. Biete: 2-Zimmer-Wohnung in Bückeburg, Miete 21,— DM.
Suche: 1 Zimmer, möglichst mit Wasser.
54. Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, IV. Etage, Miete 30,— DM.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen.
55. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, ohne Bad, in der Krautstraße, Miete 43,— DM.
Suche: 3- bis 4-Zimmer-Wohnung in gleicher Lage, Miete 65,— DM.
56. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, II. Etage, in Marten, Miete 22,50 DM.
Suche: 2- bis 2¹/₂-Zimmer-Wohnung in der Nähe Dortmunds, wenn möglich abgeschlossen.
57. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad, Miete 65,— DM.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung, Miete bis 50,— DM.
58. Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Miete 30,— DM, in der Gneisenaustraße.
Suche: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in Werksnähe.
59. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad, Miete 55,— DM, in der Mallinckrodtstraße.

- Suche: 2-Zimmer-Wohnung mit Kochnische, abgeschlossen und Bad, in Dortmund.
60. Biete: 2-Zimmer-Wohnung in Witten-Rüdinghausen.
Suche: 2¹/₂-Zimmer-Wohnung in Dortmund.
61. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Miete 35,60 DM.
Suche: 4- bis 5-Zimmer-Wohnung in einem Werks-
haus am Borsigplatz.
62. Biete: 3-Zimmer-Wohnung mit Bad in Hombruch.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung mit Bad in Werksnähe.
63. Biete: 3-Zimmer-Wohnung in Rheda bei Gütersloh, 5 Minuten vom Bahnhof entfernt, mit Abstellraum, Stall, auf Wunsch auch Gartenland, Miete 30,— DM, in einem 2-Familien-Haus.
Suche: 2¹/₂- bis 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund oder Umgebung.
64. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Miete 40,65 DM, III. Etage.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, möglichst I. Etage, mit Balkon, Miete bis zu 70,— DM, im Norden der Stadt.
65. Biete: 3 Mansardenzimmer in Hombruch.
Suche: 3 große Zimmer in Hombruch oder näherer Umgebung.
66. Biete: 4-Zimmer-Wohnung, Altbau, Barop.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund-Süd oder Südwest.
67. Biete: 2-Zimmer-Wohnung, Miete 27,— DM, Nähe Freudenbaum.
Suche: 2- bis 2¹/₂-Zimmer-Wohnung in Nähe der Möllerbrücke.
68. Biete: 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund, Nähe Borsigplatz, II. Etage, je Zimmer etwa 17 qm, Miete 37,50 DM.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung (oder 2 und 1 Zimmer in einem Hause) in Aplerbeck, Schüren, Berg-
hofen oder Hörde.
69. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad, Balkon und Speisekammer, Miete 43,— DM.
Suche: 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, in Werks-
nähe.

Nähere Auskunft erteilt Abteilung Wohnstätten, Zimmer 7.

Möblierte Zimmer gesucht

Für Anfang Juli und August werden möblierte Zimmer für Hochschulpraktikanten für eine Zeit von 8 bis 12 Wochen gesucht.

Angebote nimmt Abt. Wohnstätten, Zimmer 7, entgegen.

Auch „Richtungs“-Schilder dürfen künstlerisch gut sein, wie hier in den Sport- und Erholungsanlagen



KEIN
RADEFAHREN
HUNDE BITTE
ANLEINEN

Es freut uns, daß jeder Besucher unserer Erholungsanlagen den Hinweis beachtet

Erholung macht durstig!
Deshalb haben wir ein Sportheim — oder etwa nicht?



Sommerkonzerte

Die Sommerkonzerte, die vom Werksorchester in unseren Sport- und Erholungsanlagen veranstaltet werden, sind für folgende Tage geplant:

Sonntag, 29. Juni, von 16 bis 19 Uhr; Freitag, 11. Juli, von 19 bis 21 Uhr; Sonntag, 20. Juli, von 16 bis 19 Uhr; an folgenden Freitagen jeweils von 19 bis 21 Uhr: 1., 15. und 22. August.

Liebe zum Garten

Es gibt wohl kaum einen Beruf, in dem „Fachsimpeln“ mehr beglückt als im Stand der Gärtner — diesen Begriff recht weit gezogen, so daß auch alle Gartenliebhaber und Pflanzenfreunde darin Platz haben. Einer, der es bestimmt wußte, sagte einmal, daß die Liebe zum Garten eine Leidenschaft ist, die mit dem Alter wächst, was man täglich beobachten kann und an sich selber erlebt. Sie ist eine Leidenschaft von Dauer und Tiefe, sie ertaucht und umschließt alles Lebende und bietet dem Menschen eine unerschöpfliche Fülle von Glücksmöglichkeiten.

Die Gartenleidenschaft erfordert aber auch Opfer, von deren Größe andere Leute kaum eine Ahnung haben. Kurz: die Liebe zum Garten erweitert und vertieft das Leben. Wer von ihr ertaucht wird, ist ihr verfallen. Wer Siedler und Kleingärtner kennt, wird sich oft gewundert haben, mit welchem Eifer sie bei der Sache sind. Diesen Menschen würde etwas fehlen, wenn sie nicht in ihrem Garten wirken könnten.

Ich bin jedesmal sehr glücklich, wenn ich einen passionierten Gärtner begegne. Und mag er noch so „schrullig“ sein, er hat vielen Zeitgenossen etwas voraus: er weiß, wo er sein inneres Gleichgewicht wiedergewinnt, wenn es ihm gelegentlich verlorenggeht. Darum sind die „Gartenleute“ in der Regel auch so umgänglich.

Liebe zum Garten und zur Natur — ein uraltes Erbe, das in zahlreichen Menschen auch der Großstadt immer wieder durchbricht und die Triebfeder ist zu den großzügigen Unternehmungen der Siedlung, der Gartenstädte und der Dauerkleingärten.

Sie sagen dasselbe

Der Bundesverband der Deutschen Industrie ist kein politisches Gremium im eigentlichen Sinne, aber seine wirtschaftlichen Zielsetzungen sind von der Politik nicht zu trennen. Er betrachtet es als seine Grundaufgabe, im Kreise seiner Mitglieder für eine einheitliche Stellung zu wirtschaftlichen Fragen zu sorgen und diese Auffassungen in objektiver Darstellung den parlamentarischen Instanzen und den Vertretern der Regierung zu unterbreiten. Daß für ihn hierbei das Wohl des Ganzen die Richtschnur ist, bedarf keiner weiteren Begründung.

Die Arbeitsziele des Verbandes müssen im politischen Leben verwirklicht werden. Darum sind ihre Träger zu politischen Entscheidungen im inneren und äußeren Leben unseres Staates verpflichtet.

(Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, im „Industriekurier“ vom 3. Mai 1952.)

Es ist das selbstverständliche Recht der parteipolitisch neutralen und dem Staat und den politischen Parteien gegenüber unabhängigen Gewerkschaften, in gleicher Weise wie andere Bevölkerungsgruppen auf die Entscheidung des Parlaments mit gesetzlich zulässigen Mitteln Einfluß zu nehmen.

(Der Vorsitzende des DGB, Christian Fette, in seinem Brief an Bundeskanzler Adenauer vom 20. Mai 1952.)

Das Problem Geld

Wer auf seinen Reichtum stolz ist, ist ein Tor! Denn wenn er sich seines Geldes wegen höher als seine Nachbarn dünkt, wie weit steht er selbst dann unter einem Goldbergwerk.

Taylor

Man kann wohl behaupten, daß fast bei jeder Million irgendeine anrühige Null vorkommt, aber bei der sechsten hat man gewöhnlich schon vergessen, wie die fünfte entstanden ist.

Spitzer

Was verdienen wir?

Interessanten Aufschluß über die wirtschaftliche Situation der berufstätigen Frauen Westdeutschlands ergab eine stichprobenartige Untersuchung, die von der amerikanischen Hohen Kommission mit Unterstützung des Deutschen Gewerkschaftsbundes durchgeführt wurde.

Nach diesen Ermittlungen liegt das monatliche Nettoeinkommen der Gehaltsempfängerinnen durchschnittlich bei 250 DM. Etwa ein Viertel verdient 100 bis 200 DM im Monat. Lediglich 4,5 Prozent beziehen ein höheres Gehalt als 350 DM monatlich. Die Hälfte der Nettowochenlöhne liegt bei 35 DM. Nur 12,3 Prozent aller Arbeiterinnen verdienen mehr als 50 DM wöchentlich.

Rund ein Drittel der berufstätigen Frauen arbeitet lediglich zur Bestreitung des eigenen Lebensunterhalts, während alle übrigen ihre Angehörigen unterstützen müssen. 75 Prozent der berufstätigen Mütter sind alleinige Ernährer ihrer Kinder.

Unter uns

„Der Waldhöfer“ — und es ist weiß Gott ein Mann, der das schreibt — erklärt als Produkt einer besinnlichen Stunde: Wer ist der größte Arbeitgeber der Welt? General Motors — die Bundesbahn — der russische Staat?

Keiner von denen! Der größte Arbeitgeber der Welt ist die Abermillionenzahl von . . . Ehemännern!

Und die größte geschlossene Arbeitnehmergruppe, das sind die Ehefrauen aller Länder.

Wenn wir Ehemänner alljährlich einen Sozialbericht herausgeben würden, in dem wir Rechenschaft ablegen sollten, was wir unseren Frauen in den letzten zwölf Monaten an Sozialleistungen geboten haben — es käme nicht viel heraus.

Wo blieben die versprochenen Sonntagsspaziergänge, wo die seit langem angekündigte Sommerreise? Was wurde aus dem neuen Kleid, wie oft ging man zusammen aus, und wäre es „nur“ zu einem Bekanntenbesuch gewesen? Haben wir unserer Frau das zugesagte Schnittmusterheft mitgebracht, bekam sie alle Monate ihr festes „Nadel“- oder „Taschengeld“, schickten wir sie zum Friseur, bevor es einfach nicht mehr so weiter ging — und was wurde aus der versprochenen Reparatur in der Küche? Hand aufs Herz, nichts wurde wahrgemacht! Brachten wir schon einmal eine Tafel Schokolade mit nach Hause, so dann, wenn wir allen Grund hatten, unser eigenes Gewissen zu entlasten.

Und was haben wir selber uns in dieser Zeit geleistet? Nichts . . . ? Na, was kosteten der bewußte Skatabend, die neue Motorradlampe, die vielen Zigaretten, der gelegentliche Aufmunterungsschnaps, die pickfeinen Schuhe (dabei waren die anderen noch sehr gut) — na, und alle die vielen anderen Kleinigkeiten?

Jawohl, jetzt kommt die Ausrede: „Das Geld verdienen wir, also können wir damit machen, was wir wollen.“ Deine Frau und meine Frau, die haben wohl in der ganzen Zeit nichts getan, wie? Das Essen hat sich von selber gekocht, die Wäsche von selber gewaschen . . . ?! Ich glaube, so mancher von uns hat etwas gutzumachen. Oder sollen unsere Frauen weniger Recht haben, als wir für uns verlangen?

M. Sch.

GEISSLER

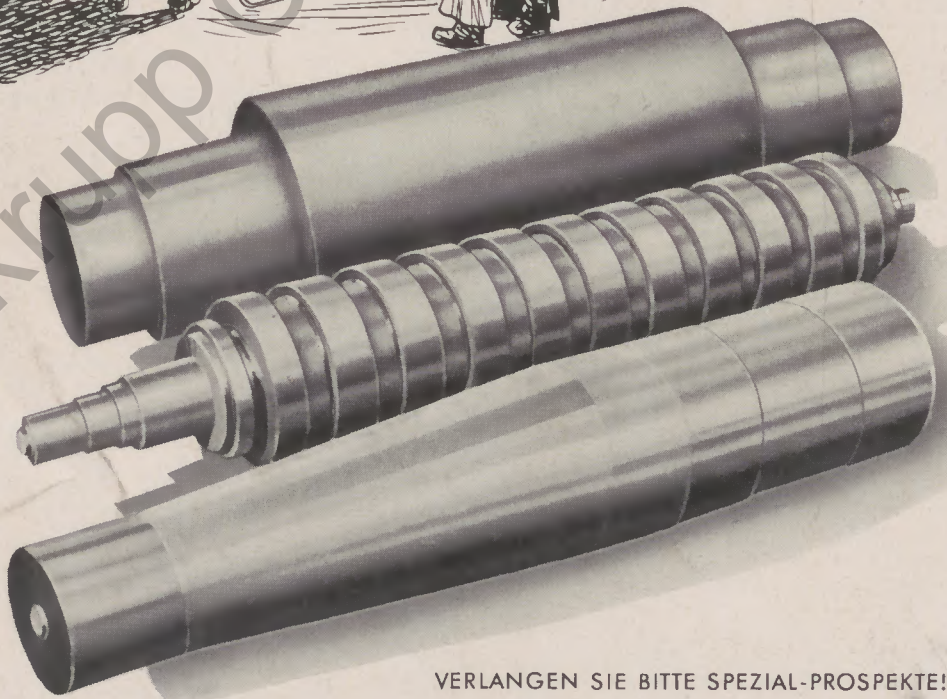
FREIFORM- SCHMIEDESTÜCKE UND VORGEDREHTE WELLEN

bis zu 18t Roh- und 14t Fertiggewicht roh,
vor- und auf Maß bearbeitet sowie gebohrt,
nach Zeichnungen oder Maßangabe

ungeglüht · geglüht · vergütet

für den

allgemeinen Maschinen- und Apparatebau,
Motoren-, Turbinen- und Schiffbau, Bagger-,
Waggon-, Lokomotiv- und Bergbau



VERLANGEN SIE BITTE SPEZIAL-PROSPEKTE!

WESTFALENHÜTTE AG. DORTMUND